

23.9.2019

Masterarbeit

# Runder Tisch Stadt Magdeburg 1989-1990 „Die Mühen der Ebene“

vorgelegt von: **Fabian Herrmann**

MATRIKELNUMMER: 20092614

M.A. SOZIAL- UND GESUNDHEITSJOURNALISMUS

Erstprüfer: Dr. Berthold Petzinna

Zweitprüferin: Prof. Dr. Elke Grittmann

# **Inhalt**

Danksagung .....	2
Selbstständigkeitserklärung.....	3
Einleitung .....	4
Forschungsziel .....	5
Forschungsstand und zeitgeschichtlicher Kontext.....	6
Archivmaterialien .....	10
Aktenbestand Stadtarchiv .....	10
Bürgerkomitee Magdeburg e.V.....	12
Stasi-Unterlagen-Archiv Magdeburg.....	13
Landesarchiv Sachsen-Anhalt.....	13
Situation in Magdeburg und Entstehung des Runden Tisches.....	14
Arbeitsweise und Inhalte der Sitzungen .....	22
Chronologie .....	33
Themenfelder.....	37
Finanzen und Wahlen.....	37
Bürgerkomitee zur MfS-Auflösung.....	41
Gleichstellung und Soziales .....	44
Eigentumsfragen und Nutzung von Immobilien .....	47
Stadtentwicklung und Landeshauptstadt .....	49
Ende des Runden Tisches .....	53
Auswirkungen heute.....	55
Analyse .....	57
Kommunikation und Handlungsweise .....	57
Abwicklung oder Reform des Bestehenden .....	60
Ansätze zum Elitenwechsel.....	62
Fazit .....	64
Quellen.....	65

# Danksagung

Ich danke meiner Ehefrau Stephanie Herrmann, die mich jederzeit unterstützt und ermutigt hat.

Ich danke meinem Erstprüfer Berthold Petzinna. Sein Zuspruch und seine Hinweise haben mich während meiner Arbeit gestärkt und inspiriert. Auf ihn war stets Verlass.

Vielen Dank an meinen Arbeitgeber, den Bundestagsabgeordneten Tino Sorge, er hat mir viele Freiheiten gewährt, um mich meinem Studium zu widmen.

Besonders bedanken möchte ich mich für die Förderung der Hanns-Seidel-Stiftung. Durch meine Teilnahme am Journalistischen Förderprogramm für Stipendiaten habe ich, neben der finanziellen Hilfe, eine umfassende fachliche und ideelle Förderung genießen dürfen. Diese hat nicht nur mein Studium aufgewertet, sondern wird mich als Alt-Stipendiat und Akademiker auf meinem Lebensweg weiter begleiten.

Und ich danke Gott, der alles geschaffen hat!

# **Selbstständigkeitserklärung**

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Stellen sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Magdeburg, den 23. September 2019

Fabian Herrmann

# Einleitung

Die Zeit der friedlichen Revolution in der DDR ist insbesondere im dreißigsten Jubiläumsjahr der Öffnung der Berliner Mauer Gegenstand medialer Betrachtung und öffentlicher Erinnerungskultur. Im fachübergreifenden Projektseminar des Masterstudiengangs Sozial- und Gesundheitsjournalismus erarbeiteten meine Kommilitonen und ich verschiedene Mechanismen und Rezeptionen der Formen kollektiven Gedächtnisses, wie sie medial und gesellschaftlich ausgedrückt werden können. Als praktische Umsetzung recherchierten designierte Gruppen zu den Ereignissen in Magdeburg 1989-1990 und bereiteten die Erkenntnisse medial auf.

Im Rahmen dieser Projektarbeit Erinnerungskultur „Magdeburg 1989/90“ betrachtete ich dabei speziell den Runden Tisch in der Stadt Magdeburg, seine Chronologie, Themensetzungen und die Auswirkungen seines Handelns auf die Stadt. Dazu habe ich vorrangig Materialien und Unterlagen aus dem Magdeburger Stadtarchiv gehoben und ausgewertet, darunter Sitzungsprotokolle, Briefe, Anträge, Vermerke, Denkschriften und Reden. Interviews mit Zeitzeugen befinden sich ebenfalls im Archivbestand. Ergänzt wurden die Archivadokumente durch Literaturquellen aus der Bibliothek des Magdeburger Bürgerkomitees und weiterer Archive.

Die Ergebnispräsentation auf einer eigens erstellten Webseite ließ dann jedoch nur Raum für einen längeren Onlineartikel. Darin konnte ich unmöglich die Breite und Bedeutung der Arbeit des Runden Tisches Magdeburg darstellen. Da ich selbst kommunalpolitisch engagiert und als gebürtiger Magdeburger heimatverbunden bin sowie an örtlicher Zeitgeschichte Interesse habe, entschloss ich mich, das Thema für meine Masterarbeit aufzugreifen. So empfahl dann auch ein den Akten im Magdeburger Archiv beiliegender Bericht, den vorhandenen Quellkörper zur weiteren Betrachtung als Thema einer Abschlussarbeit zu vergeben.

Dieser Ausbau des Rahmens erlaubte es mir, die politisch-sozialen Zusammenhänge und die Art und Weise der Kommunikation innerhalb des Runden Tisches und nach außen ausführlicher darzustellen. Auch können die Themen, die in diesem Gremium behandelt wurden, und ihre Auswirkungen auf Magdeburg umfassender analysiert werden. Ich habe bei der Recherche und dem Austausch mit Zeitzeugen großen Respekt vor dem Mut und der Tatkraft derjenigen gewonnen, die sich damals für ihr Gemeinwesen eingesetzt und in Zeiten großer Unsicherheit für eine noch unbekanntere Zukunft gewirkt haben. Die Herausforderungen, Umstände und Folgen dieses Handelns sind inzwischen Geschichte, aber vielleicht ein guter Fingerzeig für unsere Gegenwart.

## Forschungsziel

Meinung und Bewertung der Runden Tische zur Wendezeit in der DDR insgesamt divergieren in der wissenschaftlichen Betrachtung genauso wie im gesellschaftlichen und individuellen Erinnerungsvermögen. Große Beachtung erfuhr bereits zu seinen aktiven Zeiten der Berliner Runde Tisch, während die Vielzahl an ähnlichen Gremien auf Ebene der Bezirke, Kreise und Städte fast vergessen scheinen.

Das ist auch verständlich, da die Wirkungszeit dieser Gremien nur vom Herbst 1989 bis Sommer 1990 bestand. Viele Teilnehmer waren keine ausgewiesenen politischen Fachleute, auch konnte man nicht auf etablierte Strukturen institutionalisierter Gruppen zurückgreifen, in der designierte Personen eine Dokumentation in all ihren Facetten angefertigt hätten. In den Umbrüchen jener Zeit, die zum Ende eines ganzen Staates führten, nahmen die täglichen Herausforderungen Vorrang vor zeitgeschichtlicher Dokumentation ein. Während sich die Weltordnung des Kalten Krieges ringsherum auflöste, erschien ein kleines, örtliches Treffen wohl auch vergleichsweise unbedeutend und keiner rückblickenden Betrachtung wert. Insbesondere, weil die folgende Wiedervereinigung Deutschlands und die anschließende Integration der nun Neuen Bundesländer im auch medial rezipierten Gedächtnis diese Zeit mehr und mehr überlagerte. Die Darstellung ist nach nunmehr 30 Jahren häufig so, dass die medial vermittelten Versatzstücke der Erinnerung an das Ende der DDR wie folgt aussehen: Bürgerrechtsbewegung führt zu Massendemonstrationen und Ausreisewelle, dieser Druck löst den Mauerfall aus, mit den jubelnden Menschen in Berlin. Das nächste Bild ist dann die Feier zur Deutschen Einheit vor dem Reichstag unter der großen Deutschlandfahne. Damit wird aber fast ein ganzes Jahr, von November 1989 bis Oktober 1990, rasanter und wichtiger Entwicklungen in der DDR überblendet. Denn die durch die Bürgerrechtsgruppen vorangetriebene Demokratisierung innerhalb der DDR, das Zurückdrängen der SED-Führungsrolle, Auflösung der Staatsicherheit und Beginn der Aufarbeitung, sowie die Durchführung demokratischer Wahlen mit der folgenden Gründung von Ländern schufen erst die Voraussetzungen für eine dann so schnell gewordene Einheit.

Gerade die lokalen Runden Tische hatten einen unterschätzten und wenig beachteten Einfluss auf die weitere Entwicklung nach dem Mauerfall. Immerhin setzt das politische System der Bundesrepublik auf Subsidiarität in Form von Ländern und demokratisch legitimierter kommunaler Selbstverwaltung, ein in der DDR völlig unbekanntes Konzept. Die entsprechende Vorarbeit der Runden Tische auf städtischer Ebene durch Ermöglichen aktiver Bürgerbeteiligung und Kommunikation zwischen Verwaltung und Einwohnern ist daher durchaus bedeutsam. Darum hat diese Arbeit zum Ziel, die Entstehung und Arbeit des Runden Tisches der Stadt Magdeburg zu beleuchten und im Kontext der Ereignisse der friedlichen Revolution und Demokratisierung der DDR zu betrachten. Die Tätigkeitsschwerpunkte der Arbeit des Runden Tisches der Stadt Magdeburg sollen aufgezeigt und nach Kategorien gesucht werden, die eine Analyse der Aktivitäten dieses Gremiums erlauben. Die Nachwirkungen auf Magdeburg, aus dem Handeln des Runden Tisches heraus, sollen in Retrospektive betrachtet werden. Der Ansatz einer Bewertung dieses Gremiums in seiner Rolle als kommunikatives, soziales und politisches Testfeld zwischen Staat und Bürgern in Magdeburg sowie als Übergangshelfer auf dem Weg der Demokratisierung der sich ändernden Gesellschaft wird als Schlusspunkt dienen.

## Forschungsstand und zeitgeschichtlicher Kontext

Runde Tische sind ein Mittel für eine Einigung im Interesse aller Beteiligten und drücken den vorausgesetzten Willen zum Konsens aus. An Runden Tischen sollen strittige Meinungen ausgetauscht werden und trotz ungleicher Ausgangsinteressen ein Konsens möglich sein. Da allen Teilnehmenden die Notwendigkeit einer Konfliktlösung bewusst ist, herrschen besondere Kommunikationskonstellationen. Vorbild sind die „Ritter der Tafelrunde“ der Artus-Sage. Die Gleichwertigkeit der Partner steht dabei im Mittelpunkt. In der Französischen Revolution im 18. Jahrhundert und in den „Round-Table-Talks“ der britischen Indienpolitik der 1930er Jahre gab es solche Gremien. 1989/90 entstanden in allen Staaten des „Ostblocks“ derartige Formate als Instrumente des Systemwechsels. Nur in der Sowjetunion wurden sie mit Verweis auf die lokalen „Sowjets“ institutionell abgelehnt.<sup>1</sup>

Diese internationale Dimension und die Vorbildfunktion besonders des polnischen Runden Tisches in Warschau für die Entwicklung in der DDR sind heute verlorengegangen, beklagte Robert Weiß bereits 1999 in seinem Buch „Die Runden Tische – ein osteuropäisches Möbelstück“. Ebenso ist der Forschungsstand zu den regionalen, lokalen und thematischen Runden Tischen in Geschichtsschreibung und der sozialwissenschaftlichen Betrachtung lückenhaft. Positive Ausnahmen sind die Arbeiten von Richter<sup>2</sup> und Izeki<sup>3</sup>, die kommunale Runde Tische in Sachsen und Mecklenburg untersucht haben. Ansonsten werden diese Gremien zwar in der Literatur über die Umbruchszeit mit ihren regionalen Bezügen thematisiert, doch liegen konkrete Untersuchungen oft nur als vereinzelte Darstellungen unterschiedlicher Qualität vor. Daran hatte sich bis 2010 auch nicht viel geändert, als Francesca Weil an ihrer umfassenden Studie „Verhandelte Demokratisierung“ zu den Runden Tischen der Bezirke in der DDR und speziell in Thüringen arbeitete, die 2011 erschien. Seitdem ist das Thema nahezu aus der wissenschaftlichen Betrachtung verschwunden.

Das Phänomen der Runden Tische in der DDR ist weitestgehend durch das Bild des Zentralen Runden Tisches in Ost-Berlin geprägt. Schon zu seiner aktiven Wirkungsphase während der 16 Sitzungen vom 7. Dezember 1989 bis 12. März 1990 stand dieses Gremium im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, und ist von Anfang an wissenschaftlich begleitet und analysiert worden. In nahezu allen zeitgeschichtlichen Abhandlungen und in der öffentlichen Erinnerungskultur spielt der Zentrale Runde Tisch die ihm zustehende Rolle als Gestalter des politischen und gesellschaftlichen Wandels in der DDR als Wegbereiter demokratische Wahlen und Impulsgeber der Auflösung der Staatssicherheit.<sup>4</sup>

Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 herrschte große Unsicherheit über die Zukunft des Lebens in der DDR. Zu den offensichtlichen wirtschaftlichen und ökologischen Problemen kam hinzu, dass der Staatsapparat der DDR jetzt zunehmend Auflösungserscheinungen zeigte. Dennoch verfügte die SED und vor allem die Staatssicherheit noch immer über große potenzielle Macht, waren aber angesichts der sie überrollenden politischen und gesellschaftlichen Ereignisse paralysiert.

Die seit den 80er Jahren erstarkende Opposition in der DDR war gleichzeitig nicht in der Lage und auch nicht willens, einen sofortigen, radikalen Machtwechsel einzufordern. Aus Friedens- und

---

<sup>1</sup> Weil, 2014, S. 7

<sup>2</sup> Richter, 2009

<sup>3</sup> Izeki, 1999

<sup>4</sup> Thaysen, 1990, S. 150

Umweltgruppen, die sich unter dem Dach der meist evangelischen Kirchen trafen, entstanden die sogenannten „Basis- oder Beratergruppen“. Durch die Ablehnung der Perestrojka der Sowjetunion 1988 durch die DDR-Führung, die manipulierten Wahlen von 1989 und die Ausreisewelle spitzte sich die Lage zu. Immer mehr Menschen waren bereit, Manifeste zu unterschreiben und an Protestmärschen teilzunehmen. Im „Neuen Forum“ organisierten sich ab dem 13. September 1989 erstmals die verschiedenen Gruppen in einem losen Verbund, konnten aber die programmatischen Differenzen nie überbrücken. Beispielweise bildeten Dissidenten aus den Reihen der SED und der Einheitsgewerkschaft die „Vereinigte Linke“ und hofften, die alten Betriebsräte wiederbeleben zu können. Die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ setzte hingegen mehr auf ökologische Reformen im Sozialismus. Vielfach christlich geprägte Aktive, die eine stärker strukturierte Oppositionsarbeit voranbringen wollten, trafen sich im „Demokratischen Aufbruch“, die Grüne Partei sah sich als Ableger der Internationalen Umweltbewegung und die Initiative Frieden und Menschenrechte wollte die Ideale des Humanismus als Handlungsmaßstab einsetzen. Dazwischen arbeiteten Frauenrechtsgruppen, Künstler und „linke Lesben, Schwule und Menschen, die für befreite Sexualität und Liebe“ kämpften und ein „rosa-lila-Forum“ dafür forderten.<sup>5</sup>

Die Tagesszeitung TAZ schrieb: „Innerhalb weniger Wochen hat sich die gesellschaftliche und politische Situation in der DDR dramatisch verschoben. Bis dahin präsentierte sich das Regime konzeptionslos, politisch paralytisch, machtvoll und - unangreifbar. Die Opposition verdankte ihre fast vollkommene gesellschaftliche Isolation einer hochgradigen Provinzialität und Zerstrittenheit, einem allgegenwärtigen Staatsapparat und einer Bevölkerung, deren Zukunftsoptionen sich auf die Alternativen Resignation im Lande oder Ausreise in die BRD beschränkte.“<sup>6</sup>

Einzig in ihrer Forderung nach einem „Dialog“ waren die Oppositionellen sich einig. Mit den demonstrierenden Massen konfrontiert, griffen SED-Funktionäre und Staatsführung den Appell auf und machten ihn sich zu eigen. Das Politbüro der SED, die eigentliche Staatsführung der DDR, erklärte am 13. Oktober 1989: „Wir haben alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie. Wir rufen auf, sie noch besser und umfassender zu nutzen.“ Dialog bedeutete dabei für beide Seiten, dass sich die Protestierenden eine gewisse Selbstbeschränkung auferlegten, nicht die Macht zu übernehmen und gleichzeitig die SED davon absah, die Demonstrationen gewaltsam aufzulösen.<sup>7</sup>

In dieser Situation bildeten die oppositionellen Gruppen mit den Kirchen als Moderatoren und Vertreter des „alten Systems“ Runde Tische als institutionalisierte Form des Dialogs über anstehende Herausforderungen und die Gestaltung und Verwaltung des Landes in dieser Übergangszeit. Die Runden Tische entwickelten sich spontan lokal aus Bürgerinitiativen, Demonstrationenkomitees, Dialog- oder Initiativgruppen, die sich mit örtlichen Verantwortlichen von Partei und Verwaltung trafen, um Forderungen oder Anträge einzubringen.

Am 23. November wurde der Zentrale Runde Tisch in Ost-Berlin gebildet, der am 7. Dezember erstmals in der Kirchenhalle der Herrnhuter Brüder zusammentrat, ab der 4. Sitzung jedoch in eine Villa in Niederschönhausen verlegt wurde. Im Unterschied zum Runden Tisch in Warschau, der sogar tatsächlich ein eigens angefertigter runder Tisch war, an dem Delegierte der Gewerkschaft Solidarnosc der Regierung vereint gegenüber saßen, oder Prag, an dem das Bürgerforum dominierte, war der Runde Tisch der DDR zwischen den verschiedenen Gruppen, der neugegründeten SPD, den Blockparteien und der SED selbst zersplittert. Auch die Rolle als

---

<sup>5</sup> vergl. Maier, 1999, S. 282-283

<sup>6</sup> DDR Journal zur Novemberrevolution, 1989

<sup>7</sup> vergl. Maier, 1999, S. 284

verfassungsgebende Versammlung und parlamentarische Keimzelle in Polen und der ČSSR war in der DDR aufgrund der möglichen Deutschen Einheit perspektivisch unsicher. Dennoch wurde der Zentrale Runde Tisch – der tatsächlich ein Rechteck war - weit mehr als die durch manipulierte Abstimmungen gewählte Volkskammer zum Träger einer wie auch immer vorhanden staatlichen Legitimität.<sup>8</sup>

Dabei konnte der Runde Tisch, laut eigenem Selbstverständnis, keine parlamentarische oder Regierungsfunktionen ausüben. Es sollten vielmehr Vorschläge zur Überwindung der Krise an die Öffentlichkeit gebracht und Entscheidungen von Volkskammer und Regierung kontrolliert werden. Es war nur geplant, bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen tätig zu sein.<sup>9</sup>

Diesem Beispiel des Berliner Runden Tisches folgten ab Dezember 1989 bis Januar 1990 ähnliche Gremien in allen Kreisen und nahezu allen Städten und Orten der DDR. Die Modrow-Regierung beschloss die offizielle staatliche Unterstützung der Runden Tische am 21. Dezember, was es den Treffen erlaubte, Gebäude und Personal der Verwaltungen zu nutzen und den dort getroffenen Entscheidungen politische Einflussnahme verlieh. Nun ist als Grund nicht ein plötzlicher Sinneswandel zu sehen, sondern die leise Hoffnung vieler SED-Genossen, es würde so gelingen, Druck aus den Bürgerprotesten zu nehmen und die Massen vorerst hinzuhalten, bis sich die Sache ermüden würde. So sollte Zeit gewonnen werden, die wirtschaftlichen Probleme zu adressieren und vor allem einen völligen Zusammenbruch der SED zu verhindern.<sup>10</sup>

Die Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow entstand, nachdem die neue Spitze der DDR-Führung nach Absetzung von Erich Honecker keinen geordneten Übergang herstellen konnte. Egon Krenz, der am 17. Oktober 1989 Honecker als Generalsekretär der SED ablöste und damit das machtvollste Amt in der DDR innehatte, wurde auch Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des nationalen Verteidigungsrates. Willi Stoph blieb bis zur Wahl Modrows am 7. November Vorsitzender des Ministerrates und damit nomineller Regierungschef, wobei Modrow schon als Nachfolger gesetzt war. Auf der zehnten Sitzung des Zentralkomitees der SED am 9. November wurden dann in einem schonungslosen Bericht<sup>11</sup> die desolote wirtschaftliche Lage und die ruinösen Folgen der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ der DDR dargelegt, was, zusammen mit unsicherem Agieren nach der Grenzöffnung, am 3. Dezember zum Rücktritt des Politbüros des Zentralkomitees der SED mit Egon Krenz führte. Krenz gab nach siebenwöchiger Amtszeit am 6. Dezember auch den Vorsitz des Staatsrates an den Liberaldemokraten Manfred Gerlach ab<sup>12</sup>

Zuvor hatte die Volkskammer am 13. November Hans Modrow als Ministerpräsident bestätigt und am 1. Dezember die in der DDR-Verfassung festgeschriebene „führende Rolle“ der SED als Staatspartei aufgehoben. Damit hatte die Abwicklung des Einparteienstaates begonnen. Modrow suchte mit dem neuen Vorsitzenden Gregor Gysi die alte SED vor dem Kollaps zu bewahren und zu reformieren. Die bereits vor der Selbstauflösung stehende Partei beschloss aber nach der endgültigen Umbenennung am 25. Februar 1990 in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), zu den kommenden Wahlen anzutreten.<sup>13</sup>

---

<sup>8</sup> vgl. Maier, 1999, S. 285

<sup>9</sup> Rose, 1990, S. 23

<sup>10</sup> vgl. Maier, 1999, S. 284

<sup>11</sup> Schürer, 1989

<sup>12</sup> vgl. Hertle 1999

<sup>13</sup> Maier, 1999, S. 286-287

Modrow und die neue Regierung mussten zahlreiche Herausforderungen gleichzeitig bewältigen: Opposition der Bürgerbewegung, wirtschaftliche und Umweltprobleme, fortgesetzte Demonstrationen und Massenflucht in die BRD, eine wütende und enttäuschte SED-PDS Basis und die unge löste Frage der Auflösung der Staatssicherheit. Modrow erkannte, dass er seine politische Basis vergrößern musste, und dies würde ihm nur mit Unterstützung des Runden Tisches gelingen. Nur so konnte er sich einen Anstrich von Legitimation erhoffen, um entscheidungsfähig zu bleiben und vor allem gegenüber der BRD mit Rückhalt verhandeln zu können. Dazu berief Modrow Vertreter des Runden Tisches als Minister in seine „Regierung der Nationalen Verantwortung“, die ab dem 5. Februar 1990 gebildet wurde. Für die Teilnehmer am Runden Tisch war das ein Sieg, man hatte der SED-Alleinherrschaft ein Ende gesetzt und die pseudodemokratische Volkskammer an den Rand gedrängt.<sup>14</sup>

Denn diese „Volksvertretung“ war verfassungsgemäß „der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“<sup>15</sup> untergeordnet. Schon Walter Ulbricht hatte gesagt: „Es ist doch ganz klar. Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“<sup>16</sup> Die Wahl erfolgte meist offen per Einwurf der gefalteten Einheitsliste in die Wahlurne. Eine Opposition war nicht vorgesehen und die Sitzverteilung war festgelegt, so dass die SED-Vertreter zusammen mit ihren Massenorganisationen stets eine strukturelle Mehrheit hatten. Trotz dieser Umbildung zeigte sich, dass die DDR-Regierung kaum noch Autorität besaß, und es zeichnete sich ab, dass die nächsten wichtigen Entscheidungen in Bonn, Washington und Moskau über die DDR hinweg getroffen werden würden. Der Vorzug der Volkskammerwahl vom 6. Mai auf den 18. März sollte der SPD als angenommene natürliche Machtnachfolgerin und der vom weiter fortschreitenden Verfall gezeichneten PDS gleichermaßen nutzen. Dabei offenbarte diese Vorverlegung aber nur die Schwäche des noch immer herrschenden Regimes, das kaum noch länger durchhalten würde. Für Modrow und für den sowjetischen Premier Gorbatschow ging es dabei auch darum, einen Wahlsieg der CDU zu verhindern, um den wachsenden Einfluss von Bundeskanzler Helmut Kohl in der DDR zu begrenzen.<sup>17</sup>

Noch klammerte sich Modrow, wie auch viele Oppositionelle am Runden Tisch, an die Vorstellung einer unabhängigen, demokratischen und sozialistischen DDR, die bestenfalls eine schrittweise Föderation mit der BRD im Kontext der europäischen Einigung eingehen würde. Bei einem Treffen mit Kohl im Februar 1990 erfuhr Modrow die scharfe Ablehnung eines solchen Szenarios durch die BRD-Regierung, und alles schien rasend schnell auf politische Einflussnahme, wirtschaftliche Hilfe und Deutsche Einheit unter der Führung der BRD hinauszulaufen.<sup>18</sup>

Es wurde klar, dass die DDR ohne den staatlichen Sozialismus keine Existenzberechtigung hatte. Einer zweiten, kleineren BRD bedürfe es nicht, und die Vorstellung eines gemeinsamen „Dritten Weges“ war eine Fiktion, die zu keinem Zeitpunkt eine Überlebenschance gehabt hatte. Denn längst ging es bei den Demonstrationen nicht mehr um eine Reform der DDR. Seit November waren auf den Montagsdemos mehr nationale Parolen zu hören. Aus „Wir sind das Volk“ wurde „Wir sind ein Volk“. Auch für die Opposition war es ein Schlag, als die Deutsche Frage auf der Tagesordnung erschien und ihre anderen Themen zu überlagern drohte.<sup>19</sup>

---

<sup>14</sup> vgl. Maier, 1999, S. 289-290

<sup>15</sup> Verfassung der DDR Artikel 1, 1974

<sup>16</sup> Leonhard, 1955, S. 440

<sup>17</sup> vgl. Maier, 1999, S. 290

<sup>18</sup> vgl. Maier, 1999, S. 290-290

<sup>19</sup> vgl. Apelt, 2010, S. 193 ff.

Der Schriftsteller Rolf Schneider schrieb Ende November im Spiegel: „Nun fällt auf, dass alles Reden über die staatliche Einheit der Deutschen derzeit eine ausschließliche Übung der westdeutschen Konservativen ist. Die Linke, SPD und Grüne, hatten sich derart in den Status quo verliebt, dass sie von den Ereignissen völlig überwältigt wurde und jetzt dasteht mit offenem Mund, leeren Händen und leeren Hirnen. Die DDR-Opposition kennt nur noch ein Tabu: die Deutsche Einheit.“ Zum Bedauern der Intellektuellen, so Schneider, stimme die in der Bürgerbewegung unterrepräsentierte Arbeiterklasse der DDR mit den Füßen ab. „Ihre *volonté générale* [Gemeinwille - Anm. d. Verf.] ist gesamtdeutsch.“<sup>20</sup>

Zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 stimmten die Menschen dann auch demokratisch ab. Das neue Wahlgesetz der DDR vom 20. Februar 1990 ermöglichte freie, allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen. So war die Nutzung einer Wahlkabine vorgeschrieben und es wurde ein Sitzzuteilungsverfahren angewandt. Das CDU-geführten Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“, das programmatisch die Einheit von BRD und DDR propagierte, erfuhr einen überwältigenden Sieg mit 48 Prozent der Stimmen gegenüber 20 Prozent für die SPD und 16 für die PDS. Damit stand der Kurs Richtung Deutsche Einheit fest.<sup>21</sup> Die neue demokratisch gewählte Regierung und Volkskammer machten den Zentralen Runden Tisch seinem Selbstverständnis nach überflüssig. Die Arbeit der lokalen Runden Tische ging jedoch weiter, meist bis zu den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990, als dann auch in den Kommunen demokratisch legitimierte Gremien die Verantwortung wahrnehmen konnten.

## **Archivmaterialien**

Einer dieser lokalen Runden Tische, der bisher noch nicht umfassend wissenschaftlich untersucht wurde, ist der Runde Tisch der Stadt Magdeburg – in Abgrenzung zum Runden Tisch des Bezirkes Magdeburg, der nur am Rande Gegenstand der Betrachtung sein wird. Die Quellenlage der Archivbestände ist wie bei vielen der lokalen Runden Tische sehr heterogen und diversifiziert. Die Untersuchung von Weil zu den Runden Tischen der Bezirke hatte das bereits für andere Runde Tische in der DDR festgestellt. Auch in Magdeburg liegen etwa auf Bezirksebene nahezu keine archivarischen Überlieferungen vor, während für die Stadtebene ein Großteil der Sitzungsprotokolle mit weiteren Materialien im städtischen Archiv gebündelt erhalten werden konnte. Weitere Dokumente sind auf andere Archive und Sammlungen verteilt. Diese Quellen werden im Folgenden beschrieben.

## **Aktenbestand Stadtarchiv**

Der Bestand aus dem Magdeburger Stadtarchiv umfasst unter der Repositorium-Nr. 57-1 bis 11 schätzungsweise 700 teils doppelseitige Blätter. Bereits beim ersten Durchsehen wurde klar, dass der Bestand unvollständig ist und aus verschiedenen Quellen stammt. Der Aktenverlauf zeigt eine spätere Ergänzung durch einen Forschungsbericht von Dr. Martin Winter und von ihm geführte

---

<sup>20</sup> Der Spiegel: Die Einheit wird kommen, 27.11.1989

<sup>21</sup> vgl. Görtemaker, 2015

Zeitzeugeninterviews, um die archivarische Basis zu erweitern. Dennoch wurden nicht alle Lücken geschlossen.

Die Sitzungsprotokolle der Treffen des Runden Tisches enthalten selten mehr als knappe Tagesordnungspunkte und sind als Ergebnisprotokolle verfasst. Sekretariatskräfte der Stadtverwaltung verfassten die Protokolle, was an dem sachlichen Schreibstil und Betonung von städtischen Verwaltungsakten erkennbar ist. Die begleitenden Diskussionen und Standpunkte der verschiedenen Teilnehmer sind nicht festgehalten. Wenn Beschlüsse erwähnt werden, sind diese ebenfalls in Kurzform und strikt sachlich gehalten. Eine „Erfolgskontrolle“ der Umsetzung von Beschlüssen aus vorangegangenen Sitzungen wurde nicht schlüssig dokumentiert. Selten werden Tagesordnungspunkte thematisch über mehrere Sitzungen fortgeführt, erneut aufgegriffen oder entsprechende Handlungsberichte zu Protokoll gegeben. Aufgrund der Kürze der Notizen ist aus den teils gedankenstrichartig erwähnten Punkten nicht immer eindeutig zu erkennen, ob es sich um eine reine Erwähnung eines Themas, eine offizielle Information, Absichtserklärung oder einen Beschluss handelt. Nur in Einzelfällen ist die Teilnehmerliste der Sitzungen überliefert. Die Anzahl und Zusammensetzung der Teilnehmer fluktuierten dazu sehr stark. Die im Bestand enthaltenen Briefe, Anträge, Vermerke, Reden und Auflistungen ergänzen inhaltlich die Kurzprotokolle erheblich und erlauben über reine Sachthemen hinaus einen Einblick in die Vorgänge.

Bei der strukturierten Erfassung des Bestandes war mir der im Aktenbestand vorliegende Bericht über die Dokumente sehr hilfreich. Ein Herr Dr. Martin Winter verfasste diesen Bericht wahrscheinlich Anfang 2011 in Kooperation mit Francesca Weil, die zu dem Zeitpunkt ihre Studie zu den Runden Tischen der Bezirke anfertigte. Die Aufzeichnungen wurden dann von Verantwortlichen des Magdeburger Kulturbüros archiviert. Dazu gehören auch die Interviews mit fünf Zeitzeugen zu ihren Erfahrungen mit dem Runden Tisch:

Dr. Wilhelm Polte war 1989 Maschinenbauingenieur und Dozent an der Technischen Hochschule, heute Otto-v.-Guericke Universität Magdeburg, Mitglied der evangelischen Kirche und Gründungsmitglied der SDP in der DDR und ab 1990 SPD-Vorsitzender im Bezirk Magdeburg. Er vertrat die SPD am Runden Tisch.

Norbert Bischoff arbeitete als Diplom-Theologe im Dienst der katholischen Kirche in Magdeburg, dort tätig in der Koordinierungsgruppe und im Bürgerkomitee, und moderierte zeitweise die Sitzungen des Runden Tisches gemeinsam mit Susanne Kornemann, heute Dr. Susanne Kornemann-Weber. Die Ärztin war 1989 Mitglied der Beratergruppe Dom und wurde als Teilnehmerin für die evangelische Kirche an den Runden Tisch gesandt.

Edita Beier war als Sekretärin tätig und engagierte sich in verschiedenen Gruppen, darunter die politisch-theologische Aktion „Frauen für den Frieden“. Um aber auf die Lage der Frauen stärker aufmerksam zu machen ging sie zur neu entstandenen „Unabhängigen Fraueninitiative Magdeburg“, als deren Vertreterin sie am Runden Tisch teilnahm.

Der 2015 verstorbenen Theologe Hans-Jochen Tschiche war Leiter der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt und Gründungsmitglied des Neuen Forums. Er nahm nicht direkt am städtischen Runden Tisch teil, sondern am Runden Tisch des Bezirkes Magdeburg. Durch seine vielfältigen Erlebnisse als Augenzeuge und Kontakte in der Bürgerrechtsbewegung ergeben sich aber inhaltliche Schnittmengen.

Vor Einsichtnahme in diese Zeitzeugeninterviews war als vorläufiges Hindernis eine Zustimmung der Befragten einzuholen. Aus unbekanntem Gründen wurden die Interviewtranskripte mit Sperrfrist und Zustimmungsvorbehalt verschlossen. Seitens des Fachdienstes Stadtarchiv wurde eine

Schutzfristverkürzung gewährt, und die Interviewten gaben ihr schriftliches Einverständnis zur Nutzung der Transkripte für diese Arbeit. Für Herrn Tschiche gab sein Sohn Wolfram Tschiche freundlicherweise das Einverständnis.

Es muss an dieser Stelle angemerkt sein, dass sich Schilderungen der Zeitzeugen teils nicht hundertprozentig mit anderen Quellen decken. Daten, Namen und Funktionsträger geraten mitunter im Rückblick durcheinander. In den Interviews geben die Zeitzeugen selbst zu, dass sie sich nach Jahrzehnten nicht mehr genau erinnern, es alles damals auch sehr schnelllebig war und, weil sie in verschiedenen Gruppen zeitgleich aktiv waren, sich vieles in der Erinnerung vermischt. Unabhängig davon sind die Ausführungen, Eindrücke und Beschreibungen in den Interviews für die Kontextualisierung und Bewertung der Ereignisse unschätzbar wertvoll.

## **Bürgerkomitee Magdeburg e.V.**

Das mit dem Runden Tisch entstandene Bürgerkomitee widmet sich auch heute noch der Aufarbeitung der Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatsicherheit der DDR, dabei insbesondere deren Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen. Dazu wird eigenständige Forschungs- und Bildungsarbeit betrieben, durch Publikationen, Ausstellungen und Zeitzeugengespräche. Als Trägerverein betreibt das Bürgerkomitee Magdeburg e.V. die Gedenkstätte und Dokumentationszentrum im ehemaligen Stasi-Gefängnis am Moritzplatz in Magdeburg. Im Dokumentationszentrum wird unter anderem eine anschauliche Dauerausstellung über die Ereignisse in Magdeburg 1989/90 gezeigt.

Von den hier Aktiven habe ich durch Gespräche zum zeitgeschichtlichen Kontext und verfügbare Medien viel Unterstützung und Einblicke erfahren. In der vereinseigenen Bibliothek und dem Archiv erhielt ich kompetente Beratung zur Vorauswahl der passenden Literatur über die Zeit der friedlichen Revolution. Bücher, Filme und vereinzelte Dokumente zum Themenkomplex bereicherten den Quellkörper dieser Arbeit erheblich. Sehr nützlich war auch ein dort bereits angefertigtes Findbuch zu den Akten des Stadtarchives, das zwar schwerpunktmäßig den Bezug zum Bürgerkomitee verfolgte, aber dennoch viele nützliche Funde erleichterte.

Ein bemerkenswertes Dokument des Bürgerkomitees ist ein auszugsweises Transkript des Tagebuches von Gerhard Ruden. 1989 war Ruden in der evangelischen Martinsgemeinde Magdeburg im Friedensarbeitskreis engagiert und Mitglied der Initiative Frieden und Menschenrechte. Er war bei den Gründungen des Runden Tisches und des Bürgerkomitees dabei und führte darüber Aufzeichnungen. Obwohl nur wenige relevante Seiten umfassend, stellen diese Notizen doch nahezu die einzigen schriftlichen Zeugnisse der ersten Treffen des Runden Tisches dar, weil erst mit der vierten Sitzung die reguläre Protokollführung einsetzt. Die Aufdeckung von Äußerungen Rudens bei einer Befragung durch die Staatsicherheit aus dem Jahr 1968, die einen Freund belastet hatten, und sein öffentliches Agieren als späterer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen haben ihn jedoch in den Augen von Opferverbänden und Weggefährten kompromittiert. Dennoch ist aufgrund der Schlüssigkeit und Korrelation mit Erinnerungen anderer Zeitzeugen davon auszugehen, dass seine Tagebuchaufzeichnungen als Augenzeuge 1989-1990 die Ereignisse belastbar wiedergeben.

Ein Foto aus dem Archiv der Volksstimme ist in der Ausstellung des Bürgerkomitees zu sehen, das als „Runder Tisch Magdeburg, Sitzung am 15. Januar 1990“ betitelt ist. Anhand des Aufnahmedatums kann es sich nicht um den Runden Tisch der Stadt handeln, weil der 15. Januar 1990 ein

Montag war, die Treffen aber dienstags stattfanden. Eine Recherche im Volksstimmearchiv bestätigte dann, dass es sich auf dem Bild um den Runden Tisch des Bezirkes Magdeburg handelt. Ein weiteres Bild, aus dem beim Bürgerkomitee verwahrten Nachlass von B. Notheis, Foto 01193BK370, zeigt Bürgermeister Nothe bei einer Sitzung des Runden Tisches der Stadt Magdeburg. Leider zeigt die Aufnahme fast ausschließlich den Bürgermeister und es scheinen keine weiteren Fotodokumente zu existieren.

## **Stasi-Unterlagen-Archiv Magdeburg**

Ein umfangreicher Rechercheantrag zum Runden Tisch und auch über die Namen der handelnden Personen wurde schnell und zielgenau bearbeitet und die Mitarbeiter des Archivs standen für ein Gespräch zur Aktenlage zur Verfügung. Leider enthält das Archiv in Magdeburg keine Unterlagen zu den örtlichen Runden Tischen. Die Akten aus dem Herbst 1989 lagen zumeist noch auf den Schreibtischen in den Stasibüros und sind bei der Auflösung der Behörde somit häufig zuerst vernichtet und nie archiviert worden. Nur einige Beobachterberichte zur Bürgerrechtsbewegung in Magdeburg im Herbst 1989 sind erhalten geblieben, die sich mit den Vorbereitungen zu inhaltlicher politischer Arbeit über das reine Demonstrieren hinaus befassen. Die gehegte Hoffnung, aus den Stasi-Berichten eine andere Perspektive auf das Geschehen gewinnen zu können, erfüllte sich leider nicht.

## **Landesarchiv Sachsen-Anhalt**

Im Gegensatz zur Staatssicherheit sind viele Unterlagen der Bezirksverwaltung und Dienststellen der SED in Magdeburg aus der Zeit der friedlichen Revolution erhalten geblieben und im Landesarchiv Sachsen-Anhalt einsehbar.

Sie enthalten interessante Lageberichte der SED-Dienststellen und anderer Behörden zu der teils kritischen wirtschaftlichen Situation 1989 und 1990. Trotz der teils chaotischen Zustände und unerwarteter Herausforderungen, die insbesondere die Grenzöffnung an Planwirtschaft und zentralistische Verwaltung stellten, zeugen die zunehmend schonungsloseren und offener formulierten Berichte vom größtenteils erfolgreichen Mühen um Erhalt der Ordnung und Versorgung sowie ökonomischer Weitsicht im Angesicht des Umbruchs.

Die prioritäre Sicherung einer funktionierenden Infrastruktur und Produktion wird vor politisch-ideologische Vorstellungen gesetzt. Die pragmatische Notwendigkeit, dafür mit Unternehmen aus der BRD zusammenzuarbeiten und die eigene Wettbewerbsfähigkeit kritisch zu prüfen, wird sofort erkannt. Zum Erhalt der öffentlichen Ordnung und Stabilisierung der Lage ist nach Ansicht der Bezirksverwaltung im Dezember 1989 eine intensivere Zusammenarbeit mit den Bürgerkomitees auf allen Ebenen erforderlich, die auch öffentlichkeitswirksam erfolgen soll.<sup>22</sup>

Auch zur Meinungsbildung in Bevölkerung und innerhalb der SED selbst geben die Berichte einen anschaulichen Kontext, enthalten aber nichts Konkretes zum Gremium Runder Tisch.

---

<sup>22</sup> Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22365/1, Bl. 11

## Situation in Magdeburg und Entstehung des Runden Tisches

Wie an vielen Orten der DDR bot auch in Magdeburg die evangelische Kirche den ansonsten isolierten diversen Aktivgruppen einen Raum. Seit 1983 fand jede Woche donnerstags ein Gebet für Frieden am Barlach-Ehrenmal im Magdeburger Dom statt. Diese Veranstaltung entwickelte sich zu einem Treffpunkt für gesellschaftliche Außenseiter, nicht nur für die aus ideologischen Gründen verfolgte Christen in der DDR, die insbesondere bei Verweigerung des Wehrdienstes und Ablehnung der materialistischen Weltsicht der SED gesellschaftliche Nachteile erlitten, wie etwa schlechtere Wohnungen und Berufswege. Hierher kamen auch Friedens- und Menschenrechtsgruppen, Umweltschutzaktivisten und die Mitglieder der Subkulturen wie Punker. Ab 1987 kamen auch Ausreiseantragsteller zu den Treffen, um sich untereinander auszutauschen und auf ihrem Weg, die DDR zu verlassen, gegenseitig zu unterstützen. Hätten sie sich außerhalb der Kirche getroffen, drohten ihnen womöglich entsprechend drakonischen Konsequenzen in Form von gewaltsamer Festnahme und Haftstrafen, denn jedes derartige Treffen wäre eine staatsfeindliche Zusammenrottung gewesen. Zunehmend entstanden Konflikte zwischen den Menschen, die ausreisen und denen, die bleiben und die DDR-Gesellschaft verändern wollten. Diese völlig gegensätzlichen Ziele konnten sich nicht in einem gemeinsamen Treffen wiederfinden. Daher beschloss die Verantwortlichen der Domgemeinde ein neues Treffen, ein „Gebet für gesellschaftliche Erneuerung“, montags um 19 Uhr anzubieten – später einfach bekannt unter „Montagsgebet“ – speziell an die bleibewilligen und reformfreudigen Menschen gerichtet. Der Zeitpunkt wurde gewählt, einfach weil der Raum bisher noch frei war. Entscheider und Veranstalter dieser Treffen war der Gemeindegemeinderat, der für die konkrete Planung eine „Beratergruppe Dom“ bildete. Diese Treffen entwickelten sich schnell zu einem Impulsgeber für gesellschaftliche Veränderung. Insbesondere die beiden Domprediger Giselher Quast und Waltraut Zachhuber waren die Protagonisten dieser Treffen.<sup>23</sup>

Auch in Magdeburg wurde der Gründungsauftrag des ab 9. September bestehenden „Neuen Forums“ aufgenommen. Mitbegründer Hans-Jochen Tschiche hatte den Auftrag aus Berlin nach Magdeburg mitgebracht und mit Material der Evangelischen Akademie in deren Büroräumen in der Hegelstraße 18 vervielfältigt. Beim ersten Montagsgebet am 18. September verteilte er den Auftrag im Dom und gewann zahlreiche Unterschriften.<sup>24</sup>

Ab dem 1. November bestand eine Stadtbezirksgruppe des Neuen Forums, die bis Monatsende bereits über 300 Mitglieder zählte. Das Hauptanliegen des Auftrags war das Einbringen eines „demokratischen Dialogs“. Das Neue Forum wollte eine „politische Plattform“ für diesen als notwendig beschriebenen Dialog sein und rief alle Bürger der DDR auf, an der „Umgestaltung unserer Gesellschaft“ mitzuarbeiten und dem Neuen Forum beizutreten. Die Mühen der neuen Plattform, als Verein anerkannt zu werden, fruchteten zunächst nicht. Ein entsprechender Antrag am 19. September beim Bezirk Magdeburg und gleichzeitig bei 10 weiteren Bezirken blieb bis zum 8. November unerfüllt, als das Innenministerium doch noch die staatliche Anerkennung aussprach.<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> vergl. Film Magdeburg im Herbst 1989

<sup>24</sup> vergl. Film Magdeburg im Herbst 1989

<sup>25</sup> Ausstellung des Bürgerkomitees im Dokumentationszentrum Moritzplatz Magdeburg

Zunächst bezeichnete die DDR-Führung in einer Nachrichtenmeldung zwei Tage später die Gruppe als Staatsfeinde. Dies veranlasste den Domprediger Quast bei dem nächsten Gebetstreffen am 25. September zum Ausspruch „Ich bin ein Staatsfeind!“.<sup>26</sup> Damit hatte die Opposition in Magdeburg einen eindeutigen Konfrontationskurs eingeschlagen, um die Anliegen der Bürgerbewegung nachdrücklich zu vertreten.

Das war natürlich nicht ungefährlich. Wie hart die DDR-Sicherheitsorgane durchgreifen konnten, bewiesen sie rund um die 40-Jahr-Feier der DDR in Magdeburg. Am 5. Oktober bewegte sich nach dem Gebet im Dom eine Gruppe von 370 Personen friedlich zum Stadtzentrum. Auf Höhe der Bärstraße nahm die Volkspolizei 59 Teilnehmer unter Anwendung „einfacher körperlicher Gewalt“ fest. Am eigentlichen Festtag, dem „Tag der Republik“ am 7. Oktober, „störte“ nach Auffassung der Polizei eine Gruppe Jugendlicher gegen 17 Uhr die „öffentliche Ruhe und Ordnung“ an der Elbuferpromenade durch Gitarrenspiel. Augenzeugen berichten von einem „harten Durchgreifen“ der Bereitschaftspolizei und der Festnahme von 38 Personen. Auslöser war augenscheinlich das laute Rufen nach einem Krankenwagen, nachdem einer der Teilnehmer des Konzertes einen Asthmaanfall erlitten hatte. Am Abend versammelten sich bis 21 Uhr erneut etwa 250 vorwiegend Jugendliche am Alten Markt. Nach Abriegelung des Treffens durch Kampfgruppen lösten Bereitschaftspolizisten in Sonderausrüstung die Ansammlung unter Einsatz von Schlagstöcken auf. 72 Personen wurden festgenommen.<sup>27</sup>

Angesichts der sich zuspitzenden Lage hatten bereits jetzt einige in den oppositionellen Gruppen Magdeburgs die Notwendigkeit eigener konstruktiver Sacharbeit erkannt. Am Rande der Gebetsveranstaltung im Dom am 2. Oktober wurde ein Themenkatalog als Diskussionsgrundlage an die Stadtverwaltung formuliert<sup>28</sup>, der dort jedoch zunächst keinen Wiederhall fand. Dennoch beeinflusste diese Arbeit inhaltlich den kommenden Runden Tisch, wie die spätere Moderatorin Susanne Kornemann-Weber erzählt: „Viele der Forderungen, die am Runden Tisch bearbeitet worden sind, resultieren ja auch aus den Arbeiten, die in dieser Zeit im Dom geleistet worden waren. Ich kann mich daran erinnern, dass wir bei einem Montagsgebet 20 Gesprächsgruppen zu Forderungen gebildet haben, womit sich Politik zukünftig auseinandersetzen müsste. Mit diesem Wissen sind Einzelne an den Runden Tisch gekommen, weil sie ja auch in diesen moderierten Runden aktiv waren.“<sup>29</sup>

Auch in der katholischen Kirche in Magdeburg gab es Anhänger der Bürgerbewegung. Norbert Bischoff, damals tätig als Referent im Seelsorgeamt, sah sich selbst als „Verbindungsmann zwischen evangelischer und katholischer Kirche“, da er in der Beratergruppe Dom „mitlief“. Er bezeichnet sich auch als „Feigenblatt“ seiner Kirche, aufgrund des abwartenden Engagements der katholischen Kirche in der Bürgerbewegung. Er drängte seine Vorgesetzten, sich mit den Mitteln der Kirche stärker einbringen zu dürfen. Das führte zum Einsatz der reichlich vorhandenen kirchlichen Druckermaschinen zur Produktion von Programmen und Flugblättern für die Oppositionsgruppen und seine offizielle Freistellung als Koordinator dieser Aktivitäten. Ab Anfang Dezember wurde die katholische Sebastiankirche zeitgleich mit dem Dom geöffnet und dort dieselben Texte verlesen. Da es im Dom immer voller wurde und die katholische Kirche über eine Heizung verfügte, war das eine willkommene Maßnahme.<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup> vergl. Film Magdeburg im Herbst 1989

<sup>27</sup> Ausstellung des Bürgerkomitees im Dokumentationszentrum Moritzplatz Magdeburg

<sup>28</sup> Volksstimme, Ist der Rat sprachlos?, 03.11.1989

<sup>29</sup> Interview Susanne Kornemann-Werber, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-9, S. 7

<sup>30</sup> Interview Norbert Bischoff, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-8, S. 3-4

Vorerst drohte den Treffen im Dom aber weiterhin das Eingreifen der Staatsmacht. Dennoch wuchs die Teilnehmerzahl der Montagsgebete immer weiter. Am 9. Oktober waren 4.500 Menschen im Dom, während draußen schätzungsweise 20.000 Sicherheitskräfte auf den Einsatzbefehl warteten. Einheiten der Volkspolizei mit schwerer Technik, Wasserwerfern, Gittern und Bussen, um Gefangene abzutransportieren, waren zusammengezogen worden. Am Schleiufer standen gepanzerte Fahrzeuge, Stasieinheiten und Betriebskampfgruppen bereit. Die Beratergruppe hatte im Vorfeld Drohungen erhalten, „Es werde Blut fließen!“ und es gab Hinweise in den Medien und in den Betrieben, das Gebet besser nicht zu besuchen. Nach Aufrufen durch Domprediger Giselher Quast zum Ende des Montagsgebets, „friedlich nach Hause zu gehen“, blieb eine Eskalation aus. Die Stadtverwaltung unterstützte dabei die Beratergruppe Dom durch Bereitstellung von Sonderfahrzeugen des öffentlichen Nahverkehrs, um eine schnelle und konfliktfreie Zerstreung der Teilnehmer zu erleichtern. Dies stellt eine erste offizielle Kooperation zwischen Oppositionsgruppen und Stadtverwaltung zur Überwindung einer Krisensituation dar.<sup>31</sup>

Auf dieser Gebetsveranstaltung wurde den Geschädigten der Polizeigewalt aus der Vorwoche angeboten, ihre Anzeigen aufzunehmen. Laut seiner Schilderung betreute Norbert Bischoff die entsprechende Kontaktstelle, die in der Wallonerkirche eingerichtet wurde. Die Aussagen der Betroffenen wurden dort vorsichtshalber anonymisiert dokumentiert und später zum Teil an Ermittlungsbehörden weitergeben und in Publikationen verwendet, die das Vorgehen der Sicherheitskräfte anprangerten. Diese Kontaktstelle war einer der Vorbilder für die Anlaufstellen des Bürgerkomitees und der Antragsmöglichkeiten des Runden Tisches später im Rathaus. Zum ersten Mal konnten sich Bürger direkt an Vertreter der Bürgerbewegung mit Anklagen gegen staatliche Gewalt wenden.<sup>32</sup>

Am 23. Oktober organisierte die Beratergruppe nach dem Gebet den ersten Schweigemarsch durch die Magdeburger Innenstadt. 8.000 Menschen zogen hinter einem weißen Band mit Friedenstaube her. Vorher wurde geübt und besprochen, wie man gewaltlos möglichen Sicherheitskräften begegnet. Durch die Organisation als Schweigemarsch konnten keine Provokateure aufwiegelnde Parolen rufen, und die Teilnehmer erhielten Kerzen. Denn wer im Herbstwind eine Kerzenflamme mit seinen Händen schützen will, hat keine Gelegenheit nach Steinen zu greifen oder Gewalt auszuüben. Der Demozug verlief ohne Zwischenfälle und Quast erinnert sich, dass danach der Punkt der Angst überwunden war.<sup>33</sup>

Danach war es Zeit, sich mehr mit der zukünftigen Gestaltung der DDR-Gesellschaft in Magdeburg zu befassen. Pfarrer Quast rief laut eines Berichts des Staatssicherheitsdienstes über die folgende Gebetsveranstaltung am 30. Oktober im Dom dazu auf, neben den Demonstrationen auch die Arbeit an den Sachthemen der Demokratisierung zu beginnen. Ansonsten würde wieder nur die SED allein den Dialog bestimmen. Arbeitsgruppen müssten sachkundige Papiere vorlegen, um zu beweisen, dass die Bürgerinitiativen fähig und in der Lage sind, konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Er bot den Themengruppen Arbeitsmöglichkeiten in den Kirchgemeinden der Stadt an.<sup>34</sup> In der Folge fanden die Treffen, die schließlich in die Entstehung des Runden Tisches und des Bürgerkomitees Magdeburg münden sollten, in Gemeinderäumen der Kirchen statt.

Dieser Aufruf und das Kooperationsangebot ging klar über die bisherigen Forderungen der Bürgerbewegung hinaus, wie beispielsweise das Neue Forum „nur“ die Offenlegung der Verhältnisse

---

<sup>31</sup> vergl. Film Magdeburg um Herbst 1989

<sup>32</sup> Interview Norbert Bischoff, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-8, S. 2

<sup>33</sup> vergl. Film Magdeburg um Herbst 1989

<sup>34</sup> BStU BV Magdeburg / AKG, Nr. T 1/ 2, 000005

und freie Meinungsäußerung forderte – eine zugegebenermaßen zu jener Zeit in der DDR radikale und mutige Forderung. Jetzt sollten aber Vorstellungen, wie eine reformierte Gesellschaft in der DDR genau aussehen sollte, gezielt formuliert und auch politisch durchgesetzt werden.

Diese rasante Entwicklung der Lage hatte die SED-Führung in Magdeburg bis jetzt völlig verkannt. In einem Interview mit Oberbürgermeister Werner Herzig<sup>35</sup> verweist er auf seinen Grundsatz, dass das Rathaus werktags für jeden bis 18 Uhr geöffnet ist und es auch eine neue Beratungsstelle gibt, um mit den Menschen in den Dialog zu treten. Dem steht jedoch gegenüber, dass die Türen des Rathauses stets verschlossen und nur durch Kopfdruck eines Pfortners von innen zu öffnen waren. Ohne Vorlage eines Hausausweises oder einer Berechtigung wurde kein Zutritt gewährt.<sup>36</sup> Als Bürgermeister besuche er auch Werk tätige in ihren Betrieben und sei bisher auch schon auf mehreren Gesprächsveranstaltungen gewesen. Diese Aussage ist mindestens stark übertrieben, da einer der späteren Hauptkritikpunkte der Demonstranten seine „Unsichtbarkeit“ war, er erhielt auch den Spitznamen „Werner Siestenicht“. Seiner Ansicht nach sei auch bei allem Ärger über das, was nicht optimal läuft, „nicht in Frage zu stellen, was in 40 Jahren aus unserer Stadt geworden ist, was sich vollzogen und bewährt hat.“ Gemeinsam überlege der Rat und er jeden Tag „ob sie die Tiefe der erforderlichen Erneuerung schon voll erfasst haben“ und es werde „an einem Positionspapier gearbeitet, das gleichzeitig unser Aktionsprogramm sein und mit dem Planentwurf 1990 ausgehängt werden wird.“ Auf die Frage nach geplanter Bürgerbeteiligung in diesem Prozess beginnt die Antwort des Bürgermeisters mit einem Aufruf, sich mit Hinweisen einzubringen, endet aber mit der Priorität, dass „die Bevölkerung umfassend und sachlich informiert wird“ – also die letztendliche Deutungshoheit über Sachverhalte und Entscheidungen verbleibt weiter in den Händen der SED-geführten Verwaltung, die die Informationshoheit ausübt. Er wünsche sich, dass die Presse die Abgeordneten des Rates in diesem Sinne mehr bei ihrer Arbeit begleitet, gleichzeitig aber blockte er die Nachfrage nach Einsetzen eines Pressesprechers im Rathaus ab. Der Interviewer hatte sich im Namen seiner Pressekollegen über die häufig ausweichenden Antworten und langwierigen Recherchen zu Themen in der Stadtverwaltung vorsichtig beklagt und daher solch einen verantwortlichen Ansprechpartner angeregt. Das Interview endet mit Herzigs freudiger Annahme einer besonderen Einladung der Künstlerverbände für den kommenden Samstag zu einer Diskussionsveranstaltung auf den Domplatz. Er hatte wohl keine Vorstellung von der „Demontage“<sup>37</sup>, wie Hans Jochen Tschiche die Veranstaltung beschreibt, die ihn an diesem 4. November erwarten würde.

Bei eisiger Kälte versammelten sich am Samstagvormittag, den 4. November, schätzungsweise 50.000 Magdeburger auf dem Domplatz und diskutieren über die aktuelle Lage. Oberbürgermeister Werner Herzig und SED-Bezirksleiter und Mitglied des Politbüros Werner Eberlein stehen dabei im Zentrum heftiger Kritik. Ihre Redebeiträge werden von lautstarken Pfiffen und Buhrufen begleitet. Selbst die SED-Zeitung Volksstimme kommt nicht umhin, diese in ihre Berichterstattung aufzunehmen. Dazu fällt auf, dass kritische Transparente gegen die staatshörige Berichterstattung der Volksstimme und Zensur der Presse sogar als Foto abgedruckt werden und eine selbstkritische Unterzeile erhalten: „Eine bittere Wahrheit der Vergangenheit, jetzt immer weniger zutreffend.“<sup>38</sup>

---

<sup>35</sup> Volksstimme, Ist der Rat sprachlos?, 03.11.1989

<sup>36</sup> vergl. Interview Susanne Kornemann-Weber, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-9, S. 4

<sup>37</sup> Interview Hans-Jochen Tschiche, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-11, S. 16

<sup>38</sup> Volksstimme, Magdeburgs Domplatz wurde zu einem politischen Forum, 06.11.1989

Nach Kritik an Herzigs mangelnder Gesprächsbereitschaft und seinem Unwillen, die Veranstaltungen im Dom zu besuchen und dort mit der Opposition zu sprechen, sagt der Oberbürgermeister seine Teilnahme für das nächste Forum auf dem Alten Markt für den 6. November zu. Bei strömendem Regen sieht er sich am folgenden Montagabend nunmehr bis zu 80.000 Magdeburgern gegenüber und Transparenten mit der Aufschrift: „Herzig nimm deinen Hut und geh!“<sup>39</sup> Erneut gehen seine Ausführungen in einem Pfeifkonzert unter. Eine Gruppe von Provokateuren aus der Bezirksparteischule der SED wird von den Bürgern mit „Stasi raus“ Rufen vom Platz geschickt. Tschiche dazu: „Da haben die Genossen noch einmal alle dagestanden und sind alle zu Kleinholz verarbeitet worden.“<sup>40</sup>

Nach 24 Jahren als Magdeburger Stadtoberhaupt legt Werner Herzig sein Amt am 8. November nieder. Herzig begründete seinen Entschluss mit der „ernsten politischen Lage“<sup>41</sup>. Sein Stellvertreter Ernst Ullrich übernimmt vorläufig die Geschäfte, bis auf einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 1989 Werner Nothe mit 130 zu 70 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt wird. Als einziges erklärtes Ziel für seine Amtszeit nennt er „die nächste Wahl erreichen“ durch Erhalt der städtischen Lebensfähigkeit unter allseitigem Schutz von privatem und öffentlichem Eigentum im friedlichen Konsens mit allen Initiativen.<sup>42</sup>

Die völlige Überforderung der Staatspartei SED, die ihrem Führungsanspruch in der DDR-Gesellschaft nicht mehr entsprechen konnte, wird am Beispiel des weichenden Oberbürgermeisters auch in Magdeburg sichtbar. Bereits nach den als gefälscht entlarvten Kommunalwahlen im Mai 1989 verloren Partei und ihre Funktionäre auch das letzte Stück Vertrauen der Bevölkerung. Und das obwohl das „Wählen“ sowieso schon eine als simples „Falten“ der Wahlzettel verspottete Handlung in der Bevölkerung gewesen war. Bei der Personalfindung für Wahlämter verließ sich der von der SED gelenkte „Demokratische Zentralismus“ auf seine Kaderarbeit. Eine Auswahl der wählbaren Kandidaten erfolgte durch die Leitung aus den Reihen einer Nomenklatura, eine Klasse von besonders zuverlässig linientreuen Personen, die teils auf Parteischulen eine Ausbildung erhielten und sich üblicherweise auf verschiedenen Ebenen bewähren mussten, um ausgewählt zu werden. So ist es nicht verwunderlich, dass der Oberbürgermeister sich systembedingt nicht in erster Linie seinen „Wählern“ verpflichtet fühlte und sich darum kaum dort „sehen lassen“ musste, sondern den übergeordneten Parteigremien Rechenschaft abgelegt hat. Hinzu kam auch, dass durch die zentrale Lenkung aller Staatsorgane die Einflussmöglichkeiten der Ortsebene sehr begrenzt waren und der Oberbürgermeister mit seinem Rat vorrangig anderswo getroffene Entscheidungen weisungsgemäß umzusetzen hatte. Eine Beteiligung durch Bürgereingaben war darin nicht vorgesehen.

Diesen Umstand kritisierte Wilhelm Polte in einem Leserbrief an die Volksstimme bereits im April 1989. Im Rahmen einer „Gemeinschaftsaktion - Was uns heute gefällt - und morgen besser sein kann“ waren Leser aufgerufen, Gedanken über die Entwicklung Magdeburgs zu formulieren. Neben der Feststellung zunehmender ökologischer und wirtschaftlicher Probleme und der Beobachtung von Konzept- und Ratlosigkeit der Stadtverwaltung angesichts des zukünftigen Weges kritisierte Polte in seinem Brief direkt die Folgen des zentralistischen Staatsaufbaus. Dringend benötigte Baukapazitäten müssten etwa nach Berlin abgegeben werden, die zur Sanierung maroder Infrastruktur in Magdeburg fehlen. Er stellt die Frage, ob die örtlichen Volksvertreter noch die

---

<sup>39</sup> Volksstimme, Dialog vor dem Rathaus, 07.11.1989

<sup>40</sup> Interview Hans-Jochen Tschiche, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-11, S. 16

<sup>41</sup> Volksstimme: Der OB erklärte seinen Rücktritt, 09.11.1989

<sup>42</sup> Notizen der Antrittsrede Werner Nothes, Tagebuch Gerhard Ruden

Prioritäten setzen würden, oder ob ihnen angesichts der desolaten Lage nur die Zustimmung des vorgegebenen Weges bleibt. Im Blick auf die bevorstehenden Wahlen im Mai 1989 sieht er die Entwicklung von „Strukturen zur breiteren Mitwirkung unserer Bürger als unerlässlich an“. Kritisch sieht er auch die Abbildung dieser Entscheidungsfindungsprozesse in den Medien und führt als Beispiel eine längere Leserdiskussion an über die Frage, ob dem städtischen Theater eine Etage des Kaufhauses Olympia zugesprochen werden soll oder nicht. Dies dann ernsthaft als Ausdruck demokratischer Mitwirkung der Bevölkerung zu bezeichnen, bedeute, die Bürger zu unterfordern und nicht ernst zu nehmen. Dies führe zu einem Desinteresse an städtischen Belangen in der Bevölkerung. Nach Einsenden dieses Briefes wurde Wilhelm Polte an seinem Arbeitsplatz der Technischen Hochschule für seine Ansichten gemäßregelt und musste sich vor einem Komitee rechtfertigen. Polte beschreibt das Lebensgefühl in dieser Zeit so: „Das Bürgertum der DDR war seit dem Mauerbau in den 60er Jahren tot. Ab da dachten die Leute, hier kommen wir auf ewig nicht mehr raus. Dann zog man sich zurück. Jeder hatte seinen Schrebergarten, auch um sich selbst zu versorgen, und dort lebte man. Was in der Stadt passierte, nahm man als gegeben hin und arrangierte sich.“<sup>43</sup>

Diese Wahrnehmung sollte sich jetzt unerwartet schnell ändern. Denn die offensichtliche Hilfslosigkeit der Staatsführung angesichts der Bürgerproteste und Massenauswanderung gipfelte in der planlos erfolgten Grenzöffnung in der Nacht des 9. November 1989. Die bisher schwer bewachte Grenze der DDR zur BRD stand offen. Die überwundene Berliner Mauer beraubte dem System DDR eines Großteils seines Droh- und Unterdrückungspotenzials, wenn vorerst auch nur symbolhaft. Trotz dieser alles überrollenden Ereignisse musste der Alltag weitergehen und das tägliche Leben auch in Magdeburg organisiert werden.

So befassen sich die Lageberichte der SED-Parteileitung und des Rates des Bezirkes Magdeburg kurz nach dem 9. November vorrangig mit der Versorgung der Bevölkerung und Sicherung öffentlicher Dienstleistungen in „einer instabilen politischen Situation“.<sup>44</sup> Besonders kritisch ist die völlige Überlastung der Verkehrswege durch den massenhaften Transitverkehr in die BRD. Ratsvorsitzender Siegfried Grünwald schreibt, dass nur durch große Anstrengungen und zusätzlichen Einsatz von Soldaten der Nationalen Volksarmee der Warentransport für den Einzelhandel und der öffentliche Nah- und Fernverkehr bisweilen aufrechterhalten werden können. Zu den bereits zum 13. November als Kraftfahrer und in der Nahrungsmittelproduktion eingesetzten 148 Soldaten werden schnellstmöglich 940 weitere Arbeitskräfte und 57 Lastwagen von der Armee angefordert. Obwohl die Lage insgesamt als ruhig und in den „Bahnen der Normalität“ bewertet wird, ist die große Verunsicherung der Menschen angesichts einer ungewissen Zukunft bereits erkennbar. Zahlreiche Bankguthaben über zehntausend DDR-Mark werden abgehoben, und in den Geschäften werden hochwertige Waren und besonders Goldschmuck aufgekauft.<sup>45</sup>

Die Bezirksverwaltung Magdeburg stellt in ihren Berichten die „Erregtheit“ über die neue Freizügigkeit nach der Grenzöffnung im November 1989 unter der allgemeinen Bevölkerung fest.<sup>46</sup> Dazu mischt sich die Sorge über einen zunehmenden Wertverlust der DDR-Währung und Verlust von

---

<sup>43</sup> aus „Runder Tisch Magdeburg – Die Mühen der Ebenen“, in: Magdeburg Herbst 1989 – Webprojekt Erinnerungskultur und vergl. Interview Wilhelm Polte, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-10, S.13

<sup>44</sup> Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22373, Bl. 10

<sup>45</sup> Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22373, Bl. 10-27

<sup>46</sup> Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22684, Bl. 85

unersetzlichen Devisen durch Bereitstellung von Reisezahlungsmitteln für den Besuch der BRD, was bereits als „Ausverkauf der DDR“ wahrgenommen wird.<sup>47</sup> Hinzu kommt die fortgesetzte Abwanderung von Arbeitskräften, die durch das erwartete weitere Absinken des Lebensstandards und der unsicheren Zukunftsaussichten der DDR verstärkt wird. Der Bezirk Magdeburg hat im Jahresverlauf 1989 bereits 9.800 Personen durch Ausreise in die BRD verloren, und weitere 1.600 Ausreisen sind bereits bewilligt, stehen also unmittelbar bevor. Von diesen Personen sind zwei Drittel im arbeitsfähigen Alter, teils in kritischen Berufen beschäftigt, Akademiker und medizinisches Personal. Die Hälfte der Ausreisenden war in der Stadt Magdeburg wohnhaft. Dieser Verlust entspricht einem Prozent der Bevölkerung im Bezirk in nur einem Jahr.<sup>48</sup>

Neben den ökonomischen Herausforderungen gehen die politischen Umwälzungen weiter. Selbst hochrangige Genossen zweifeln angesichts der Entwicklung am Fortbestand der Staatspartei. Oberbürgermeister Werner Nothe tritt sogar selbst für eine Auflösung der SED-PDS ein und fordert im Dezember sogar die Einstellung jeglicher Aktivität der ehemaligen Staatspartei in Magdeburg. Viele Funktionäre „haben aus eigenem Erleben der öffentlichen Foren mit der Bevölkerung nicht mehr die notwendige Einsicht, auf weiteren solcher großen Foren präsent zu sein.“, berichtet die SED-Kreisleitung<sup>49</sup>. Zur Sprachlosigkeit gesellt sich Führungslosigkeit und zurückhaltende Erwartung der Genossen zu angekündigten Konzepten für die Zukunft der SED. Aufgrund der Durchdringung der Stadtverwaltung durch SED-Kader werden notwendige Entscheidungen verschleppt. Niemand aus der bisherigen Führungsriege war noch bereit, die bisherige alleinige Verantwortung in der Stadtverwaltung zu tragen.

„Da entstand so ein Machtvakuum“, erinnert sich Wilhelm Polte. Er hatte mit 85 Mitstreitern am 18. November die Sozialdemokratische Partei der DDR im Bezirk Magdeburg gegründet, um eine eigene politische Kraft gegen den Führungsanspruch der SED zu bilden. Besonders die plötzliche Ratlosigkeit der bisher allein regierenden Funktionäre und Bürokraten ist ihm in Erinnerung geblieben: „Es herrschte Unsicherheit überall in der Stadtverwaltung. Wie sollten sie sich verhalten? Was würde aus den Mitarbeitern werden? Wohin würde die Reise gehen?“<sup>50</sup>

Die alte SED-Staatsmacht in Magdeburg war offensichtlich ohnmächtig, und es regte sich der gesellschaftliche Gestaltungswille in den neuen Gruppierungen und Parteien, die aus der Bürgerbewegung des Herbstes erwachsen waren. Unter dem Dach der evangelischen Kirche traf sich am 4. Dezember in Magdeburg der „Runde Tisch Stadtmission“. Nach dem Vorbild des Zentralen Runden Tisches in Ost-Berlin planten Vertreter vom Demokratischen Aufbruch, von Demokratie Jetzt, der Sozialdemokratischen Partei, Neuem Forum und der Initiative für Frieden und Menschenrechte einen eigenen Runden Tisch für die Stadt Magdeburg einzurichten. Am Folgetag lud der kommissarische Bürgermeister Ernst Ullrich zu einem „Rathausgespräch Runder Tisch“ ein, bei dem SPD Vertreter, darunter Polte, Norbert Bischoff als Vertreter der katholischen Kirche, Demokratischer Aufbruch und die Domprediger Zachhuber und Quast teilnehmen. Dabei ging es um die formelle Herstellung der baldigen Arbeitsfähigkeit des zukünftigen Runden Tisches und des Bürgerkomitees, Erstellung von Hausausweisen für das Rathaus, eine Beobachterrolle der Opposition bei der ansonsten geheimen Wahl des neuen Bürgermeisters Nothe durch die Stadtverordneten

---

<sup>47</sup> Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22676, Bl. 137

<sup>48</sup> Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22372, Bl. 19

<sup>49</sup> Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22684, Bl. 86

<sup>50</sup> aus „Runder Tisch Magdeburg – Die Mühen der Ebenen“, in: Magdeburg Herbst 1989 – Webprojekt Erinnerungskultur

am 14. Dezember, die Offenlegung des SED-Vermögens, eine Untersuchung der manipulierten Wahlen vom Mai und einige Fragen zum Umgang mit dem Haus der Pioniere und Straßenumbenennungen.<sup>51</sup>

Am bedeutendsten war dabei die institutionelle Verankerung des Bürgerkomitees mit staatlicher Kontrollbefugnis, die noch durch Übergangsbürgermeister Ernst Ullrich veranlasst worden ist. Nach der Schilderung von Norbert Bischoff ging der Impuls für ein Bürgerkomitee Magdeburg von Dompredigerin Waltraut Zachhuber aus, die diese Idee von einem Besuch in Leipzig mitbrachte. Die Übergabe der Legitimationsbescheinigungen an die Mitglieder erfolgte am 6. Dezember durch den geschäftsführenden Oberbürgermeister Ernst Ullrich an Bischoff persönlich, der sie dann an das Bürgerkomitee weitergab, wobei das Neue Forum bei der Ausstellung vergessen worden war und die Ausweise für deren sechs Mitglieder nachgereicht werden mussten.<sup>52</sup> Auf Grundlage von §38 des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR vom 4. Juli 1985 waren die Mitglieder des Bürgerkomitees somit berechtigt, von der Staatsanwaltschaft, den Gerichten, den Sicherheitsorganen sowie den Organen der staatlichen und gesellschaftlichen Kontrolle Auskünfte und Informationen zu verlangen. Sie wurden dahingehend staatlichen Exekutivorganen der Bezirksebene gleichgestellt. Im Text der Urkunde wird die Suche nach strafbaren Handlungen in Form beabsichtigter Vernichtung archivwürdigen Materials, im Verdachtsfall unter Hinzuziehung der zuständigen Staatsanwaltschaft, explizit als Aufgabe genannt. Diese Legitimation war vorerst bis zum 6. Januar 1990 gültig, wurde aber auf Betreiben des Runden Tisches ab Anfang 1990 unbefristet verlängert.<sup>53</sup>

Das Bürgerkomitee stellte sich selbst die Aufgabe, ohne Gewaltanwendung die Aktenvernichtung der Staatsicherheit zu stoppen und die Behörde aufzulösen. Wie später bekannt wurde hatte Stasichef Erich Mielke bereits am 6. November befohlen, belastendes Material in den Dienststellen zu vernichten. Nach der offiziellen Ernennung des Bürgerkomitees trafen sich am 7. Dezember unter Leitung von Waltraut Zachhuber in der Probstei St. Sebastian die Mitglieder. Dort berichteten Teilnehmer von Aktenverbrennung in der Stasizentrale im Kroatenweg. Über die Bezirksverwaltung wurde der Ministerrat der DDR informiert, und Hans Modrow wies an, die Aktenvernichtung im inzwischen umbenannten „Amt für Nationale Sicherheit“ DDR-weit zu stoppen. Das Bürgerkomitee Magdeburg begann damit, die Räume des Komplexes Kroatenweg zu versiegeln. Ab dem 9. Dezember bewachte die Volkspolizei die Dienststellen, so dass nur Mitglieder des Bürgerkomitees Zugang hatten, und bis zum 14. Dezember waren alle Kreisdienststellen und die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit unter Aufsicht des Magdeburger Bürgerkomitees geschlossen worden, um möglichst Schriftgut zu erhalten und den Waffenbestand zu sichern.<sup>54</sup>

Bis zur konstituierenden Sitzung des Runden Tisches am 19. Dezember schlossen sich noch die Grüne Partei, die Unabhängige Fraueninitiative Magdeburg und der Kulturbund an. Vertreter der SED und Massenorganisationen, die sogenannten „Blockparteien“ - CDU, LDPD, NDPD, DBD - und die Stadtverwaltung, mit dem neuen Oberbürgermeister Werner Nothe, nahmen ebenfalls teil. Als Moderatoren wurden die Vertreter der Beratergruppe Dom und katholischen Koordinierungsgruppe eingesetzt.

---

<sup>51</sup> aus Notizen, Tagebuch Gerhard Ruden

<sup>52</sup> Interview Norbert Bischoff, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-8. S. 3

<sup>53</sup> Ausstellung des Bürgerkomitees im Dokumentationszentrum Moritzplatz Magdeburg

<sup>54</sup> Ausstellung des Bürgerkomitees im Dokumentationszentrum Moritzplatz Magdeburg

Die Bürgerbewegung hatte damit trotz der Ausschaltung der Stasi und Bildung eines quasi Beirates zur Stadtpolitik auch in Magdeburg die bisherigen Machthaber in ihrer Verantwortung für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände belassen. Die Haltung der Opposition zur „Machtfrage“ kurz vor Bildung des Runden Tisches drückte Hans-Jochen Tschiche beim Gespräch mit dem Bezirksrat so aus: „Sie haben die Karre in den Dreck gefahren, Sie müssen sie wieder rausziehen, und wir werden Sie kritisch begleiten.“<sup>55</sup> Der Runde Tisch in Magdeburg sollte dann auch ganz nach Berliner Vorbild laut eigenem Selbstverständnis „mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise beitragen, bis demokratische Wahlen durchgeführt werden können.“

## **Arbeitsweise und Inhalte der Sitzungen**

Für ein solches Gremium wie dem Runden Tisch gab es in der bisher streng zentralistischen Verwaltung Magdeburgs keinen vorbereiteten Plan. Der Berliner Runde Tisch diente bei der Einrichtung als praktisch kopiertes Vorbild, was an dem formulierten Selbstverständnis deutlich wird, das sich vor allem im Ortsbezug auf Magdeburg unterscheidet, aber auf einen Hinweis zur „Eigenständigkeit des Landes“ verzichtet. Wahrscheinlich fühlte man sich dafür auf Stadtebene schlicht nicht zuständig. Örtlich bedeutender ist hingegen die Betonung der engen Zusammenarbeit mit dem Bürgerkomitee, die in der Berliner Erklärung<sup>56</sup> wiederum fehlt:

„Die Teilnehmer des Runden Tisches treffen sich aus tiefer Sorge um unser in eine Krise geratenes Land. Als Bürger der Stadt Magdeburg fühlen sie sich mitverantwortlich für die weitere Entwicklung und das friedliche Miteinander der Menschen in dieser Stadt. Sie fordern die Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation in unserer Stadt. Obwohl der Runde Tisch keine parlamentarische Funktion ausüben kann, will er sich mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise an die Öffentlichkeit wenden. Er fordert von der Stadtverordnetenversammlung und dem Rat der Stadt Magdeburg, rechtzeitig vor wichtigen rechts-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen informiert und einbezogen zu werden. Er versteht sich als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle in unserer Stadt und arbeitet mit dem Bürgerkomitee eng zusammen. Geplant ist, seine Tätigkeit bis zu Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortzusetzen.“<sup>57</sup>

Ebenso geht der Runde Tisch Magdeburg im Verfahrensablauf laut Geschäftsordnung über sein Berliner Vorbild hinaus. Inhaltliche Beschlüsse und Anträge erfordern eine Zweidrittelmehrheit und bei Stimmgleichheit gelten Anträge als abgelehnt. In Berlin genügen für Beschlüsse dagegen jeweils einfache Mehrheiten. Ebenso gilt der Runde Tisch Magdeburg erst bei Anwesenheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder als beschlussfähig. Damit drücken die Magdeburger den Wunsch nach einem breiten Konsens bei ihrem Vorgehen aus und priorisieren Einmütigkeit vor Handlungsfähigkeit.

Die Frage, wer überhaupt an den Sitzungen mit Stimmrecht teilnehmen sollte, beantwortet die Geschäftsordnung folgendermaßen: „Die Legitimation zur Teilnahme am Runden Tisch ergibt sich

---

<sup>55</sup> Interview Hans-Jochen Tschiche, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-11, S. 2

<sup>56</sup> vergl. Herles, 1990, S. 23-27

<sup>57</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 175

durch die eigenverantwortliche namentliche Benennung je eines Vertreters der oppositionellen Gruppierungen, der evangelischen und katholischen Kirchen, der Beratergruppe Dom und der kath. Koordinierungsgruppe sowie der in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen. Eine Selbstvertretung ist in Ausnahmefällen möglich.“<sup>58</sup>

Generell entschieden die Teilnehmer aller Runden Tische willkürlich darüber, wer mit ihnen am Runden Tisch Platz nehmen durfte. Von einem konsequenten Wahl- oder Delegationsverfahren kann nicht die Rede sein. Das wurde akzeptiert, weil es weniger um ein „basisdemokratisches Modell“ für ein Leitungs- und Entscheidungsgremium ging, sondern die Runden Tische von Beginn an als Verständigungsraum über die aktuellen Herausforderungen gedacht waren. Es waren vor allem die Massenproteste der Bevölkerung, die den am Runden Tisch kumulierten Gruppen und Parteien die Einflussnahme ermöglichten.<sup>59</sup>

Wie sich Susanne Kornemann-Weber erinnert, war die „Zusammensetzung bunt gewürfelt“, denn „nach dem Vereinsrecht existierte das ja alles in dem Sinne überhaupt nicht. Insofern war das zum Anfang ein relativ loser Zugang.“<sup>60</sup> Laut Polte wurden „alle, die irgendwie gesellschaftlich auffällig wurden, dass sie existieren als Gruppierungen, die wurden eingeladen.“<sup>61</sup> Bei einer Auswahl spielte auch wieder das Berliner Vorbild eine Rolle. Der unabhängige Frauenverband hatte Vertreterinnen an den Zentralen Runden Tisch entsandt und so seinen Magdeburger Ableger ermutigt, ebenfalls teilzunehmen, wie sich Aktivistin Editha Baier erinnert: „Und da der UFV kurz nach der Gründung des ersten zentralen Runden Tisches sich konstituiert hatte in Berlin und wir in Magdeburg uns dem anschlossen, haben wir mitbekommen, dass der UFV auch zu diesen Tagungen des Runden Tisches in Berlin zugelassen werden wollte, dass das auch gelang. Und damit hatten wir sozusagen die Konstante in Magdeburg.“<sup>62</sup> Aber nicht jeder, der wollte, durfte teilnehmen. Ein undatiertes Brief an den DTSB-Kreisvorstand Magdeburg vom Runden Tisch beantwortet eine Anfrage des Sportclubs nach Teilnahme negativ. Mit Verweis auf die Geschäftsordnung seien nur „politische Parteien und Gruppierungen“ am Runden Tisch zugelassen.<sup>63</sup> In Grenzfällen wurden Vereine jedoch als Beobachter zugelassen, so der Verband der Behinderten im Bezirk Magdeburg<sup>64</sup>, wobei unklar bleibt, welche Rechte dieser Status beinhaltete. Bemerkenswert ist, dass Oberbürgermeister Nothe selbst an der Mehrzahl der Sitzungen teilgenommen hat. Frau Kornemann-Weber erklärt das damit, dass der Gegenüber des Runden Tisches nicht der Rat oder die Stadtverordneten war, sondern der Oberbürgermeister als Einzelperson. Er saß dort nicht mit einer Mannschaft, sondern im Prinzip als „Einzeltäter“. Der manchmal anwesende Vorsitzende des Rates „hatte gar keine Kompetenzen, das wusste aber damals gar keiner.“<sup>65</sup>

Es wurden nur wenige Anwesenheitslisten mit den Protokollen aufbewahrt. Wenn überhaupt, ist in den Protokollen selbst nur vermerkt, dass die Anwesenheitsliste dem Protokollanten vorgelegen hat. Die vorhandenen Namenslisten sind folgend aufgeführt:

---

<sup>58</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 176

<sup>59</sup> vgl. Weil, 2014, S. 29

<sup>60</sup> Interview Susanne Kornemann-Weber, Rep-57-9, S. 1-2

<sup>61</sup> Interview Wilhelm Polte, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-10, S. 3

<sup>62</sup> Interview Editha Baier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 2

<sup>63</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep 57-5, Bl. 1

<sup>64</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep 57-5, Bl. 75

<sup>65</sup> Interview Suanne Kornemann-Weber, Rep-57-9, S. 5

#### Teilnehmer der konstituierenden Sitzung am 19. Dezember 1989:<sup>66</sup>

- Polte, Wilhelm, SDP
- Wernowsky, Harald, Initiative Frieden und Menschenrechte
- Kornemann, Susanne, Beratergruppe Dom
- Overmann, Winfried, Demokratischer Aufbruch
- Andrae, Dietmar, Demokratie jetzt
- Stolpe, Theodor, Kath. Kirche
- Heberstreit, Bärbel DFD
- Rothgänger, Wolfgang, Grüne Partei
- Seeger, Karl-Heinz, Konsumgenossenschaft
- Beier, Editha, Unabhängige Fraueninitiative MD
- Augustin, Bernd, SED-PDS
- Schubert, Brigitte, AG "Frauen in der neuen SED"
- Hanusch, Siegfried, FDGB
- Rauls, Wolfgang, NDPD
- Flügge, Horst, DBD
- Radojewski, Manfred, CDU
- Hempel, Gerd, LDPD
- Haase, Detlev, VdgB
- Dr. Sandera, Gunter, Kulturbund
- Bischoff, Werner, Koordinierungsgruppe Dom
- Noetzel, Almut, Ev. Kirche

#### Teilnehmerliste der Sitzung am 2. Januar 1990:<sup>67</sup>

- Polte, Wilhelm, SDP
- Wernowsky, Harald, Initiative Frieden und Menschenrechte
- Kornemann, Susanne, Beratergruppe Dom
- Overmann, Winfried, Demokratischer Aufbruch
- Andrae, Dietmar, Demokratie jetzt
- Stolpe, Theodor, Kath. Kirche
- Heberstreit, Bärbel DFD
- Nitschke, Maria, Grüne Partei
- Seeger, Karl-Heinz, Konsumgenossenschaft Stadt Magdeburg
- Beier, Editha, Unabhängige Fraueninitiative MD
- Augustin, Bernd, SED-PDS
- Schubert, Brigitte, AG "Frauen in der neuen SED"
- Hanusch, Siegfried, FDGB
- Rauls, Wolfgang, NDPD
- Flügge, Horst, DBD
- Radojewski, Manfred, CDU
- Hempel, Gerd, LDPD
- Haase, Detlev, VdgB
- Dr. Sandera, Gunter, Kulturbund
- Bischoff, Norbert, Koordinierungsgruppe Kath. Kirche
- Noetzel, Almut, Ev. Kirche
- Wilde, Antje, Grüne Liga
- Brothuhn, Jochen, Neues Forum

---

<sup>66</sup> Winter, Dr. Martin: Forschungsbericht Runder Tisch Magdeburg, Stadtarchiv Magdeburg Rep-57-6, S. 19

<sup>67</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep 57-4, Bl. 101

Es folgt eine handschriftliche Notiz von Susanne Kornemann-Weber, die wahrscheinlich die Teilnehmer des Runden Tisches am 6. Februar 1990 auflistet. Die Streichungen geben einen Eindruck von den Fluktuationen unter den Teilnehmern. Vertreter der städtischen Verwaltung sind darin nicht genannt.<sup>68</sup>

- Polte, Wilhelm, SDP
- Wernowsky, Harald, Initiative Frieden und Menschenrechte
- Kornemann, Susanne, Beratergruppe Dom
- Overmann, Winfried, Demokratischer Aufbruch
  - ???omann, Karsten
- Andrae, Dietmar, Demokratie jetzt
- Stolpe, Theodor, katholische Kirche
- ~~Heberstreit, Bärbel~~, DFD
  - Krenz (kein Vorname)
  - Ditz, Sabine
- ~~Rothgänger, Wolfgang~~, Grüne Partei
- Nibsche, Maria
- Seeger, Karl-Heinz, Konsumgenossenschaft  
ausgeschieden 06.02.90
- Beier, Editha, Unabh. Frauenini. Mbg.
- Augustin, Bernd, SED-PDS
- ~~Schubert, Brigitte, Arbeitsgemeinschaft Frauen in der neuen SED~~
- Hanusch, Siegfried, FDGB
- ~~Rauls, Wolfgang~~, NDPD
  - Neum?, Günter
- Flügge, Horst, DBD
  - Mühlbach, Holger
- Radojewski, Manfred, CDU
- ~~Hempel, Gerd~~, LDPD
  - Zierau ???
- Haase, Detlev, VdgB
- Dr. Sandera, Gunter, Kulturbund  
fehlt
- Bischoff, Werner, Koordinierungsgruppe Dom
- Noetzel, Almut, Ev. Kirche
  - Höppner
- ~~Wilde, Antje~~, Grüne Liga
  - ?
- Brothun, Jochen, Neues Forum  
fehlt
- Laube, Volkmer
- ~~Schulze, Torsten~~, FDJ

---

<sup>68</sup> Winter, Dr. Martin: Forschungsbericht Runder Tisch Magdeburg, Stadtarchiv Magdeburg Rep-57-6, S. 20

Verteilerliste ohne Datum, aber sehr wahrscheinlich die Adressaten für die Zustellung des Beschlussprotokolls der Ratssitzung am 7. Februar 1990:<sup>69</sup>

- Dr. Wilhelm Polte, SPD
- Susanne Kornemann, Beratergruppe Dom
- Carsten Fuhrmann, Demokratischer Aufbruch
- Dietmar Andrae, Demokratie Jetzt
- Maria Nitschke, Grüne Partei
- Editha Beier, Unabhängige Fraueninitiative Magdeburg.
- Bernd Augustin, PDS
- Hans-Joachim Großkopf, FDGB
- Hans-Günther Neum, NDPD
- Holger Mühlbach, DBD
- Manfred Radojewski, CDU
- Dirk Zierau, LDPD
- Dr. Siegfried Kattanek, Kulturbund
- Jochen Brothuhn, Neues Forum
- Volkmar Laube, FDJ

Die Zusammenstellung der Teilnehmer brachte es mit sich, dass sich jetzt Vertreter des alten Systems und die Aktiven der Bürgerbewegung in einem Gremium formal gleichrangig begegneten. In der Praxis gab es gegeneinander Vorbehalte, wie sich Baier an die Bildung der Runden Tische erinnert, die „in den Städten in Übereinstimmung mit der damaligen Führung der Verwaltungen erfolgte, die dann die Geschäfts- und Federführung für dieses Arrangement übernommen hatten, aber nun diese feindlichen Gebilde, diese Rowdygruppen und wie sie alle genannt wurden, plötzlich mit an dem Tisch hatte. Also wir saßen eigentlich zusammen, was vorher Feinde waren und scheinbar ausgeschlossen, gefangengenommen und weggefasst werden sollte. Wir saßen uns nicht als Feinde, aber doch als Gegner gegenüber.“<sup>70</sup>

Dabei wirkten zumindest die Blockparteien laut Polte „deplatziert und paralysiert“, denn sie „hatten keinen Einfluss gehabt oder Initiativen gezeigt auf das revolutionäre Geschehen, sie hatten nur über Jahrzehnte gelernt, die führende Rolle der SED anzuerkennen, die sie akzeptiert haben, und eigene Ideen waren da nicht gefragt. Insofern war es auch eine recht klägliche Rolle, die sie dann am Runden Tisch eingebracht haben, sie haben im Grunde genommen nichts beigetragen.“<sup>71</sup> Hans-Jochen Tschiche erinnert sich hingegen, dass „die Blockparteien plötzlich so demokratisch wie noch nie waren“, was er für einen „interessanten Vorgang“ hielt.<sup>72</sup>

Die vorhandenen Protokolle zeigen jedenfalls ein klares Übergewicht an Anträgen, Äußerungen und genereller Aktivität, die mit den „neuen“ Gruppen zusammenhängt, so dass die Dynamik der Treffen deutlich von der Bürgerbewegung dominiert war. Grundsätzlich habe es in jener Zeit noch immer „Spannungen zwischen den Alten und den Neuen gegeben“, ergänzt Tschiche und sagt: „Auffällig war die Bereitschaft aller, um sich selbst zu entlasten, sich einen Sündenbock zu suchen, und das war natürlich die SED. Die Blockparteien haben ja alle vergessen, wie sie immer auf den Sozialismus geschworen hatten. Also machten alle sich über die her, das war ja das schwächste Glied, und wenn irgendwas war, ging es über die her. Das war klar!“<sup>73</sup>

---

<sup>69</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep 57-3, Bl. 225-228

<sup>70</sup> Interview Editha Baier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 2

<sup>71</sup> Interview Wilhelm Polte, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-10, S. 3

<sup>72</sup> Interview Hans-Jochen Tschiche, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-11, S. 3

<sup>73</sup> Interview Hans-Jochen Tschiche, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-11, S. 14

Trotz der unterschiedlichen Positionen und Historie der Gruppen herrscht eine verständige Gesprächsatmosphäre bei den Treffen. Norbert Bischoff führt das auf die Moderation der Kirchen und besonders auf Kornemann-Weber zurück: „Sie hat das meines Erachtens gut moderiert, sehr konsequent und gut vorbereitet, so dass es – jedenfalls nach meiner Erinnerung – eine harmonische Veranstaltung war, also nicht so sehr konfrontativ. Zwar haben wir die Stadt unter Druck gesetzt, aber die hatten sich kooperativ verhalten und wollten mit den Bewegungen und dem, was da kommt, in Frieden leben.“<sup>74</sup> Laut Frau Baier konnten sich alle aktiv mit ihren Anliegen einbringen: „Die Forderungen, die in den jeweiligen Gruppierungen vorhanden waren, kamen ungeschönt auf den Tisch. Und sie mussten gehört werden, wurden zum Teil auch gehört, aber wie man im Nachhinein sieht, auch irgendwie kanalisiert – zunächst einmal.“<sup>75</sup>

Bei aller vordergründigen Kooperation mit dem Runden Tisch seitens der Stadtverwaltung wird aber von den Teilnehmern ungenügender Informationsfluss und mangelnde aktive Zusammenarbeit beschrieben. Susanne Kornemann-Weber erinnert sich an die fehlende Abstimmung im Vorfeld darüber, was tatsächlich auf der Tagesordnung stehen würde: „Man bekam praktisch die Unterlagen vorgelegt, die im Laufe der Woche eingegangen waren, sofern sie an den Runden Tisch adressiert waren. Ob die vollständig waren oder nicht, hat niemand überprüft, das wäre auch nicht möglich gewesen. Weitere Anträge wurden von Teilnehmern mitgebracht. [...] Der Oberbürgermeister war der Überbringer der Nachrichten und der Dinge, die dort am Runden Tisch besprochen und beschlossen wurden.“<sup>76</sup>

Die Einsichten und Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Verwaltung beschränkten sich laut Norbert Bischoff häufig auf das, was von der Verwaltung mitgebracht und vorgestellt wurde. Vor allem Wilhelm Polte hätte da aber immer nochmal gebohrt - „Das kann doch nicht alles sein“. Aber ins Rathaus gehen und sagen „Ich will in die Bücher reingucken“, das war nicht so. Zwar hätte die Verwaltung „immer so getan, als läge alles auf dem Tisch, was Finanzen und Bausubstanz anging“, doch sei es immer ein „mühsames Ringen“ gewesen.<sup>77</sup> Wobei, so Bischoff weiter, die Verwaltung uns „einige Schritte voraus war, nach Braunschweig gefahren sind und sich kundig gemacht haben, wie das Neue funktioniert und uns erzählt, wie es in der DDR funktioniert und uns mühsam Dinge erklärt haben, wie es weiter gehen kann. Ich bin aber überzeugt, dass sie schon längst wussten, wie es weitergehen kann. Also die haben schon rechtzeitig gewusst, wie Kommunalverwaltung funktioniert, während wir noch am Runden Tisch auf der Suche waren, rauszukriegen, wie ist denn das?“<sup>78</sup>

Es ging laut Wilhelm Polte „um die ganz praktischen Fragen, die sich so ergeben haben. Eben auch, wenn verschiedene Leute Anträge stellten. Sie wollten oft nur Näheres wissen, weil ja zu DDR-Zeiten die Informationspolitik eine ganz andere war, wo man eigentlich mehr verborgen hat, als freigegeben. Da wurden dann viele Dinge hinterfragt, und die Verwaltung sollte Stellung nehmen. Dafür wurden verschiedene Vertreter an den Tisch zitiert und haben berichtet. Ob sie uns immer die Wahrheit gesagt haben, das ist eine ganz andere Frage.“<sup>79</sup>

---

<sup>74</sup> Interview Norbert Bischoff, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-8, S. 6

<sup>75</sup> Interview Editha Baier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 2

<sup>76</sup> Interview Susanne Kornemann-Weber, Rep-57-9, S. 2 und S. 5

<sup>77</sup> Interview Norbert Bischoff, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-8, S. 14

<sup>78</sup> Interview Norbert Bischoff, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-8, S. 6

<sup>79</sup> Interview Wilhelm Polte, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-10, S. 16

Editha Beier sagte darüber: „Ich denke, die haben nur das gesagt, was sie mussten und was sie wollten. Dieser Eindruck ist bei mir so tief drinnen. Das hört sich jetzt sehr pauschal an, aber ich kann mich auch an so ein Grinsen manchmal erinnern [...] Aber ich merkte doch, dass sie uns belächelten. In unserer Frageführung waren wir nicht sehr pointiert, glaube ich, und manchmal auch nicht sehr zielführend. Wir haben uns auch sicherlich ablenken lassen und haben Dinge auf den Tisch bekommen, die meine ich, wir nicht hätten bearbeiten müssen. [...] Das ist ihr größter Trick gewesen, da Nebelbänke zu erstellen. Wir hätten da eigentlich mit der Faust auf den Tisch hauen sollen und sagen, lasst uns das intensiv angucken, das haben wir so nicht gemacht.“<sup>80</sup>

Die Geschäftsordnung stellte als Verhandlungsgegenstände „alle rechts-, kultur-, wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme, die die Stadt Magdeburg betreffen, zur Diskussion. Dabei kann der Runde Tisch sowohl der Stadtverordnetenversammlung, dem Rat der Stadt sowie den zuständigen Ausschüssen, Gremien und Kommissionen Vorschläge unterbreiten und auf eine Bearbeitung drängen. Tagesordnungspunkte der Stadtverordnetenversammlung, außer zur Geschäftsordnung, müssen vorher dem Runden Tisch zur Kenntnisnahme vorliegen. Dazu kann der Runde Tisch Stellungnahmen erarbeiten und an die Stadtverordnetenversammlung weiterleiten.“<sup>81</sup>

Aufgrund des lokalen Bezuges werden politisch-ideologische und „staatstragende“ Themen damit grundsätzlich ausgeklammert, und die kritische Abwicklung der Staatssicherheit vor Ort lag in den Händen des Bürgerkomitees. Norbert Bischoff erzählt: „Es wurden beim ersten Mal Themen gesammelt, über die man sich unterhalten wollte, und die betrafen alles, was Kommunales anging. Es ging also weniger um Politik oder Freiheit, sondern wirklich um Stadtentwicklung, Wie sehen die Häuser aus, wie ist die Kanalisation beschaffen, bis hin zum Telefonnetz, wie geht es weiter, wie ist der Bestand? Man wusste ja, dass das verbessert werden musste. Das wurde jeweils vortragen vom Bürgermeister Nothe und schon die zweite oder dritte Sitzung betraf Finanzen.“<sup>82</sup>

Aufgrund der Vielzahl an komplexen Themen fühlten sich die Teilnehmer jedoch fachlich der Aufgabe wenig gewachsen und litten unter der Doppelbelastung, die ihr überwiegend ehrenamtliches Engagement, in häufig mehreren Funktionen, neben ihrem Beruf im Alltag bedeutet hat. Editha Beier schildert ihre Erlebnisse so: „Die Themen, die hereinbrachen, waren fast monumental für das, was diese einzelnen Oppositionsgruppen zu leisten hatten. [...] Trotzdem stand das mitten im Raum und hat uns eigentlich neben den Arbeiten, die wir selbst über unsere eigenen Forderungen hineinbringen wollten, maßlos überfordert.“<sup>83</sup> Ich kann mich zum Beispiel daran erinnern, dass diese Haushaltsplangeschichten, die von der Stadtplanungskommission vorgelegt wurden, dass das einfach für uns ein Unding war, das zu überblicken, zu kontrollieren und dann noch Forderungen aufzustellen Das war sehr schwierig.[...] Zumal die meisten, die dort saßen, auch noch gearbeitet haben. Das darf man nicht vergessen. Wir waren zum großen Teil berufstätig und haben eigentlich alles nach der Arbeit gemacht. Das heißt auch, wir haben die Anträge privat geschrieben. Keiner hatte ein eigenes Büro oder jedenfalls lange Zeit nicht. Wir hatten keine eigene Technik, Kopierer und Schreibmaschinen waren knapp und mussten irgendwie gemeinsam besorgt und genutzt werden.“<sup>84</sup>

---

<sup>80</sup> Interview Editha Beier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 9-10

<sup>81</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 176b

<sup>82</sup> Interview Norbert Bischoff, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-8, S. 5

<sup>83</sup> Interview Editha Beier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 4-5

<sup>84</sup> Interview Editha Beier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 3

Laut Kornemann-Weber „wurde alles ad hoc bearbeitet, Festlegungen getroffen oder sich über Themen verständigt, und was man mit den Anträgen tun wollte. „Wir haben Dinge entschieden auf der Grundlage dessen was wir wussten und was uns als Hilfe von der Verwaltung präsentiert wurde. Das meiste war eben Bauchgefühl. Eine Beratung oder so etwas hat es nicht gegeben.“<sup>85</sup>

Auch Polte erinnert sich an eine intensive Zeit: „Man muss sich vorstellen, die gingen alle ihrer Arbeit nach, das wurde irgendwie nebenbei durchgezogen. [...] Es war ein komplexes Geschehen, mit so vielen Facetten, dass musste neben der allgemeinen Arbeit erledigt werden. Ich hatte noch Vorlesungen und Seminare durchzuführen gehabt, war Vorsitzender der SPD für den Bezirk Magdeburg und von der Stadt Magdeburg. Da kann man nur sagen abenteuerlich, was sich da so vollzogen hat. Nur in bestimmten Aufbruchs- und Umbruchzeiten kann man so etwas vollbringen. Der Runde Tisch war auch nicht der Normalfall.“<sup>86</sup>

Bei den Treffen wird, dem Selbstverständnis folgend, Wert auf Transparenz nach außen gelegt. Die Geschäftsordnung erklärt alle Sitzungen grundsätzlich für presseöffentlich und eine Erweiterung oder Einschränkung der Öffentlichkeit sowie Zulassung von Gästen kann durch Mehrheitsbeschluss entschieden werden.<sup>87</sup> Diese Gäste waren vor allem Fachleute, meist aus der Verwaltung oder Betrieben, die zur Berichterstattung über konkrete Themen eingeladen wurden.

Medienvertreter waren fast nie zugegen. Nur zweimal waren, nach mehrmaliger drängender Einladung, Vertreter der Volksstimme anwesend. Ein Lokalredakteur besuchte in Vertretung der Chefredaktion die Sitzung am 30. Januar 1990<sup>88</sup> und erntete Missfallen, da der Chefredakteur nicht gekommen war und er als Vertreter Fragen nicht beantworten konnte. In der Folgesitzung am 6. Februar erschien doch noch der Chefredakteur und sicherte zukünftig mehr Raum in der Zeitung für Veröffentlichungen der am Runden Tisch beteiligten Gruppen zu. In den Sitzungsprotokollen ist mitunter erwähnt, dass Informationen über Themen der Sitzung an die Volksstimme weitergeleitet werden sollten. Ob das geschehen ist, wenn ja, durch wen oder welche konkreten Inhalte übermittelt worden sind, ist nicht belegt. Moderatorin Kornemann-Weber fasst es so zusammen: „Die dabei von uns erhoffte Erreichung von Öffentlichkeit durch Berichte in den Zeitungen konnte nicht verwirklicht werden. Auch später bereitete es uns Probleme, gezielt über unsere Sitzungen zu berichten.“<sup>89</sup>

Die Verhandlungen am Runden Tisch der Stadt spielten dann auch auf der Lokalseite der Volksstimme keine Rolle. Nur ein knapper Artikel der Volksstimme vom 4. Januar 1990 ist belegt, der die Verlängerung des Mandates für das Bürgerkomitee bekannt gab. Die anderen Themen werden dabei zusammengefasst mit: „Des Weiteren wurden am Runden Tisch Fragen zur Lage im Gesundheitswesen der Stadt sowie weitere aktuelle Probleme behandelt.“<sup>90</sup>

Ansonsten ist nur noch eine Artikelreihe der Volksstimme ab dem Februar bekannt: „Was wollen die Parteien und Bewegungen? Der Runde Tisch stellt sich vor“ über die beteiligten Gruppen, die deren Ziele allgemein in aller Kürze beschreibt. Dabei wird aber kein expliziter Bezug zum Runden Tisch der Stadt hergestellt, sondern eher auf den Runden Tisch des Bezirkes verwiesen. Lediglich

---

<sup>85</sup> Interview Suanne Kornemann-Weber, Rep-57-9, S. 2 und S. 3

<sup>86</sup> Interview Wilhelm Polte, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-10, S. 8

<sup>87</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 175

<sup>88</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-5, Bl. 77

<sup>89</sup> Rede Susanne Kornemann-Weber, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 28

<sup>90</sup> Volkstimme, 4. Januar, 1990. S. 8

die Kontaktadressen der beteiligten Gruppen und Parteien in Magdeburg werden als Anlaufstelle genannt.<sup>91</sup> Diese Reihe erschien jedoch nur einen Tag nach dem Besuch des Chefredakteurs der Volksstimme am Runden Tisch und berichtete, wohl der bevorstehenden Wahlen wegen, über die Programme der Gruppen und nicht über die verhandelten Themen am Runden Tisch. Diese Reihe kann daher nicht ernsthaft die Einlösung der Zusage für mehr Raum im Blatt darstellen.<sup>92</sup>

Die mangelnde mediale Aufmerksamkeit wird von den befragten Zeitzeugen durchweg kritisiert und auf die noch bestehende enge Verschränkung der Volksstimme als „Organ der SED“ mit der SED-PDS zurückgeführt: „Die Volksstimme war für uns noch immer das rote Blatt.“, sagt etwa Norbert Bischoff. An eine Teilnahme von Medienvertretern, besonders der Volksstimme, kann sich Wilhelm Polte auch nicht erinnern. Ebenso hat es in der Erinnerung von Kornemann-Weber keine Berichterstattung in der Presse über die Inhalte der Arbeiten des Runden Tisches gegeben. Editha Beier war insgesamt sehr frustriert über die Arbeit der Medien: „Es war unglaublich schwierig, etwas zu veröffentlichen. Unsere Magdeburger Volksstimme war ja sehr hartleibig. [...] Wir haben erlebt, dass die Volksstimme sich sperrte. Ich kann mich erinnern, die sollte immer einmal gehört werden am Runden Tisch, aber die ließ sich sozusagen nicht herab, per Chefredakteur zu kommen. Da kam nur mal irgendein Delegierter, aber das war nicht die Presse, die auf Seiten der Opposition mit flammendem Herzen zu erleben war, sondern mehr der geprügelte Knabe, der jetzt gehen muss, wie weit er da immer Haus- und Hofpresse betrieben hat. Also, das war nicht so großartig mit der Pressearbeit. Wir haben auch andere Berichte, die wir verfasst haben, von Berlin hierher, was herausgegeben wurde, nicht unterbringen können.“<sup>93</sup>

Während der zentrale Runde Tisch in Berlin sogar im Fernsehen übertragen wurde und in der Bevölkerung daran ein großes Interesse bestanden hat, waren die Bezirks- und Stadtebene so nachgeordnet, dass sie, so Tschiche Eindruck, „keine Rolle gespielt haben“, und „wenn die Leute vom Runden Tisch sprachen, meinten sie Berlin. Wir waren ferner liefen. Ich kann mich auch kaum erinnern, dass es Medieninteresse gab. Die Volksstimme war ja auch gerade noch im Umbruch, die waren noch nicht ganz aus ihrem SED-Ei rausgekrochen.“<sup>94</sup> Die mangelnde Berichterstattung über kommunale Themen insgesamt würde sich auch bis nach den Kommunalwahlen am 6. Mai nicht merklich bessern. Auch inzwischen gegründete unabhängige Zeitungen wie „Die Andere Zeitung“, die ab dem 17. Januar 1990 erschien, konnten diese Lücke nicht so schnell füllen.<sup>95</sup>

Das Kommunikationsnetz des Runden Tisches und seiner Teilnehmer bestand auch ohne mediale Öffentlichkeit durch persönliches Weitersagen von Informationen. Das funktionierte laut Kornemann-Weber deswegen so gut, weil es in der DDR kaum Telefone gab. 1989 waren gerade mal zehn Prozent der Betriebe und Haushalte Magdeburgs an das Netz angeschlossen. So war es, wie sie sagt: „einfach die Gewohnheit der Menschen, dass man durch Flüsterpropaganda alles weitergeben musste, über das, was in den Gruppierungen erzählt wurde. [...] Weil man jemanden kannte, der jemanden kannte, der da war.“<sup>96</sup> Wie kritisch der Mangel an Telefonen war, berichtet Wilhelm Polte von einem Besuch der städtischen Telefonzentrale am heutigen Universitätsplatz: „Da kam

---

<sup>91</sup> Magdeburger Volksstimme: Was wollen die Parteien und Bewegungen? Der Runde Tisch stellt sich vor – Artikelreihe ab 07.02.1990

<sup>92</sup> vgl. Winter, 2011, S. 22-23

<sup>93</sup> Interview Editha Beier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 8

<sup>94</sup> Interview Hans-Jochen Tschiche, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-11, S. 12

<sup>95</sup> vgl. Winter, 2011, S. 23

<sup>96</sup> Interview Susanne Kornemann-Weber, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-9, S. 8

ich rein und mir wurde eine mechanische Telefonverteilanlage Baujahr 1927 gezeigt. Bei der Bombardierung Magdeburgs im Zweiten Weltkrieg war die schwer beschädigt und nie richtig repariert worden. Es waren da allein zehn Leute nur damit beschäftigt, das Gerät halbwegs am Laufen zu halten.“<sup>97</sup>

Damit mussten sich die Aktiven der Bürgerbewegung auch am Runden Tisch auf informelle Netzwerke verlassen, die sich vorwiegend über ihre jeweiligen Parteien oder Gruppen ergaben. Wie Editha Baier erzählt, war das eine Herausforderung: „Wir hatten diese ganze Fülle der Probleme rückzukoppeln zu unserer Initiative oder zu unseren Vereinen und durchzusprechen, was machen wir wie, und wie gehen wir mit einzelnen Problemen um, und wo bekommen wir Informationen her? Wir hatten eine Mittlerin aus dem Unabhängigen Frauenverband (UFV), die gleichzeitig Kontakt zum Bundeskoordinierungsrat des UFV und so zum Zentralen Runden Tisch in Berlin hatte und gleichzeitig Landessprecherin unseres Koordinierungsrates für Magdeburg und Region war, denn wir haben nicht nur in Magdeburg, sondern auch aus der umliegenden Region Mitgliederinnen des UFV gehabt. Das heißt – auf diesem Wege haben wir unsere Informationen bekommen – hatten ja damals noch kein Handy – Telefon gab es kaum – d.h. wir mussten immer abwarten, bis wir uns trafen und absprechen konnten. Das war ungemein zeitintensiv – wir hatten damals wenig Schlaf, würde ich mal sagen.“<sup>98</sup>

An einigen Stellen wird in den Archivunterlagen auf themenspezifische Runde Tische in Magdeburg hingewiesen, etwa zu den Themen Stadtentwicklung, Landeshauptstadt und Jugend. Wilhelm Polte konnte sich auch an einen Runden Tisch Gesundheit erinnern zu dem ein Arzt, Johannes Hille, geschickt wurde, ob im Auftrag des Runden Tisches der Stadt oder als Vertreter der SPD, war nicht klar. Laut Editha Baier soll es auch einen Runden Tisch Bildung gegeben haben. Ebenso hatte die Stadtverwaltung Kommissionen mit Themen beauftragt. Es werden solche Kommissionen zu Wahlen und zur Aufdeckung von Amtsmissbrauch in den Protokollen genannt, ebenso eine Kommission zur Auflösung des MfS, die auch Berichterstatter in die Sitzungen des Runden Tisches entsandt hat. Wie all diese Arbeitsgruppen im Einzelnen entstanden sind, wie deren Arbeitsweise war, und wie genau sich die Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch gestaltet hat, ging aus dem untersuchten Material nicht schlüssig hervor. Den Zeitzeugen zufolge geschah sonst ein inhaltlicher Austausch über den Runden Tisch hinaus eher über persönliche Kontakte der jeweiligen Aktiven und war mehr durch gemeinsame Partei- oder Gruppenzugehörigkeit geprägt als in institutionalisierter Form zwischen den Gremien etabliert. Dies traf auch auf Kontakte zum Runden Tisch auf Bezirksebene oder andere Runde Tische zu, die beispielweise mit Dessau, Halle, Leipzig und dem Zentralen Runden Tisch Berlin bestanden haben.

Zu Beginn war ein zweiwöchiges Intervall der Sitzungen vorgesehen, doch Fülle und Dringlichkeit der zu behandelnden Themen machten ab 1990 ein wöchentliches Treffen notwendig<sup>99</sup>, welches jeden Dienstag im heutigen Hansesaal des Rathauses stattfand. Einzige Ausnahme war die feiertagsbedingte Verlegung der Sitzung vom 1. auf den 2. Mai. Am 17. Februar fand zusätzlich eine als Sondersitzung organisierte Gesprächsrunde zur Stadtplanung statt. Kornemann-Weber spricht in ihrer Rede vor der Stadtverordnetenversammlung am 31. Mai von der 25. Sitzung als der „letzten Sitzung“ des Runden Tisches.<sup>100</sup> Die Protokollzählung ergibt jedoch eine Nummerierung bis Nummer 26. Es ist möglich, dass Frau Kornemann-Weber die 26. Sitzung nicht mitzählt, weil es, außer

---

<sup>97</sup> aus „Runder Tisch Magdeburg – Die Mühen der Ebenen“, in: Magdeburg Herbst 1989 – Webprojekt Erinnerungskultur

<sup>98</sup> Interview Editha Baier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 3-4

<sup>99</sup> Rede Susanne Kornemann-Weber, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 28

<sup>100</sup> Rede Susanne Kornemann-Weber, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 30

einem zwanglosen Austausch, keine Tagesordnungspunkte mehr gab. Das erste Vorbereitungstreffen am 4. Dezember 1989 wird in der Zählweise der Protokolle nicht mit berücksichtigt, sondern die erste Zusammenkunft im Rathaus am 5. Dezember gilt der federführenden Verwaltung als erste Sitzung, obwohl der Runde Tisch tatsächlich am 12. Dezember erstmals formell zusammentrat und am 19. Dezember sogar erst konstituiert wurde. So hat der Betrachter im Rückblick die Auswahl zwischen drei möglichen Terminen im Dezember 1989, die alle einen Anspruch auf das „erste“ Treffen erheben können und, je nach Zählweise, haben 27, 26 oder nur 25 Sitzungen stattgefunden.

Der „Runde Tisch“ bestand tatsächlich aus mehreren Tischen, die als Rechteck gestellt waren. Leitung und Moderation wurden abwechselnd von Vertretern der evangelischen und katholischen Kirchen übernommen. Mitarbeiter der Verwaltung organisierten die Sitzungen, schrieben Protokolle und kümmerten sich um Vor- und Nachbereitung.<sup>101</sup> Kornemann-Weber erinnert sich an die geführten Aufzeichnungen durch die städtischen Protokollanten: „Dinge, die man an einem Tag besprochen hat, waren am nächsten Tag nicht mehr gang und gäbe, weil die betreffende Person, mit der man etwas verabredet hatte, nicht mehr da war, oder weil die Dynamik einfach so groß war, dass Sachverhalte, die vorher eine Rolle gespielt hatten, plötzlich völlig unwichtig waren. [...] Ob die Dinge, die wir wirklich für wichtig fanden, am Ende auch in diesen Protokollen drinnen gestanden haben, war wegen der Schnellebigkeit nicht einmal unbedingt von Interesse. Denn wenn eine Woche später vermeintlich das Protokoll noch einmal angeschaut wurde, hatte sich schon wieder alles geändert. Niemand legte tatsächlich Wert darauf, im Sinne späterer Art von Protokollführung, dass bestimmte Aussagen tatsächlich festgehalten worden wären.“<sup>102</sup>

Eine Betrachtung der Protokolle erhärtet diese Aussage, da die Punkte meist augenscheinlich zusammenhanglos aufgelistet sind und sich ein Entscheidungsfindungsprozess oder ein Narrativ aus Antragstellung, Themenbildung und Lösung von konkreten Aufgabenstellungen rückblickend selten belastbar herauslesen lässt. Aus diesem Grund läge wenig Sinn darin, jeden einzelnen Tagesordnungspunkt aus den Protokollen hier zu nennen, da diese zum Teil für sich stehend aus heutiger Sicht zu wenig Kontext geben, um die spezifischen Sachverhalte jeweils einzeln zu sezieren. Darum beschränkt sich die folgende chronologische Auflistung der Treffen auf wenige Punkte je Sitzung, die aus den Protokollen und ergänzt aus Aktennotizen aufgrund der exemplarischen Bedeutung für die übergreifende Arbeit des Gremiums herausgegriffen werden. Die Arbeitsfelder werden danach zu Komplexen zusammengefasst, die annähernd die Hauptthemen des Runden Tischen kategorisiert darstellen und beschreiben.

---

<sup>101</sup> Interview Wilhelm Polte, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-10, S. 3

<sup>102</sup> Interview Susanne Kornemann-Weber, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-9, S. 2 und S. 4

## Chronologie

- 04.12.1989 „Runder Tisch Stadtmission“ – Zusammenkunft Vertreter Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, SDP, Neues Forum und Initiative für Frieden und Menschenrechte, Gespräch zu Runden Tisch in Berlin und Erörterung eigener Positionen zu einem örtlichen Runden Tisch
- 05.12.1989 „Rathausgespräch Runder Tisch“ – Ausstattung des Bürgerkomitees mit staatlicher Kontrollbefugnis durch Interimbürgermeister Ullrich am Folgetag
- 12.12.1989 erstes Treffen Runder Tisch beim Rat der Stadt Magdeburg, Vorbereitung der weiteren Arbeit und Themensammlung, Beschluss, dem Bürgerkomitee im Rathaus Räume mit einem Telefonanschluss zur Verfügung zu stellen
- 19.12.1989 Konstituierung mit Verabschiedung der Erklärung zum Selbstverständnis sowie der Geschäftsordnung - "Bürgerkomitee als Exekutive des Runden Tisches"
- 02.01.1990 Beginn der Protokollzählung durch Nummerierung, 4. Sitzung
  - Beratung zur Weiterführung der Tätigkeit des Bürgerkomitees
  - "Der Runde Tisch wünscht die Weiterführung des Bürgerkomitees im Auftrage des Runden Tisches über den 06.01.1990 hinaus, einschließlich der Möglichkeit zur Einbeziehung weiterer Bürger und das Wirken von Kommissionen zur Prüfung von Informationen und Hinweisen entsprechend des Beschlusses des Runden Tisches vom 5.12.1989, bis zentrale Regelungen vorliegen."
  - Die dazu notwendige Legitimation erfolgt auf Vorschlag des Bürgerkomitees durch den Oberbürgermeister.
  - Durch den Rat der Stadt werden die Mitglieder des Bürgerkomitees auf Antrag von der Arbeit freigestellt. (Dies gilt lediglich als Grundlage für die Entscheidungen der Betriebsdirektoren auf Arbeitsbefreiung für eine gesellschaftliche Tätigkeit entsprechend dem Arbeitsgesetzbuch.)
  - Der Rat der Stadt sichert, vertreten durch Herrn Zircher, über die Stadtplankommission und Abteilung Wohnungspolitik, neue Räume für das Bürgerkomitee außerhalb des Rathauses zu. Das Bürgerkomitee wird legitimiert:
    - „weiterhin als Anlaufpunkt für Bürger zu fungieren
    - ausschließlich für Verletzungen der menschlichen Persönlichkeit und Integrität durch Leiter, Funktionäre und Staatsapparat zuständig zu sein,
    - selbst zu entscheiden, welche Informationen wohin zur Überprüfung weitergeleitet werden und wohin berichtet wird.“
- 09.01.1990 - 5. Sitzung des Runden Tisches
  - "Die Teilnehmerliste liegt im Abgeordneten-Kabinett des Rates der Stadt vor."
  - Superintendentin Nötzel gibt einen Bericht ab über die Tätigkeit der Kommission „Akten, Daten, Ton- und Bildmaterial im ehemaligen Amt für nationale Sicherheit."
  - Erörterung der mangelnden publizistischen Möglichkeiten der neuen Gruppierungen, Pressevertreter sollen über den Rat der Stadt zu den Sitzungen eingeladen werden

- 16.01.1990 - 6. Sitzung des Runden Tisches
  - OB macht Vorschlag, vom Chef des Fernmeldeamtes die Abschaltung der Telefone des MfS und anschließende Verteilung an die Bevölkerung zu fordern, einstimmig ja
  
- 23.01.1990 - 7. Sitzung des Runden Tisches
  - Forderung des OB: Stadtvorstand der SED-PDS soll aus Sicherheitsgründen jede politische Aktivität einstellen und Grundorganisationen auflösen, Runder Tisch ist für den Vorschlag
  - Berichte zu Haushaltsaufgaben 1990
  - Anträge auf Nachnutzung des ehemaligen MfS UHA-Umfassungsstraße, Durch Rainer Krauß, als Vertreter einer Initiativgruppe bezeichnet, wird der Antrag gestellt, den Ort für ein Wohnprojekt mit sozial-kulturellem Charakter zu übergeben. Das muss aber der Rat des Bezirkes in Abstimmung mit der Regierungskommission beschließen.
  - Antrag der Fraueninitiative wird angenommen: Kooperation einer Stadträtin für Gleichstellung im Rat und Bildung eines entsprechenden Fachorgans mit materieller und finanzieller Ausstattung und Bildung eines Frauenausschusses mit einem Vertreter im ständigen ehrenamtlichen Präsidium
  
- 30.01.1990 - 8. Sitzung des Runden Tisches
  - "Festlegung: Im Auftrag des Runden Tisches wird das Abgeordnetenkabinett beauftragt, den Regierungsbeauftragten aufzufordern, vor der Freigabe der Ausrüstung des ehemaligen MfS/AfNS an die örtlichen Räte, die ihm bekannten Anträge der neuen Parteien und Gruppierungen auf Bereitstellung auf Ausrüstungen und Mobiliar zu entscheiden."
  - Lokalredakteur der Volksstimme zu Gast, in Vertretung des eingeladenen Chefredakteurs, „Missfallen“ der Teilnehmer, da der Redakteur Nachfragen des Runden Tisches nicht beantwortete
  
- 06.02.1990 - 9. Sitzung des Runden Tisches
  - Information zur Sicherheit in unserer Stadt und der Sicherheitspartnerschaft
  - Dazu: zur Kenntnis genommen und Information an die Volksstimme weiterleiten
  - Anfragen zur Nachnutzung von Objekten des MfS-AfNS
  - Dazu: Runder Tisch damit überfordert, solche Anträge sollen direkt an den Rat der Stadt gehen
  - Chefredakteur der Volksstimme zu Gast, versichert, dass künftig den am Runden Tisch vertretenen Gruppen Raum zur Veröffentlichung in der Zeitung gegeben würde
  
- 13.02.1990 – Aufzeichnungen der 10. Sitzung fehlen
  
- 17.02.1990 –11. Sitzung des Runden Tisches, Sondersitzung
  - Informationsgespräch zur Stadtentwicklung und Infrastruktur unter Einbeziehung des Büros des Stadtarchitekten und des Büros für Verkehrsplanung

- 20.02.1990 12. Sitzung des Runden Tisches
  - Gespräch zur Stadtentwicklung mit Leiter Verkehrsplanung und Stadtarchitekt, kontroverse Diskussion zu Flächennutzungsplan nach ökologischen und denkmal-erhaltenden Vorgaben
  - Kenntnisnahme von geplanten Abbrucharbeiten am Schleinufer
  - Befassung mit Fragen des Strafvollzuges und der sozialen Problemlagen
  - handschriftliche Notizen Kommission Auflösung MfS vom 20.02.1990:
    - Objekte des MfS nur durch Hinweise der Bevölkerung ermittelt
    - Legitimation des Bürgerkomitees nicht vorhanden (MfS-KGB)
    - Drohbriefe an Bürgerkomitee durch MfS-Leute
    - Gibt es noch Waffen bei ehemaligen MfS-Leuten?
    - gemeinsame Vorgehensweise Burg-Magdeburg
    - zentrale Personenstandskartei (Datenträger) soll nach zentralem Runden Tisch sofort vernichtet werden
    - Akten versiegelt – Entscheidung des weiteren Vorgehens durch ein demokratisch gewähltes Parlament
    - Termin der Auflösung: 30.03. - Forderung bis 18.03.
  
- 27.02.1990 - 13. Sitzung des Runden Tisches
  - Berichterstattung der Kommission „Amtsmissbrauch und Privilegien“
  - Entscheidungsvorschlag zur Nachnutzung von Objekten des ehemaligen Amtes für nationale Sicherheit zur Vorlage am Runden Tisch
  - "Der Entscheidungsvorschlag zur Nachnutzung von Objekten des ehemaligen Amtes für nationale Sicherheit wurde bestätigt."
  - Nutzung der Halle 7 für das Stadtarchiv  
Festgelegt wurde, dass nochmals am Runden Tisch beraten wird, wann endgültige Entscheidungen zu treffen sind bzw. sich diese in der Durchführung befinden.
  - Einsatz und Zuordnung von Fahrzeugen aus den Einrichtungen des ehemaligen Amtes für nationale Sicherheit
  - Forderung nach Vorlage der Abbruchliste Städtebau 1990
  
- 06.03.1990 - 14. Sitzung des Runden Tisches
  - Antrag des Bürgerkomitees an den Runden Tisch, Entscheidungen zur Einstellung von ehemaligen Mitarbeitern des MfS im Schuldienst zu treffen, Beschluss Thematik auf den 13.03.1990 zu vertagen und eine Stellungnahme des Stadtschulrates einzuholen bis dahin Aussetzung von Einstellungen
  - (handschriftliche Notizen) „IFM Auflösung MfS-Kontrolle 10 Tage vor der Wahl?“
  
- 13.03.1990 - 14. Sitzung des Runden Tisches
  - Behandlung des Antrages zu Unterricht an Schulen durch belastete Lehrer, keine MfS-Angehörigen als Lehrkräfte
  - Stärkere Beteiligung an städtischer Finanzplanung gefordert
  
- 20.03.1990 - 15. Sitzung des Runden Tisches
  - "Endgültig letzter Sitzungstermin des Rundes Tisches ist vor der Konstituierung des Stadtparlaments."
  - Entsendung von Beauftragten in die Abteilung für Wirtschaft und Stadtplanung zur Einsichtnahme in die Planungsunterlagen

- 17.-18. Sitzung, Unterlagen zur Beratung fehlen
- 10.04.1990 - 19. Sitzung des Runden Tisches
  - Informationen und Anträge: Initiativgruppe will sich um Sozialbenachteiligte (Anm. „Punker“) kümmern, Hinweise auf „Vorkommnis“ am 07.04.1990 am Moritzplatz, dazu ist eine Nutzung in der ehemaligen MfS-UHA angedacht, Entscheidung nach den Kommunalwahlen
- 17.04.1990 - 20. Sitzung des Runden Tisches
  - Vorbereitung Kommunalwahl, Antrag zu Museen, Gedenkstätten und Sammlungen der Stadt Magdeburg, Initiative „Frieden und Menschenrechte“ zur Aktion Schwerter zu Pflugscharen und Bürgerkomitee fordert Stasiüberprüfungen
  - (handschriftliche Notizen): "Problem Waffenvernichtung durch Bürgerkomitee", Die Einschmelzung der Waffen soll durch die NVA erfolgen.
- 24.04.1990 - 21. Sitzung, Protokoll fehlt
  - Antrag der unabhängigen Fraueninitiative zur Unterstützung der Frauen in der Umbruchszeit
- 02.05.1990 22. Sitzung des Runden Tisches
  - Moderatoren: Frau Kornemann, Herr Krenz
  - Sachstand zur Vorbereitung der Kommunalwahlen, Diskussion zur Flächengestaltung, Untersuchung der Mitgliedschaft von Abgeordneten in der Staatssicherheit
- 08.05.1990 - 23. Sitzung des Runden Tisches
  - Informationen zu den Kommunalwahlen, Bericht der Stadtwahlkommission
  - Es wurde ein Brief an die Volkskammer und den Ministerrat vom Runden Tisch verabschiedet mit dem Antrag auf „Zustimmung zur Überprüfung der Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung auf eventuelle Mitgliedschaft im Staatssicherheitsdienst“.
  - Anträge und Anfrage zu Besitzstandverhältnissen von Liegenschaften und deren mögliche Änderung, ebenso Abrissvorhaben.
  - Diskussion Flächennutzungsplan und Generalbebauungsplan, ebenso Abrisse von Bausubstanz
- 15.05.1990 - 24. Sitzung des Runden Tisches
  - Weiterleitung offener Brief des Bürgerkomitees Leipzig an örtliches Komitee
  - Festlegung, dass auf der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.05.1990 ein Resümee der Arbeit des Runden Tisches zu ziehen ist.
  - Diskussion über Objekte der Abrissliste Städtebau
- 22.05.1990 - 25. Sitzung des Runden Tisches
  - Bericht und Planungsstand der Städtebaufördermittel 1990 (Projektfonds)
- 29.05.1990 – 26. Sitzung des Runden Tisches
  - einziger TOP "Zwangloses Gespräch über die Arbeit des Runden Tisches"

## Themenfelder

### Finanzen und Wahlen

Trotz der übergreifenden Bedeutung des Haushaltsplanes für alle Bereiche des öffentlichen Lebens waren die Finanzen Magdeburgs ein beim Runden Tisch ungeliebtes Thema. Den Teilnehmern der Gruppen aus der Bürgerbewegung fehlte die erforderliche Sachkenntnis, die Inhalte und Folgen der Finanzplanung zu überblicken. In der Erinnerung von Norbert Bischoff gab es nur eine Person, die sich darum kümmerte: „Willi Polte, der hat sich da hineingekniet. Wenn überhaupt einer sich richtig reingekniet hat, dann war das er. Er war aber auch kaum zu bremsen und hat eine Offenlegung der finanziellen Situation gefordert, auch wenn wir anderen uns mit Finanzen überhaupt nicht beschäftigen wollten – alles andere ja, wie es demokratisch zugeht über Kultur und ähnliches – da hat er drauf gepocht und wollte wissen, wie ist die finanzielle Situation. Und das hat dann auch x-Mal eine Rolle gespielt.“<sup>103</sup>

So steht beispielweise unter Punkt drei im Protokoll der Sitzung vom 23. Januar 1990 die „Fortsetzung und Diskussion zu Schwerpunkten der Jahres- und Haushaltsaufgaben 1990, unter Teilnahme der verantwortlichen Ratsmitglieder, Herrn Stein und Herrn Schumann.“ Nach Kenntnisnahme der Ausführungen der Ratsmitglieder wird der Präsident der Stadtverordnetenversammlung gebeten, dem Runden Tisch eine Mitwirkungsliste zur Teilnahme an den Ausarbeitungen der Haushaltsaufgaben vorzulegen.<sup>104</sup>

Bürgermeister Nothe schilderte Anfang 1990 zu Beginn der Haushaltsberatungen am Runden Tisch die schlechte finanzielle Lage Magdeburgs, da die vorläufige Abrechnung für 1989 einen Fehlbetrag von 12-14 Millionen Mark ausweist und er eine Liquiditätshilfe des Bezirkes anfordern müsse. Ende Februar stellte die Verwaltung jedoch fest, dass eine solche Hilfe doch nicht notwendig werden wird. Scheinbar widersprüchlich ist ebenfalls die im Januar gegebene Information der Stadträte Stein und Schumann, dass keine Planung über Fonds mehr erfolgen würde, der Bürgermeister aber am 20. März Städtebaufördermittel aus Projektfonds präsentierte. Nach Vorlage des vorläufigen Jahresplanes für den Haushalt am 30. Januar und der Erläuterung durch die Verwaltung am 15. Februar ging es in den folgenden Diskussionen vor allem um sich ändernde steuerrechtliche Fragen und den daraus erwachsenden Verlusten für die Stadt. Ein vom Runden Tisch geforderter Baustopp von Wohnungen rund um den heutigen Universitätsplatz und am Krökentor wurde im März beschlossen und trotz der Warnung der Verwaltung vor „Millionenverlusten“ im Haushalt durchgesetzt.<sup>105</sup>

Die genannten Städtebaufördermittel für das Jahr 1990 entstammen einem Projektfonds, der im Rahmen der Verhandlungen zwischen DDR und BRD vereinbart wurde. Durch Umleitung von Geldern aus dem Reisemittelfonds sollte die Altstadtsanierung unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes und stadtökologischer Maßnahmen finanziert werden. Darunter fielen vorrangige Sicherungsmaßnahmen an maroden Häusern, beispielhafte Erneuerung erhaltenswerter Gebäude, Verbesserung städtischer Versorgungsanlagen und sogar Gelder für die materiell-technische Ausstattung von Baubetrieben und Architektenbüros. Dabei waren ab April die sich entwickelnden privaten Bauunternehmen mitberücksichtigt, da sie als unbedingte Voraussetzung für eine

---

<sup>103</sup> Interview Norbert Bischoff, Stadtarchiv Magdeburg Rep 57-8, S. 5-6

<sup>104</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-5, Bl. 75

<sup>105</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 34

Sanierung Magdeburgs angesehen werden. Eine Verwendung der Mittel für Abrisse oder Neubauten war explizit ausgeschlossen. Magdeburgs Verwaltung beantragte insgesamt 35,4 Mio. DDR-Mark, erhielt aber nur eine Zuweisung in Höhe von 19,9 Mio. DDR-Mark. Aufgrund der bevorstehenden Währungsunion mit der BRD ab dem 1. Juli, die vom eigentlich geplanten Termin am 31. Dezember vorgezogen worden war, konnten nur noch 7 Mio. DDR-Mark für Maßnahmen abgerufen werden, die in dem Zeitraum noch realisierbar waren. Bemerkenswert ist eine Umverteilung innerhalb der beantragten Mittel für Kulturbauten in Höhe von 200.000 DDR-Mark zugunsten der Sanierung von Kirchobjekten. Ebenso findet sich unter den Antragstellern für Fördermittel eine „Braunschweiger Baukontor Magdeburg GmbH“, die offensichtlich bereits eine westdeutsche Firmierung in Magdeburg darstellte.<sup>106</sup>

Empörte Diskussionen am Runden Tisch entstanden bei Finanz- und Verwaltungsfragen durch die Aufdeckung von vermuteter Korruption des Oberbürgermeisters Nothe im Zuge der Gründung einer Stadtbau GmbH und einer Stadtentwicklungs GmbH gemeinsam mit einem westdeutschen Investor. Die Intransparenz über die dafür aufgebrachtten finanziellen Einnahmen des Rates und die Gespräche über den Verkauf von städtischen Grundstücken konnten vom Runden Tisch bis zu den Kommunalwahlen nicht abschließend aufgeklärt werden. Man wandte sich mit der Problematik per Telex an den neuen Finanzminister der Regierung de Maizière, Walter Romberg, das jedoch in der Wirkungszeit des Runden Tisches unbeantwortet blieb.<sup>107</sup>

Susanne Kornemann-Weber nannte die Aufdeckung dieser „Machenschaften des alten Rates, Verträge und Vereinbarungen, die nicht zum Wohle der Bürger dieser Stadt abgeschlossen wurden“ als eine Arbeit, die „viel Zeit und Kraft gekostet hat, weil uns eine völlig unzureichende Informationspolitik des Rates schwer zu schaffen machte.“<sup>108</sup> „Ein großer Teil, der dann später diesen Untersuchungsausschuss noch einmal beschäftigt hat, war die Fragestellung: Ist der Stadt Magdeburg durch das Handeln von Nothe, zeitweilig Oberbürgermeister, Schaden entstanden, weil versucht worden ist, der Stadt Vermögen zu entziehen und in eine GmbH zu überführen? Heutzutage ist das Vermögen der Stadt die kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Das war damals ein ganz schwieriges Thema, weil natürlich keiner genau wusste, was tatsächlich wie passierte.“<sup>109</sup> berichtete Kornemann-Weber vor den neuen Stadtverordneten.

Ein Rundschreiben des Magdeburger Stadtarchitekten Dr. Kirch vom 19. März 1990 drückt die Ambivalenz gegenüber den zahlreichen Vorstößen von Investoren, Kreditinstituten und Architekten aus der BRD für Bauvorhaben und Grundstückskäufe in Magdeburg aus. Einerseits erkenne man an, dass große bauliche Entwicklungen bevorstehen, andererseits Sorge man sich um einen ungeordneten Vollzug, der unübersehbaren Schaden für die Stadtentwicklung zur Folge hätte. Darum sieht sich Dr. Kirch zu einer schriftlichen Erklärung veranlasst, die feststellt, dass „die Stadtplanung im Rahmen der Festlegung des Rates und des Runden Tisches handelt“. Alle Angebote müssen so unterbreitet werden, dass sie von Fachleuten als auch von der Öffentlichkeit beurteilt werden können. Am wichtigsten sei dabei die Offenheit für wechselseitige Informationen. Je bedeutungsvoller ein Vorhaben ist, desto gründlicher und zeitintensiver werde die Untersuchung und der Wettbewerb werden. Hektische Entscheidungen werde es nicht geben. Auch sollen sich auswärtige Projektträger örtliche Partner suchen, denn die Magdeburger kennen ihre Stadt am

---

<sup>106</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-2, Bl. 32-35

<sup>107</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 34

<sup>108</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 29

<sup>109</sup> Interview Susanne Kornemann-Weber, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-9, S. 3

besten. Der Stadtarchitekt stellt noch einmal klar, dass „Zusagen zu geplanten Bauvorhaben, zu Nutzungsvorschlägen und zu angedachten Rekonstruktionen gegenwärtig nicht erteilt werden und aus keinem Gespräch mit Mitarbeitern der Verwaltung ein rechtlicher Anspruch auf einen Zuschlag hergeleitet werden kann.“<sup>110</sup>

Wie aktuell und zutreffend dieser Brief war, angesichts der sich abspielenden Vorgänge rund um die vom Oberbürgermeister vorangetriebenen Gesellschaftsgründungen, sollte sich erst noch herausstellen. Die vom Runden Tisch angestoßene Untersuchung der entsprechenden Verträge wurde von einem Ausschuss der neugewählten Stadtverordnetenversammlung weitergeführt. Der Gesamtverlauf wurde in einem Artikel des Nachrichtenmagazins SPIEGEL im Juli 1990 zusammenhängend dargestellt, der die Ereignisse unter allen Grundstücksaffären in den Städten der DDR für „singulär“ hält, da nur in Magdeburg der Versuch unternommen worden ist, eine Stadt derart „zu erobern“. Im April 1990 wollte sich der Düsseldorfer Unternehmer Johannes Hubert Willisch, der dort bisher Entsorgungsunternehmen mitverwaltet hatte, den Zugriff auf städtische Grundstücke in Magdeburg sichern. Als Mehrheitsgesellschafter durch eine Investition von 115.000 D-Mark in eine gemeinsam mit der Stadt gegründete „Stadtbaugesellschaft Magdeburg mbH“ hätte er die Verwaltung vertraglich zwingen können, große Areale zu Vorzugskonditionen an ihn zu verkaufen. Darunter befanden sich das gesamte heutige Stadtzentrum und weitere Flächen mit zusammen 500 Hektar. Nur allein der spätere Weiterverkauf hätte potenziell dreistellige Millionenbeträge an Provisionen für Willisch bedeutet. Um die erwarteten Gewinne zu schöpfen und die Entwicklung der Grundstücke in der Hand zu behalten, wurde noch eine „Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH“ gegründet, an der Willisch mit 30 Prozent beteiligt war. Wenige Tage vor der Kommunalwahl billigte der amtierende Oberbürgermeister Werner Nothe nahezu im Alleingang diese Kooperation. Am 2. Mai erhielt er vom Rat der Stadt eine Vollmacht für Geschäftsabschlüsse, mit acht Ja- zu drei Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen, und ließ die Gründungen der Gesellschaften sowie die Verträge mit Willisch am nächsten Tag notariell beurkunden. Wohl standen ihm und wenigen Eingeweihten aus dem Rat der Stadt mögliche lukrative Arbeitsverhältnisse in den neuen Gesellschaften in Aussicht. Der Runde Tisch erzwang nach der Entdeckung jedoch die Offenlegung jener Verträge und ermöglichte so deren später erfolgte rechtzeitige Wiederaufhebung. Damit blieb die Handlungsfreiheit über diese erheblichen städtischen Liegenschaften für die spätere kommunale Stadtplanung erhalten.<sup>111</sup>

Eine der selbst gestellten Aufgaben des Runden Tisches war es, die Wahlmanipulationen vom Mai 1989 aufzuarbeiten und neue, freie, geheime und gleiche Wahlen abzuhalten, um die Volkskammer und die städtischen Gremien zu legitimieren. Angesichts der zahllosen neuen, aktuellen und drängenden Aufgaben am Runden Tisch wurde die vergangene Wahlmanipulation aber kaum mehr thematisiert. Das kann inzwischen auch nicht mehr nachgeholt werden, denn wie eine Recherche der Volksstimme 2014 ergab, ist erstaunlicherweise der offizielle Schlussbericht der Stadtwahlkommission Magdeburg von 1989 im Stadtarchiv nicht mehr auffindbar.<sup>112</sup> Mit der erfolgreich durchgeführten Volkskammerwahl am 18. März und der Kommunalwahl am 6. Mai ebnete der Runde Tisch, trotz zahlreicher Hindernisse, der politischen Demokratisierung den Weg.

---

<sup>110</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 65

<sup>111</sup> Der Spiegel: Affären Wilder Osten, 23.07.1990

<sup>112</sup> Magdeburger Volksstimme: Der Anfang vom Ende der DDR – Kommunalwahl 1989, 07.05.2014

Es galt überhaupt erst einmal die Voraussetzungen zu schaffen, indem beispielsweise der Zchnitt der Wahlbezirke festgelegt wurde. Im Stadtarchiv findet sich in den Unterlagen des Runden Tisches ein ganzer Ordner mit der genauen Einteilung der Stimmbezirke.<sup>113</sup> Das Anbringen von Wahlwerbung und der allgemeine Umgang im ungewohnten demokratischen Wettbewerb waren Gegenstand der Gespräche. So distanzierte sich zur Sitzung am 23. Januar der Vertreter der NDPD am Runden Tisch im Namen des Kreisvorstandes von den Äußerungen des neugewählten Vorsitzenden der NDPD, Herrn Gläser. Der hatte einen aggressiven Wahlkampf gefordert. Demgegenüber setzte sich die NDPD in Magdeburg für einen fairen Wahlkampf ein. Weiter wurde laut Protokoll der Oberbürgermeister gebeten, zur Gewährleistung eines fairen Wahlkampfes für alle Gruppen und für die stadteinheitliche Gestaltung und Anbringung von Plakaten die Möglichkeiten zu prüfen und auf der nächsten Sitzung Vorschläge zu unterbreiten.<sup>114</sup> Wilhelm Polte weiß noch, welche Bedingungen gestellt wurden: „Das war zum Beispiel ein Thema, worüber wir uns unterhielten, die Vorbereitung der Volkskammerwahlen, wie sollte die Wahlwerbung laufen? Wer darf plakatieren? Wo darf man plakatieren? Und ich kann mich nicht erinnern, da wurde von der Verwaltung gesagt, wir haben nichts dagegen, also von den bisherigen Repräsentanten. [...] Oberbürgermeister Nothe sagte dann, Ja aber beachtet bitte Sandstein. Also auf Sandstein nicht plakatieren, um den Stein zu schonen, und keine Losungen dranhängen.“<sup>115</sup>

Die Zuständigkeiten bei der Kommunalwahl waren noch umfangreicher. Hier, so erinnert sich Kornemann-Weber, war die Frage, wie eine neue Volksvertretung überhaupt aussehen sollte: „Der Runde Tisch hat insofern aktiv in die Politik eingegriffen, dass er in Vorbereitung der Kommunalwahlen sich sehr damit auseinandergesetzt hat, wie ist die neue Zusammensetzung des ehrenamtlichen Stadtrates, wie viele Personen werden gewählt – da sind wir richtig gefragt worden. Es sind 150 gewählt worden, weil wir das in dieser Runde so festgelegt haben. Nie wieder würde irgendjemand 150 Abgeordnete bei einer Stadt dieser Größenordnung in den Stadtrat wählen. Das hat etwas damit zu tun, dass es vorher vier Stadtteilversammlungen gegeben hat und eine für die ganze Stadt, und die hatte 250 Mitglieder. Niemand konnte sich also vorstellen, dieses riesen Monstrum auf nur 150 Personen zu beschränken. Schon das war ein Schritt nach vorn.“<sup>116</sup>

Aufgrund der Kürze der Zeit für die notwendigen Vorbereitungen musste der Runden Tisch pragmatische Kompromisse eingehen, wie Editha Baier erklärt: „Ja, es ging schon drum bei den Wahlvorbereitungen, wie sollte das laufen, wer sollte das machen? Ich glaube ich wurde sogar beauftragt, das ganze Prozedere vorzubereiten. Das wurde denen in die Hände gegeben, die es eh schon draufhatten. Wie sollte es sonst gehen? Das war ja eigentlich lächerlich. Wir meinten ja dann trotzdem, sie wären kontrollierbar, und das waren sie auch. Ich meine, in Maßen ist das ja auch kontrolliert worden, das Prozedere. Ich denke, das ist Ironie des Schicksals, dass wir das eigentlich denen in Auftrag gegeben haben, die vorher betrogen haben. Denn sie waren ja nicht wirklich legitimiert. Wir waren ja aber auch nicht wirklich gewählt. Aber es gab kein anderes Mittel. Das war es, wir hatten nur die, und wir waren nur wir.“<sup>117</sup>

Und Kornemann-Weber ergänzt: „Das ist schon eine Frage nach dem Vertrauen an der Stelle gewesen. Da gab es unterschiedliche Auffassungen denke ich. Manche, die dem überhaupt nicht

---

<sup>113</sup> Magdeburger Stadtarchiv, Rep-57-4

<sup>114</sup> Magdeburger Stadtarchiv, Rep-57-5, Bl. 74-77

<sup>115</sup> Interview Wilhelm Polte, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-10, S. 4-5

<sup>116</sup> Interview Susanne Kornemann-Weber, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-9, S. 3

<sup>117</sup> Interview, Editha Baier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 10-11

vertraut haben, die sich dann ganz stark aufgemacht haben, um in den Komitees, vielmehr in den Büros, wo die Wahlen dann tatsächlich durchgeführt worden sind, Kontrollfunktionen auszuüben und zu sagen, ich werde hier Wahlvorstand. Ich mache tatsächlich mit.“<sup>118</sup> Von diesen aktiv engagierten Menschen gab es aber offensichtlich zu wenige, wie es Kornemann-Weber in ihrer Rede vor der neuen Stadtverordnetenversammlung beschreibt: „Blicke ich auf die Arbeit des Runden Tisches zurück, so kommen mir die vielen Probleme in den Sinn, mit denen wir uns beschäftigten. Herausragend dabei waren die Vorbereitungen zu den ersten freien Wahlen am 18. März und den Kommunalwahlen am 6. Mai, in deren Ergebnis Sie heute hier sitzen. Schienen uns die Schwierigkeiten zu Bildung der Wahlvorstände zu der ersten Wahl schon groß, so wurden sie zu der am 6. Mai fast unbewältigbar, denn viele der bewährten Helfer standen nun auf den Kandidatenlisten. Erst nach reiflicher Überlegung konnten wir uns zum Einsatz von Angestellten des Rates der Stadt entschließen, um diese Wahlen abzusichern.“<sup>119</sup>

Mit der durch die neugewählte Volkskammer am 17. Mai 1990 verabschiedeten Reform der Kommunalverfassung erhielten die Kreise und Gemeinden der DDR dann die volle Selbstverwaltung, so dass die Gewählten nun auch tatsächlich die Geschicke ihrer Stadt bestimmen konnten. Wilhelm Polte erklärt die Veränderungen: „Bisher waren die Kommunen örtliche Organe der zentralen Staatsmacht. Nun auf einmal ging es nach dem Grundsatz von Freiherr-vom-Stein und Hardenbergsche Reform der kommunalen Selbstverwaltung. Und wie setzt man jetzt Selbstverwaltung um, wenn man eigene Finanzhoheit, eigene Planungshoheit und eigene Satzungshoheit hat und so weiter? Das war dann eine ganz andere Phase. Aber bis dahin war alles ein bisschen abenteuerlich.“<sup>120</sup>

Bemerkenswert ist, dass die noch in der DDR gewählten kommunalen Mandatsträger auch nach dem Beitritt des ehemaligen DDR-Gebietes zur BRD weiter ihr Mandat volle vier Jahre ausgeübt haben - ganz im Gegensatz zu den Abgeordneten der Volkskammer. Von den 400 Abgeordneten wurden ab dem 3. Oktober lediglich 144 als Mitglieder in den Deutschen Bundestag entsandt, und dies auch nur bis zu den gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990.<sup>121</sup>

## **Bürgerkomitee zur MfS-Auflösung**

Das nahezu zeitgleich mit dem Runden Tisch gegründete Bürgerkomitee konzentrierte sich von Anfang an auf die Sicherung der Gebäude und Büros der Staatssicherheit in Magdeburg. Insbesondere die Berichte über Aktenvernichtungen und nächtliche Transporte rund um die „Objekte“ waren der Anlass dafür, dass Bürger selbst Einsicht und Kontrolle über diese Behörde nehmen wollten, um Dokumente und Waffen zu sichern. Das Engagement des Bürgerkomitees insgesamt darzustellen, würde den Umfang dieser Arbeit mindestens verdoppeln, darum werden an dieser Stelle nur die Themen genannt, die auch den Runden Tisch direkt berühren. Das Bürgerkomitee Magdeburg hat aktuell selbst eine wissenschaftliche Arbeit vergeben, die speziell seine Wirkungsgeschichte untersucht, die noch weit über den Zeit- und Ortsrahmen des Runden Tisches der Stadt Magdeburg hinausgeht.

---

<sup>118</sup> Interview Susanne Kornemann-Weber, Stadtarchiv Magdeburg. Rep 57-9, S. 5

<sup>119</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 28

<sup>120</sup> Interview Wilhelm Polte, Rep-57-10, S. 11

<sup>121</sup> Einigungsvertrag Art. 42, 1990

Gemeinsam hatten Runder Tisch und Bürgerkomitee, dass die Mitglieder aus denselben oppositionellen Gruppen kamen und sich ebenfalls durch persönlichen Einsatz und Motivation in ihrer Funktion wiederfanden. Wie der Runde Tisch erhielt auch das Bürgerkomitee von der Stadtverwaltung Räume im Rathaus zur Verfügung gestellt. Auf Betreiben des Runden Tisches wurden die Räume adäquat möbliert und mit einem Telefonanschluss ausgestattet. Diese Räume waren Arbeitsplatz und vor allem Anlaufstelle für Bürger, die Taten der Staatsicherheit anzeigen, Hinweise geben oder ihre Erlebnisse berichten wollten. Norbert Bischoff betreute diese Kontaktstelle mit und sagt: „Diese Bürgeranlaufstelle, die hinter dem Rathaus war, war wirklich eine, die immer gut besucht war. Dort wurde damals auch sehr viel dokumentiert, und in dieser Zeit kamen auch viele Leute zum Bürgerkomitee - also aktiv - die dann mitgearbeitet haben.“<sup>122</sup> Hinweise aus dieser Beratungsstelle gelangten auch an den Runden Tisch. Norbert Bischoff: „Ich denke, wir haben schon ausgewertet und, ich sage mal von mir aus, Hinweise gegeben für den Runden Tisch, der dann in der Stadt installiert worden ist. [...] Da hat man bei den Bürgersprechstunden schon allerhand mitbekommen von den Wünschen der Bürger. Es waren Wünsche, die wahrscheinlich vorher niemand mal ernst genommen hat.“<sup>123</sup>

Die Frage, ob es ein Weisungsverhältnis zwischen Runden Tisch und dem Bürgerkomitee gab, entstand aus einer Notiz im Protokoll der Sitzung vom 19. Dezember, der konstituierenden Sitzung des Runden Tisches. Dort steht: „Bürgerkomitee als Exekutive des Runden Tisches“<sup>124</sup>. Dies stünde möglicherweise im Widerspruch zu dem Selbstverständnis des Runden Tisches, das auf eine „enge Zusammenarbeit“ Wert legt und ein Weisungsrecht an das Komitee auch in der Geschäftsordnung nicht erwähnt. Norbert Bischoff geht von einem eigenständigen Bürgerkomitee aus: „Von daher kann ich mich jetzt nicht dran erinnern, ob der Runde Tisch, der sich ja vorrangig um Stadtentwicklung und dergleichen kümmerte, eher zur quasi demokratischen – das war es ja nicht ganz, denn die Vertreter waren ja entsandt – Absicherung genutzt wurde. Denn das Bürgerkomitee hat ja immer ein Eigenleben – in Führungsstrichen – geführt. Es hat vor allem aufgepasst, dass sich nicht die ganze Entwicklung noch mal zurückentwickelt. [...] Na ja, das ist meine Erinnerung. Ob der Runde Tisch da so eine Rolle gespielt hat – nach meiner Erinnerung glaub ich es nicht so.“<sup>125</sup>

Die Theorie der „demokratischen Absicherung“ ist wenig schlüssig, da die Legitimation des Bürgerkomitees aus §38 des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR resultierte, welches den Mitgliedern Zugang und Auskunftsrechte gegenüber staatlichen Einrichtungen zuerkannte. Laut Hans-Jochen Tschiche lief die Entwicklung der verschiedenen Gremien parallel: „Das lief nebeneinander her. Es gab drei verschiedene Säulen. Es gab die Runden Tische, also Magdeburg, Stadt und Bezirk, und dann gab es da noch das Bürgerkomitee, das dazwischen rumwuselte.“<sup>126</sup>

Die Sitzungsprotokolle des Runden Tisches belegen Anträge und Anhörungen des Bürgerkomitees. Damit hat das Komitee gegenüber dem Runden Tisch als Externer agiert, entweder als Antragsteller oder als Experte zu Themen der Staatssicherheit, nicht als Weisungsempfänger. Dazu ist in einem Tätigkeitsbericht über die Arbeit des Runden Tisches die Aktivität des

---

<sup>122</sup> Interview Norbert Bischoff, Rep-57-8, S. 14-15

<sup>123</sup> Interview Norbert Bischoff, Film Die Staatssicherheit, Die Stasiakten, Das Bürgerkomitee, 00:39

<sup>124</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep 57-5, Bl. 105

<sup>125</sup> Interview Norbert Bischoff, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-8, S. 15

<sup>126</sup> Interview Hans-Jochen Tschiche, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-11, S. 8

Bürgerkomitees als ein Teilbereich aufgeführt, unter dem Titel: „Arbeit des Bürgerkomitees und des Runden Tisches“<sup>127</sup> – also als zwei separate Gremien genannt. Eine Nachfrage beim Bürgerkomitee ergab, dass dort bisher keine abschließende Deutung des Verhältnisses zwischen Rundem Tisch und Bürgerkomitee in Magdeburg bekannt ist und sich eine aktuell vom Bürgerkomitee beauftragte wissenschaftliche Arbeit voraussichtlich damit weiter befassen wird. In Anbetracht der überlieferten Dokumente und Zeitzeugenaussagen, gab es sehr wahrscheinlich keine Hierarchie zwischen den beiden Gremien.

Unstrittig ist jedoch die Mandatsverlängerung des Bürgerkomitees, die vom Runden Tisch Magdeburg erwirkt wurde. Bei der ursprünglichen Benennung der Mitglieder des Komitees am 6. Dezember 1989 war diese bis zum 6. Januar 1990 befristet. Angesichts des Ausmaßes an noch zu überblickenden Aktivitäten der Staatsicherheit und der Vielzahl an Bürgeranfragen an das Komitee drängte der Runde Tisch bei seiner Sitzung am 2. Januar auf die Fortführung dieser Arbeit. Diese Berufung sollte gelten, bis zentrale Regelungen einer neuen DDR-Regierung vorliegen würden, was einer unbefristeten Ernennung des Bürgerkomitees gleichkam. Der Runde Tisch beantragte auch die Arbeitsfreistellung der Komiteemitglieder durch den Rat der Stadt, was aber nur eine Entscheidungsgrundlage für Betriebsdirektoren darstellte, und es wurden neue Räume außerhalb des Rathauses erbeten.<sup>128</sup> Die neuen Legitimationsurkunden für die Mitglieder des Komitees wurden am 19. Februar durch den Regierungsbeauftragten für den Bezirk Magdeburg, Dr. Stranz, ausgestellt.<sup>129</sup>

In den Protokollen des Runden Tisches finden sich unter den Tagesordnungspunkten Berichte, die Sachstände über den Auflösungsprozess des Ministeriums für Staatsicherheit in Magdeburg beinhalten. Neben der Kenntnisnahme durch den Runde Tisch wurden dann vorrangig die Fragen der Nachnutzung von Gebäuden und der Verteilung des technischen Materials der Staatsicherheit diskutiert. Bei sicherheitsrelevanten Fragen, wie Umgang mit den vorhandenen Waffen und Spannungen zwischen ehemaligen Mitarbeitern der Staatsicherheit und dem Bürgerkomitee, sah sich der Runde Tisch überfordert oder als nicht zuständig an. Das betraf auch die Aufbewahrung und Einsichtnahme in Aktenmaterial. Die Rolle des Runden Tisches war hier vorrangig, durch Forderung nach regelmäßiger Berichterstattung der Kommission des Rates zur Auflösung des Ministeriums für Staatsicherheit den Prozess seitens der Verwaltung am Laufen zu halten und die Aktivitäten des Bürgerkomitees im direkten Umgang mit der Staatssicherheit somit zu flankieren.

Mit der Behandlung des durch Mitarbeit in der Stasi kompromittierten Personals befasste sich der Runde Tisch hingegen schon. Ein Antrag des Bürgerkomitees an den Runde Tisch am 6. März forderte, eine Entscheidung zur Einstellung von ehemaligen Mitarbeitern des MfS in den Schuldienst zu treffen. Die Beratung wurde auf die nächste Sitzung vertagt, um eine Stellungnahme des Stadtschulrates dazu einzuholen.<sup>130</sup> Die Details der Debatte sind nicht überliefert, aber am 13. März beschloss der Runde Tisch, dem Rat der Stadt vorzuschlagen, keine Lehrkräfte, die bei der Staatssicherheit mitgearbeitet hatten, in Einrichtungen der Kinder- und Jugendbildung zu

---

<sup>127</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 35

<sup>128</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-5, Bl. 98-100

<sup>129</sup> Sammlung Bürgerkomitee Magdeburg e.V.

<sup>130</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-1, Bl. 69

beschäftigen.<sup>131</sup> Bereits eingestellte Lehrer bedürfen der Bestätigung des Lehrer- und Schülerkollektivs der jeweiligen Schule, um das Arbeitsverhältnis entsprechend zu erhalten.<sup>132</sup>

Im Zuge der Vorbereitungen der Kommunalwahl forderte das Bürgerkomitee bei der Sitzung am 17. April, die kommunalen Mandatsträger auf Stasitätigkeiten hin überprüfen zu lassen.<sup>133</sup> Auf der Sitzung am 2. Mai erfolgt eine Anhörung des Bürgerkomitees, das jetzt forderte, alle kandidierenden Abgeordneten für die Kommunalwahl nach der Wahl ebenfalls auf Stasi-Tätigkeit hin zu überprüfen. Dazu wurde ein Briefentwurf vorgeschlagen, der den Kandidaten zur Unterschrift vorgelegt werden sollte: „Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung erklären ihre Bereitschaft, nach der Wahl eine Überprüfung auf eventuelle Mitgliedschaft in der Staatsicherheit zuzulassen.“<sup>134</sup> Nach der Aussprache konnten alle Vertreter des Runden Tisches der Formulierung des Bürgerkomitees zustimmen.<sup>135</sup>

## Gleichstellung und Soziales

Rege Aktivität entfaltete die Unabhängige Fraueninitiative Magdeburg und insbesondere ihre Vertreterin am Runden Tisch, Editha Baier. Ihrem Engagement ist es maßgeblich zu verdanken, dass die Situation der Frauen in dieser Umbruchzeit sowie weitere sozialpolitische Fragen, am Runden Tisch diskutiert wurden. Sie sagt: „Welche Themen hatten wir? Ich habe es schon gesagt, es waren aus meiner Sicht erst einmal Frauenthemen, denn wir merkten ja doch, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie wir es heute sagen, nicht gefordert war damals, sondern Vereinbarkeit von Mutter und Beruf. Die DDR hatte Mütterrechte geschaffen, aber keine Frauenrechte in dem Sinne. Und sie hatte auch nicht über Frauenrechte informiert, die bestanden, zum Beispiel über die UN-Konvention gegen jede Diskriminierung der Frau, die die DDR zwar ratifiziert, aber nicht bekannt gemacht hatte.“<sup>136</sup>

Konkret wies die Fraueninitiative auf die Aufarbeitung bisher mangelhafter Frauenpolitik hin. Die Gleichberechtigung von Frauen hatte zwar schon seit 1949 Verfassungsrang in der DDR, doch das propagierte Ideal der „werktätigen Mutter“, zum Zweck der Gewinnung der Frauen als Arbeitskräfte, führte zu einer Doppelbelastung durch Beruf und Kindererziehung. Letztere blieb überwiegend in Frauenhand. Denn trotz des 1966 eingeführten Familiengesetzbuches, das eine paritätische Verantwortung in der Familie vorsah, blieb das traditionelle Familienbild erhalten.<sup>137</sup> Auch dominierten Männer die Führung der DDR. Im Politbüro der SED war nie eine Frau vertreten, und in den Funktionärssebenen gab es bis in die 1980er Jahre nur einen Frauenanteil von vier Prozent.<sup>138</sup>

---

<sup>131</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-1, Bl. 52

<sup>132</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-1, Bl. 35

<sup>133</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-1, Bl. 9

<sup>134</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-1, Bl. 1

<sup>135</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 35

<sup>136</sup> Interview, Editha Baier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 4

<sup>137</sup> Deutschlandfunk Kultur: Frauenrechte in der DDR „Es ging darum, die Frau funktionstüchtig zu machen“, Podcast von Rebecca Hillauer, 27.06.2018

<sup>138</sup> Gast, 1985, S. 449

Inhaltliche Impulse erhielt die Fraueninitiative unter anderem aus Veranstaltungen wie dem Magdeburger Frauen-Forum am 20. April 1990. Im Haus des Puppentheaters brachten Frauen ihre schwierige Situation, Angst vor sozialem Abstieg durch Auflösungen von Betrieben und Arbeitsplatzverlust, zum Ausdruck. Besonders Alleinerziehende sahen sich großer sozialer Unsicherheit gegenüber. Daher wurden in Anträgen der Initiative an den Runden Tisch Maßnahmen gefordert, die bei Eintreten von sozialen Notlagen und Härtefällen sofortige Unterstützung gewährleisten sollten. Dies sollte durch Sozialpläne bei notwendigen Entlassungen, Beratungsangebote speziell für Alleinerziehende im Amt für Arbeit und den Erhalt sowie die qualitative Aufwertung von Kinderbetreuungseinrichtungen umgesetzt werden. Auch wandten sich die Frauen entschieden gegen die Ausbeutung durch Prostitution.<sup>139</sup>

Ein Antrag der Fraueninitiative vom 9. Januar forderte eine ständige Vertretung in der Verwaltungsführung durch Kooptierung einer Stadträtin für Gleichstellungsfragen im Rat der Stadt. Nach Einbringung, Beratung und Ergänzung durch den Oberbürgermeister und der LDPD beschloss der Runde Tisch am 23. Januar zwei Vorschläge. Erstens sollte der Bürgermeister dem Rat eine Kooperation mit einer Stadträtin für Gleichstellung vorschlagen, die materiell und finanziell ausgestattet wird, zweitens sollte ein Frauenausschuss in der Stadtverordnetenversammlung gebildet werden.<sup>140</sup> Auf der Sitzung der Stadtverordneten tags darauf wurde der erste Vorschlag jedoch abgelehnt und nur die Bildung eines Frauenausschusses gebilligt.<sup>141</sup>

Wie schwer es Editha Baier fiel, ihre Themen zu vertreten, erzählt sie so: „Wir hatten einen Frauenausschuss, sozusagen eine Frauenkommission, beantragt über diese Stadtverordnetenversammlung. Ich hatte die irri- ge Idee, dass doch mit einigen Frauen auf der Abgeordnetenebene schon eine Frauenproblematik zu besprechen sei, und zwar neue Themen. Wir hatten Themen in der DDR wie Missbrauch von Kindern oder Gewalt gegen Frauen – das kam sozusagen nicht vor. Der sozialistische Mann war nicht gewalttätig, und dann hatte das auch so zu sein und man hatte das zu glauben. Und mit der Wirklichkeit, die sich abspielte, hatte das nichts zu tun. [...] Und ich meinte, sie mit einem 'flammenden Plädoyer' überzeugen bzw. beeinflussen zu können, Frauenthemata mit aufzunehmen. Das war natürlich auch ein bisschen naiv.“<sup>142</sup>

Nach Beginn der Arbeit der Frauenkommission erneuerte Editha Baier ihre Forderung nach einer institutionalisierten Gleichstellungsbeauftragten in der Stadtverwaltung, die nach der Kommunalwahl umgesetzt wurde. „Ich habe dann an dem städtischen Runden Tisch in Magdeburg einen Beschluss herbeigeführt, hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht, diskutiert und damals eine Dezernentin-Stelle in einer neuen Verwaltung gefordert – mit einem entsprechenden Budget und auch mit entsprechender personeller Ausstattung. Daraus ist dann später eine Amtsleiterinnen-Struktur für Gleichstellungsfragen geworden.“, sagte Baier<sup>143</sup>. Sie bekleidete ab Mai 1990 als Erste dieses neue Amt, was sehr wahrscheinlich eine der ersten institutionellen kommunalen Positionen für Gleichstellungsfragen überhaupt in Gesamtdeutschland darstellte.

Trotz dieser Erfolge, einen Ausschuss für Frauenfragen und schließlich doch eine Gleichstellungsbeauftragte für die Stadt Magdeburg erkämpft zu haben, blieben die Vorbehalte vorerst weiter

---

<sup>139</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep 57-2, Bl. 19-20

<sup>140</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep 57-5, Bl. 75

<sup>141</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep 57-3, Bl. 37

<sup>142</sup> Interview, Editha Baier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 7

<sup>143</sup> Interview, Editha Baier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 4

bestehen: „Ich habe da auch einen Antrag eingebracht – und dass sie dann über mich gelacht haben ... gut. Aber das Thema war, je ernster es wurde, je tiefer es benannt wurde auf die Unrechtswirklichkeit hin, je lächerlicher wurde es gemacht, je beiläufiger wurde es behandelt und je geringschätziger wurden auch die Äußerungen. Das ging mit der Platzierung einher, die ich erfahren habe. Und das ging nachher auch mit der Platzierung weiter. In der ersten konstituierenden Sitzung der Neuen ‚Stadtverordnetenversammlung‘, da hat mich der damalige Vorsitzende öffentlich des Saales verwiesen: „Gleichstellungsbeauftragte gehören hier nicht rein.“ Und ich musste den Sitzungssaal wieder verlassen.“<sup>144</sup>

Obwohl die unabhängige Fraueninitiative sich auf Gleichstellungsfragen konzentrierte, gaben sie auch Impulse für eine Reform des Strafvollzuges. Am 20. Februar sprachen darum die Teilnehmer am Runden Tisch zum Antrag über „die Herbeiführung einer dringenden Reform auf dem Hintergrund einer umfassenden kulturellen und sozialpsychologischen Betreuung gemäß dem Grundsatz: Wiedereingliederung in die Gesellschaft muss im Strafvollzug beginnen“.<sup>145</sup>

Dieser Grundsatz bestand prinzipiell bereits in den Gesetzen der DDR. Laut des „Strafvollzugs- und Wiedereingliederungsgesetzes“ sollte der Strafvollzug in erster Linie der Resozialisierung dienen. Dazu war Haftarbeit der Gefangenen ihr verfassungsgemäßes Recht und ihre Pflicht zugleich. Aber insbesondere bei nach DDR-Recht Kriminellen, die Staatsverbrechen begangen hatten, also quasi politische Häftlinge waren, stand die Umerziehung durch Arbeit im Vordergrund. In der Praxis kam hinzu, dass die Haftarbeit nicht als erzieherisches Mittel, sondern zur wirtschaftlichen Planerfüllung regulär eingesetzt wurde. Das wird auch an der Zurechnung der Leistungen von Häftlingsarbeit in den normalen Staatshaushalt deutlich. Bereits 1957 lautete ein Vermerk der Verwaltung Strafvollzug: „Die Strafgefangenen erziehen wir nicht zum sozialistischen Bewusstsein, sondern zur Arbeit und zur Disziplin.“ 1960 fand sich dann folgender Satz in einer Niederschrift: „Zweck des Strafvollzugs liegt darin, die Strafgefangenen für die ökonomischen Aufgaben unserer Gesellschaft auszunutzen.“ Häufig wurden Häftlinge in für zivile Arbeiter unattraktiven Tätigkeiten eingesetzt, zum Teil in Schlüsselbetrieben der Infrastruktur oder der Exportwarenproduktion für die Devisenerwirtschaftung. Da sie weniger Lohn erhielten und keinen Urlaubsanspruch hatten, war es für DDR-Unternehmen vorteilhaft, Gefangene zu beschäftigen.<sup>146</sup>

Mit der Grenzöffnung und den sich verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zogen sich auch Magdeburger Betriebe aus diesen bisherigen vertraglichen Bindungen mit dem Strafvollzugssystem zurück. Daher ging der Antrag am Runden Tisch von einer bevorstehenden Arbeitslosigkeit der Gefangenen aus. Als Reaktion wurde über die Darstellung neuer Finanzierungs- und Beschäftigungsmodelle nachgedacht und an Parteien und Verantwortliche appelliert, auf Betriebe einzuwirken, den Gefangenen vorerst nicht zu kündigen. Längerfristig sollte das System von Verwahrvollzug auf Behandlungsvollzug umgestellt und Kontaktmöglichkeiten in den Haftanstalten ermöglicht werden, zum Beispiel durch kirchliche Seelsorge. Ebenso wurde ein Bedarf an neuen Planstellen für Sozialarbeiter erkannt.<sup>147</sup>

---

<sup>144</sup> Interview, Editha Baier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 7

<sup>145</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 39

<sup>146</sup> vgl. Wölbern, 2016, S. 86-107

<sup>147</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 39

Mit der Neustrukturierung der Aufgabenbereiche nach 1990 fiel der Strafvollzug nicht mehr in die Kompetenz der Kommune, so dass diese Ideen seitens der Stadt nicht weiterverfolgt wurden.<sup>148</sup>

Weitere soziale Themen waren die Situation älterer Menschen und Menschen mit Einschränkungen. Editha Baier dazu: „Wir wussten aus den Heimen, wie unmenschlich die Lage dieser Frauen war und auch der Männer. Wir hatten untersucht, dass gerade die Generation der Trümmerfrauen, die ja zu 70 Prozent damals das Land mit aufgebaut hatten, dass die eigentlich armselig behandelt worden sind. Und wir wollten schauen, dass wir da am Anfang für die Älteren und die Behinderten eine Bresche schlagen konnten, damit da schnell Veränderungen möglich sind.“<sup>149</sup>

So wurde etwa der Verband der Behinderten im Bezirk Magdeburg als Beobachter am Runden Tisch zugelassen<sup>150</sup> und beispielsweise auf Antrag des neuen Forums über die Nutzung von Gebäuden der Alten- und Behindertenhilfe debattiert.<sup>151</sup>

## **Eigentumsfragen und Nutzung von Immobilien**

Debatten über Nutzung von Immobilien, Eigentum von Grundstücken und Verteilung technischer Ausstattung nahmen am Runden Tisch generell viel Zeit in Anspruch. Ein Grund dafür war die Auflösung der Stadtbezirke nach der Kommunalwahl im Zuge einer Umstrukturierung der Magdeburger Verwaltung. Weil diese Stadtbezirke Eigentümer vieler öffentlicher Immobilien waren, oder zumindest über deren Nutzung entschieden haben, entstand eine Unsicherheit darüber, wer nun auf diese Liegenschaften und Grundstücke Anspruch haben sollte. Beispielsweise beschreibt eine Mitteilung des Rates der Stadt einen solchen Fall. Die Medizinische Akademie hatte dem Stadtbezirk Südost die Nutzung von Räumen der Jugendklubs „DDR25“ und „Klub der Werktätigen“ an der Leipziger Chaussee gekündigt. Man wolle dort für den Eigenbedarf ein Fitness-Studio einrichten. Zunächst wies der Bezirk Südost diese Kündigung ab, obwohl anerkannt wurde, dass die Akademie der Rechteinhaber der Räume ist. Nachdem der Stadtbezirk nicht mehr existierte, wollte die Akademie nun doch ihre Pläne umsetzen, und der Runde Tisch versuchte bis in den Mai einen Interessenausgleich zu moderieren, um die Klubs zu erhalten.<sup>152</sup>

Auch durch die Abwicklung der Objekte der Staatsicherheit entstand die Frage, was mit deren Eigentum zu geschehen habe. Einigkeit herrschte darin, die Waffen zu vernichten, aber was mit den Immobilien, dem Fuhrpark und sonstigem Material passieren sollte, war Gegenstand von Diskussionen. In den Protokollen findet sich am 16. Januar Zustimmung zu einem Vorschlag, die Telefone aus den Büros des MfS an die Bevölkerung zu verteilen. Ebenso wurde der Rat des Bezirkes am 16. Januar gebeten, bei der Verteilung von Sachmitteln des MfS an die Räte in den Städten auch an die Bedarfe der oppositionellen Gruppen zu berücksichtigen. So erhielten dann auch in

---

<sup>148</sup> Winter, 2011, S. 29

<sup>149</sup> Interview, Editha Baier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 2

<sup>150</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep 57-5, Bl. 75

<sup>151</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-2, Bl. 29

<sup>152</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-2, Bl. 30

Magdeburg das Bürgerkomitee und die am Runden Tisch teilnehmenden Gruppen sowie Initiativgruppen und Einzelpersonen eine Reihe von Fahrzeugen aus den Beständen der Staatsicherheit.<sup>153</sup>

Schwieriger war die Nachnutzung der Objekte des MfS selbst. Grundsätzlich entschied der Runde Tisch, die technischen Installationen bei der Beräumung der Gebäude zu erhalten. Ausgenommen davon waren die Sonderkommunikationsmittel, Telefone und Sprechfunkanlagen, die entfernt wurden.<sup>154</sup> Auch die Bedeutung der Komplexe für die allgemeine Infrastruktur musste berücksichtigt werden. So befand sich beispielweise eine wichtige Druckerhöhungsstation für die Wasserversorgung der Stadt im Objekt am Kroatienweg. Um den Weiterbetrieb zu sichern, erhielten 17 Personen, die bisher Mitarbeiter der Stasi waren, einen neuen Arbeitsvertrag.<sup>155</sup> Es gab unter anderem Anträge einer örtlichen Initiative, die Haftanstalt Moritzplatz in ein Wohnprojekt mit soziokulturellem Charakter zu wandeln. Der Runde Tisch stimmte dem Vorhaben zu, verwies jedoch darauf, dass die letztendliche Entscheidung über die Zuweisung von MfS-Liegenschaften durch den Runden Tisch des Bezirkes in Übereinstimmung mit der zuständigen Regierungskommission erfolgt.<sup>156</sup>

Ein überraschend großer Teil der Bürgeranfragen und Nachrichten aus der Bevölkerung an den Runden Tisch drehen sich ebenfalls um Wünsche und Anträge rund um Immobilien. So schickte ein privater Gaststättenbetreiber im Gebäudekomplex am Friedensweiler eine Kaufanfrage für das gesamte Areal an die Stadt und erhielt aus unbekanntem Gründen von einer Bearbeiterin, Frau Bertram vom zuständigen Stadtbezirk Mitte, das Vorkaufsrecht zugesichert, obwohl sich in dem Komplex noch ein Kultursaal, ein Frisör und eine Kinderkrippe befanden. Nachdem auch hier der Bezirk Mitte nicht mehr bestand, sollte nun die Verwaltung mit dem Gastwirt und den anderen Nutzern über eine Miete oder Pacht der Gebäude verhandeln, da auf absehbare Zeit kein kommunales Eigentum verkauft werden sollte. Kurios ist auch die Absprache zwischen der privaten Autoabschleppfirma Jennrich und dem hauptamtlichen Leiter des Sport- und Kulturzentrums Klausener Straße. Ohne Befugnis, solche Verträge eingehen zu dürfen, überließ der Leiter einen Teil des Freigeländes der Firma zur Nutzung, wobei eine Gegenleistung nicht genannt wird. Nach Bekanntwerden wurde der Vertrag für nicht rechtsgültig erklärt und der Platz geräumt. Eine erneute Anfrage nach Nutzung des Geländes nach Auflösung der Stadtbezirke erhielt keine Zustimmung.<sup>157</sup>

Im Archivmaterial findet sich auch ein besonderer Brief aus dem Februar 1990 von Bernhard Schreiber an Oberbürgermeister Nothe. Er führt ein traditionsreiches Familienunternehmen, den Herrenausstatter Schreiber & Sundermann, der bereits seit 1914 in Magdeburg in Familienhand ist. Angesichts der bereits spürbaren Umstellung von Plan- auf Marktwirtschaft sind neue Geschäftsräume unbedingt nötig, denn bisher muss aus den beengten Verhältnissen eines Ladens in der Diesdorfer Straße heraus verkauft werden. Seit der Zerstörung des eigenen Handelshauses am Breiten Weg im Zweiten Weltkrieg musste das Unternehmen in ein Etagengeschäft umziehen und bemüht sich seit den 1970er Jahren um geeignetere Räume. Sein letzter diesbezüglicher Antrag nach Geschäftsräumen am Breiten Weg Ecke Leiterstraße, sei vom Leiter der Plankommission, Herrn Stein, jedoch zugunsten einer bundesdeutschen Bank abgelehnt worden. Obwohl Herr Schreiber die Mitwirkung bundesdeutscher Unternehmen in Magdeburg sehr begrüßt, macht ihn die Entscheidung der Plankommission betroffen, da er sich als äußerst benachteiligt ansieht und

---

<sup>153</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 15

<sup>154</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-5, Bl. 73

<sup>155</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 35

<sup>156</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-5, Bl. 76

<sup>157</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-2, Bl. 31

sein jahrzehntelanger Einsatz für Magdeburg und die Arbeitsplätze seiner Mitarbeiter nicht zu zählen scheinen. Eine solche Bank könne jederzeit eine eigene Filiale neu bauen, während sein Geschäft im „real existierenden Sozialismus“ keine Möglichkeit zur Kapitalbildung hatte und auf eine adäquate Zuweisung der Kommune angewiesen sei. Bei einem Gespräch mit Herrn Stein konnte Herr Schreiber bei ihm kein Interesse am Wohle der Bürger und der Stadt, sondern nur „undurchsichtig motivierte Partikularinteressen“ erkennen. Seinen Verdacht teilt Herr Schreiber auch dem Bürgerkomitee mit und fordert den sofortigen Rücktritt des Leiters der Plankommission. Gemeinsam mit anderen Gewerbetreibenden der Industrie- und Handelskammer, die diesen und ähnliche Vorgänge mit Sorge und Verwunderung registrieren, soll durch eine Bürgerinitiative die verantwortliche Vergabe von Gewerberäumen garantiert werden.<sup>158</sup>

Es konnte nicht belegt werden, ob dieser Vorgang beispielsweise der Kommission gegen Amtsmissbrauch übergeben wurde oder andere Maßnahmen erfolgt sind. Sicher ist, dass im umstrittenen Objekt am Breiten Weg heute die Commerzbank eine große Filiale betreibt. Die Firma Schreiber & Sundermann hat jedoch trotzdem bis heute Bestand und betreibt ein Ladengeschäft in der Nähe des Domplatzes.

## Stadtentwicklung und Landeshauptstadt

Bausubstanz und Infrastruktur Magdeburgs waren Ende der 1980er Jahre in einem schlechten Zustand. Die Eindrücke der Teilnehmer am Runden Tisch über diese Lage schildert Kornemann-Weber: „In Vorbereitung von zu übernehmender kommunaler Verantwortung informierten sich Parteien und Initiativen über Probleme der Energie-, Wasser- und Gasversorgung. Dabei wurden ebenfalls Fragen zur Fernwärme und zum Telefonnetz berührt. Die Auskünfte, die wir erhielten, übertrafen unsere Erwartungen im negativen Sinne noch bei weitem.“<sup>159</sup>

Eine durch Druck des Runden Tisches im Februar zur Verfügung gestellte „Objektliste für Abbrüche im Stadtgebiet Magdeburg für das Jahr 1990“ offenbarte dazu die Vielzahl der als einsturzgefährdete Gebäude angesehenen Bauten in der Innenstadt. Insgesamt standen ca. 80 Gebäude oder Gebäudekomplexe auf der Liste, von denen mehr als zwanzig bereits abgerissen waren oder der Abriss begonnen hatte<sup>160</sup>. Nach Inaugenscheinnahme einiger Objekte wurde die Notwendigkeit der Abrisse durch den Runden Tisch angezweifelt und darauf gedrungen, erhaltenswerte Bauten vorrangig auf Sanierungsmöglichkeiten zu prüfen.<sup>161</sup>

Beispielhaft zeigt das ein Dringlichkeitsantrag vom 20. Februar, der die geplanten Abrisse im südlichen Stadtzentrum am Schleinufer Ecke Liebigstraße thematisiert: „In einer Situation, in der die Stadt um den Erhalt ihrer Identität bemüht ist, ist es unverantwortlich, die stadtbildprägende Bausubstanz, zumal im rekonstruktionsfähigem Zustand, abzureißen.“<sup>162</sup> Der Runde Tisch forderte dazu den sofortigen Stopp des Abrisses und aller eventuell geplanter Abbrüche, ebenso die

---

<sup>158</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-1, Bl. 87

<sup>159</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 29

<sup>160</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 49-54

<sup>161</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 47-48

<sup>162</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 46

umfassende Information der demokratischen Kräfte und Öffentlichkeit vor Entscheidung über Abriss oder Erhalt.

Auch Editha Baier setzte sich dafür ein: „So haben wir zum Beispiel die Initiative zur Rettung eines Abrisshauses in Magdeburg, das noch dem DDR-Abrissplan weichen sollte, mit unterstützt. Es wurde ja damals zu DDR-Zeiten viel abgerissen, weil die meinten, damit würde man Platz schaffen für die neuen sozialistischen Großbauten und sah nicht die Möglichkeiten, architektonisch auch die Reste einer bestimmten Kultur aufrecht zu erhalten.“<sup>163</sup>

Die Durchsetzung dieser Forderung gelang aber nicht immer, denn am 8. Mai musste der Runde Tisch feststellen, dass der Abriss dieser, am Runden Tisch zuvor als erhaltenswert dargestellten Gebäude am Schleinufer, dennoch genehmigt und vollzogen wurde. Die Forderung, dafür denjenigen Verantwortlichen zu benennen, blieb anscheinend seitens der Stadtverwaltung ungehört.<sup>164</sup>

Ähnlich wie die Abrisse wurden auch die Neubaupläne der Stadtverwaltung kritisiert. Insbesondere das Vorhaben, rund um den Universitätsplatz Wohnungen zu errichten, stieß auf Widerstand. Ein Antrag der Fraueninitiative an den Runden Tisch argumentierte, dass der Bereich aufgrund der Verkehrsbelastung und des Mangels an Freiflächen für Erholungszwecke oder Stellplätze für Wohnungen ungeeignet sei. Auch seien die projektierten Plattenbauten zu teuer und gleichzeitig unästhetisch für einen solch herausgehobenen Standort. Es sollten stattdessen bevorzugt „City-Funktionen“, also Büros und Gewerberäume, bei der Bebauung entstehen. Der Antrag verlangt die Einstellung der Erdarbeiten zwischen Rathenaustraße und Krökentor, wohingegen die bereits fortgeschrittenen Bauten an der Gareisstraße fertig gestellt werden sollen.<sup>165</sup> Diese Plattenbaublöcke stehen heute noch und vermitteln einen Eindruck, wie der Universitätsplatz ausgesehen hätte, wäre diese Bebauung nicht gestoppt worden.

Durch zahlreiche Hinweise und Anträge von Bürgern und Aktiven aus den Gruppen an den Runden Tisch rückte die Stadtplanung für ein zukünftiges Magdeburg in den Fokus der Debatten. Insbesondere die Bürgerbeteiligung und Transparenz im Vorfeld war den Gruppen dabei wichtig. Die Grüne Partei und die SPD zogen in einem gemeinsamen Antrag an den Runden Tisch eine negative Bilanz der bisherigen Politik: „Die Resultate bisheriger DDR-Baupolitik in Magdeburg mit Massenvohnungsbau am Rande der Stadt, zerfallenden Altbaugebäuden, desolaten Industriebereichen und Infrastrukturen sowie dem unterentwickeltem Stadtzentrum erfordern eine radikale Abkehr von der gegenwärtigen Praxis der Stadtentwicklung. Generell und sofort ist die Baupolitik der vollendeten Tatsachen und ihrer nachträglichen Rechtfertigung zu beenden. Demgegenüber ist aufgrund der nicht möglichen Revidierbarkeit von Bauprozessen und ihrer städtebaulichen Grundlagen eine sorgfältige und weitgehend öffentliche Vorbereitung der gesamten Entwicklungsarbeit, insbesondere im Stadtzentrum und anderen wichtigen Bereichen, umgehend einzuleiten.“<sup>166</sup>

Um die Bauplanungen insgesamt zu diskutieren veranstaltete der Runde Tisch am 17. Februar 1990 eine Sondersitzung „Informationsgespräch zur Stadtentwicklung“. Im Protokoll dieser Sitzung wird der Debattenverlauf kurz erwähnt - eines der ganz wenigen Beispiele in den Archivdokumenten, die einen solchen Eindruck festhalten. Gleichzeitig wird die Bandbreite der Themen deutlich: „In der zum Teil sehr kontrovers geführten Diskussion ging es um solche wesentlichen

---

<sup>163</sup> Interview Editha Baier, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-7, S. 5

<sup>164</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-2, Bl. 24

<sup>165</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 55

<sup>166</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 62

Fragen, wie die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes, des Generalbebauungsplanes, des öffentlichen Nahverkehrs, einer ökologischen Industriestruktur, Erarbeitung eines komplexen Umweltkonzeptes für die Stadt Magdeburg, Einbeziehung von behinderten und älteren Bürgern bei der Realisierung von Baukonzepten, Denkmalpflege und Erhaltung kirchlicher und sakraler Bauwerke, Einbeziehung westlicher Unternehmen und Experten in die Lösung von Bauaufgaben in der Stadt Magdeburg durch Einbeziehung ihrer Ideen, des know how und von Material, Sanierung von Ver- und Entsorgungsanlagen und eine Reihe weiterer Vorstellungen und Anträge.“<sup>167</sup>

Trotz dieses Austausches waren viele aus den Gruppen am Runden Tisch nicht zufrieden mit dem Verhalten der Verwaltung. Der Architekt Wolfgang Wähnelt von der Grünen Partei bemängelt, dass Stadtplanung nach wie vor „von oben“ gemacht werde und man sich zwar auf „den Markt“ einstelle, aber kaum auf die Mitsprache der Bürger. Gleichzeitig erkennt er an, dass es ein langer Weg sein wird, bis alle Magdeburger ihre Wünsche zu artikulieren und konstruktive Mitwirkung gelernt haben. Er betont die Bedeutung einer offenen Planung, die von einer interessierten Presse begleitet wird.<sup>168</sup>

Auch die Magdeburger Künstler sind bezüglich der Stadtplanung skeptisch und prangern in einem offenen Brief an den Bürgermeister heimliche Vertragsabschlüsse an, die ganze Stadtlandschaften unkontrollierter Veränderung aussetzen. Beispielhaft wird ein Zehn-Jahres-Vertrag mit einer westdeutschen Firma über Außenwerbung in der Stadt als „Glasperlenkolonialismus“ kritisiert. Ein solch selbstherrliches Verhalten ohne demokratische Arbeitsschritte oder Legitimation sei nicht geeignet, Prämissen des Städtebaus festzuschreiben. Noch dazu, wenn zu den eigenen bisherigen kleinmütigen Konzepten eine plötzliche Konfrontation mit massiven Expansionsangeboten, wenn nicht gar -gelüsten von BRD-Unternehmen hinzukommt, die mit imponierender Leistungsfähigkeit und ohne funktionierende Aufsicht ein „Schnellmachfixkonzept“ umsetzen. Damit, so der Künstlerverband, würde der Neuanfang für die Gestaltung Magdeburgs verspielt. Die kulturellen Traditionen bleiben ungenutzt, um zu ergründen, was das zukünftige Bild der Stadt sein soll. Das läge auch daran, dass die Abteilung Kultur des Rates seit Jahren schon das überflüssig erscheinende Schlusslicht bildet. Der Verband fordert, der massenhaften Bürger- und Bauungeduld standzuhalten und ein langfristiges Konzept für ein Stadtgefüge zu erarbeiten, bevor verfrühte Maßnahmen realisiert werden.“<sup>169</sup>

Hans-Jochen Tschiche beschreibt dazu den Eindruck, den Besuche westdeutsche Politiker und Unternehmer bei ihm hinterlassen haben: „Das nächste, was ich erinnere, ist, dass die Niedersächsische Regierung erschien, und zwar noch unter Albrecht. Der Wirtschaftsminister redete immer von der freien Marktwirtschaft. Da habe ich mal nachgefragt, ob ich mich irre, es war doch eine soziale Marktwirtschaft. Da hat er sich ganz schnell korrigiert. [...] Sie hatten Leute im Schlepptau, die große Müllverbrennungsanlagen hier bauen wollten. Da gab es auch Differenzen, ohne dass ich mich an Einzelheiten erinnere, weil es dort offenbar nach dem Motto ging: Die Osis, die halten ja eine ganze Menge aus, im Westen haben wir damit nur einen Haufen Krach, da machen wir das drüben. So jedenfalls war mein Gefühl.“<sup>170</sup>

---

<sup>167</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 45

<sup>168</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 66

<sup>169</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 59

<sup>170</sup> Interview Hans-Jochen Tschiche, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-11, S. 5.

Um die Aktivitäten der Verwaltung in Bezug auf Geschäftsanbahnungen bei Objekt- und Flächenvergaben besser kontrollieren zu können, plante der Runde Tisch einen Vertreter in die Abteilung Wirtschaft und Stadtentwicklung zu entsenden. Der Rat verwies jedoch auf die Unvereinbarkeit von Kontrollfunktion und Mitarbeiterstatus in der Verwaltung. Daraufhin wurde bis 22. März ein Fachgremium „Stadtentwicklung und Stadtgestaltung“ gebildet, in welches der Bund der Architekten, der Verband bildender Künstler, die Initiative Stadtgestaltung, die Gruppe „Wir für Magdeburg“, die Arbeitsgruppe des Runden Tisches „Magdeburg Landeshauptstadt“ und die Gesellschaft für Denkmalpflege einbezogen wurden.<sup>171</sup>

Als Ziele und Leitlinien für die Stadtgestaltung wurde die Herstellung der Öffentlichkeit bei den bereits zahlreichen Geschäften mit Unternehmen der BRD gefordert. Es dürfen dadurch keine festen Weichenstellungen für die Stadtplanung ohne Mitwirkung der Bevölkerung entstehen. Alle Anfragen und Bearbeitungsverfahren sind dem Runden Tisch vorzustellen. Insbesondere die Standorte von Supermärkten und Großbauten von Banken, Versicherungen, Hotels und Kaufhäusern müssen so gewählt werden, dass der Einzelhandel der Innenstadt und Stadtteilzentren erhalten bleiben kann sowie das Bild Magdeburgs nicht durch neue Gebäude erheblich dominiert wird. Stadtzentrum und Elbraum haben größte Brisanz für Magdeburg und müssen anhand moderner und ökologischer Erneuerung entwickelt werden, auch um zur Lösung der Frage der Landeshauptstadt und einer neuen Magdeburger Identität beizutragen. Um schnellstmöglich Standorte für innovative Industrien und Mittelstand anbieten zu können, soll Expertenwissen aus der BRD mit den eigenen Parteien und Organisationen zusammengeführt werden. Bürgerbeteiligung bei diesem Erneuerungsprozess ist entscheidend und zukünftig zu verstärken.<sup>172</sup>

Bemerkenswert ist die Weitsicht einiger Aktiver, mit der auf die Zukunft Magdeburgs geblickt wird. In einer Abhandlung über Magdeburger Museen und Kulturstätten wird bereits Anfang 1990 auf das 1.200jährige Jubiläum der Entstehung Magdeburgs hingewiesen. Dieses Ereignis im Jahr 2005 soll Zielpunkt für die Förderung der kulturellen Infrastruktur sein. Museen, Gedenkstätten, Kultureinrichtungen und Sammlungen haben 1989 bereits 400.000 Besucher angezogen, sind aber mangels Investitionen nicht in der Lage, die historische Bedeutung Magdeburgs adäquat zu präsentieren. Ein lebendiges Kulturleben wird als würdige „Visitenkarte“ einer Landeshauptstadt angesehen und sollte darum gefördert werden.<sup>173</sup>

Ebenso bedeutend wurde die Anbindung an das bundesdeutsche Bahnnetz mit dem schnellen Inter-City-Express für Magdeburgs Entwicklung angesehen. Kornemann-Weber erinnert sich, dass die grundlegende Streckenplanung mit dem Status von West-Berlin zu tun hatte. Die westdeutsche Bahn war daran interessiert, den schnellsten und direktesten Weg zu wählen, und die DDR-Regierung wollte die Bahn durch möglichst dünn besiedeltes Gebiet nördlich von Magdeburg vorbeiführen. „Uns allen war natürlich klar, dass Magdeburg damit sofort von einer Entwicklung abgeschnitten würde, wenn das umgesetzt wird. Die Befürchtung am Runden Tisch hieß also, wir müssen alles dafür tun, damit auch in Perspektive ein ICE in Magdeburg hält.“, sagte Kornemann-Weber und ergänzt: „Dies waren Sachverhalte, die wirtschaftlich geprägt waren, die man aber nicht beeinflussen kann. Die Planung der Deutschen Bahn hat das unter dem Logo verkauft: Verbesserung des Verkehrs zwischen Westdeutschland und Berlin. Man tat dann zwar in der Zeit des Runden Tisches so, als wäre das nicht so wichtig, aber die Deutsche Bahn ist angeschrieben

---

<sup>171</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 60-61

<sup>172</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 62-64

<sup>173</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-5, Bl. 30-31

worden, und es hat mehrfach Protestschreiben gegeben. Aber ich kann mich nicht erinnern, inwieweit jemand tatsächlich anwesend war von der Bahn, ich glaube aber nicht.<sup>174</sup> Auch Hans-Jochen Tschiche kennt diese Gespräche: „Es ging um Honeckers Gespensterbahn, die von Hannover durch die Heide nach Berlin geht. Das sollte möglichst durch unbewohntes Gebiet gehen. Wir wollten nicht, dass Magdeburg dadurch abgehängt wird. Aber das war eine Entscheidung, die im Westen fiel, da konnte man nichts machen.“<sup>175</sup>

Eine Entscheidung die aber ganz und gar in der Region fiel, war die Frage: Welche Stadt sollte Hauptstadt des neuen Landes Sachsen-Anhalt werden? Die Vorgänge rund um die Bildung des Landes, dessen Verfassung und die Details und Argumente der Hauptstadtfrage sind in vielen anderen Publikationen bereits ausgiebig beschrieben und analysiert worden. Darum sei an dieser Stelle nur gesagt, dass die Dokumente eine Arbeitsgruppe belegen, die vom Runden Tisch der Stadt Magdeburg beauftragt wurde, Argumentationsmaterial für Magdeburg als Landeshauptstadt zu sammeln. Daran waren Prof. Dr. Siegfried Kattannek und die Herren Wolfgang Hassel, Günter Neum sowie Dr. Peter Kirch beteiligt. Das umfangreiche Material bildete die Verhandlungsbasis für Gespräche dieser Gruppe mit Vertretern der beiden anderen Hauptstadtanwärter, Halle und Dessau, und wurde in der Werbung für eine Hauptstadt Magdeburg breit eingesetzt. Obwohl die Argumente des Partnerbundesland Niedersachsen und die Stadt Dessau bestärkten, den Anspruch Magdeburgs anzuerkennen, beharrte Halle auf seinem Standpunkt selbst Regierungssitz zu werden. Die Aufgabe des eigenen Anspruches in Dessau hängt auch mit der Unterstützung Magdeburgs für einen eigenen Dessauer Regierungsbezirk im neuen Bundesland zusammen. Auch wenn die Frage der Hauptstadt bis Ende Mai noch unentschieden war, konnte grundsätzliche Einigkeit über die Bildung des Landes Sachsen-Anhalt erzielt werden. Weitere Verhandlungen übernahm dann eine paritätische Kommission auf Bezirksebene, welche die Struktur des Landes, der Regierung und Verfassungsfragen erarbeitete. Der zu wählende Landtag würde dann, nicht zuletzt anhand der von der Magdeburger Arbeitsgruppe gesammelten Gründe, über den endgültigen Sitz der Landesregierung entscheiden.<sup>176</sup>

## **Ende des Runden Tisches**

Mit den ersten demokratischen Kommunalwahlen in der DDR am 6. Mai 1990 wurde auch in Magdeburg eine neue Stadtverordnetenversammlung gewählt. Bereits im März entschied der Runde Tisch, dass kurz vor der Konstituierung des neuen Stadtparlamentes am 30. Mai seine letzte Sitzung stattfinden würde, wie es auch der Absicht im Selbstverständnis entsprach, nur bis zu demokratischen Wahlen tätig zu sein.

Dennoch gab es Ansätze, den Runden Tisch als Gremium fortzuführen, wie Wilhelm Polte sagt: „Einigen gefiel das da am Runden Tisch, die wollten am liebsten, dass das so weitergeht. Ich habe das einmal so formuliert: Unsere Legitimation, die haben wir von der Straße mitgebracht. Dass wir dasaßen und versuchten das Machtvakuum zu füllen, um eine gewisse Sicherheit zu gewährleisten, dass die Grundversorgungsprobleme in der Stadt weiterlaufen, ohne dass sie völlig

---

<sup>174</sup> Interview Susanne Kornemann-Weber, Rep-57-9, S. 10-11

<sup>175</sup> Interview Hans-Jochen Tschiche, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-11, S. 5.

<sup>176</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 33

kopflös wird. [...] Das ist die eigentliche Bedeutung des Runden Tisches gewesen, und die Legitimation bestand in dieser revolutionären Übergangsphase, war nur zeitlich befristet und nur denkbar in dieser Situation.“<sup>177</sup>

Selbst als ein Verfechter der Idee des Runden Tisches, weil man dadurch möglichst viele Bürger einbeziehen kann, erkannte Norbert Bischoff die Grenzen eines solchen Gremiums: „Das fand ich zu der Zeit richtig, weil es auch eine eigene Vorstellung war, wie Politik auch funktionieren kann und das auch geht. Erst durch den Lauf der Entwicklung habe ich gemerkt, Runde Tische haben auch einen Nachteil. [...] Weil die Frage, wo man etwas hin delegiert – wenn man ein Parlament hat und eine parlamentarische Demokratie, dann sind die auch legitimiert zu entscheiden. Und man muss entscheiden. Da war immer die Gefahr, dass ein Runder Tisch eine Sache ist – in meinen Worten – wo etwas geredet wird, aber nicht entschieden wird. Es wird also viel gequasselt und welche Funktionen hat er denn eigentlich, wenn er zu Ergebnissen kommt.“<sup>178</sup>

Auch Hans-Jochen Tschiche sieht den Runden Tisch nur als Vorbereiter einer parlamentarischen Demokratie: „Es gibt ja immer wieder Leute, die vom Runden Tisch schwärmen. Das sei also sozusagen ‚die‘ politische Lösung. Der runde Tisch ist ein vorparlamentarisches Möbelstück. Es ist nur geeignet in Krisensituationen und für die Übergangszeit. Der Parlamentarismus lebt davon, dass man eine Opposition hat, dass es zwei Seiten gibt. Wenn man also am Runden Tisch so lange diskutieren muss, bis alle einer Meinung sind, dann kriegt man überhaupt nichts mehr entschieden. Wie gesagt, für die Übergangszeit war es eine Lösung.“<sup>179</sup>

In ihrer Rede an die neugewählten Stadtverordneten spricht Susanne Kornemann-Weber die Anwesenden als „gewählte Vertreter der Bevölkerung der Stadt Magdeburg“ an, die am „Beginn einer neuen demokratischen Kommunalarbeit“ stehen. Damit betont sie deren Legitimierung durch eine Wahlentscheidung der Bürger, über die der Runde Tisch nie verfügt hatte und darum auch kein Entscheidungsgremium sein konnte. Darum hatte der Runde Tisch beispielsweise auf eine formale Verwaltungsreform in seiner Wirkungszeit verzichtet und die Bildung von kommunalen Ämtern auf die Zeit nach der Kommunalwahl verschoben. Ebenso ist auch die Personalstruktur der Verwaltung vom Runden Tisch weitestgehend belassen worden, weil man solch weitreichende Entscheidungen ohne eine echte Legitimation nicht treffen wollte. Laut Kornemann-Weber stand die Frage im Raum, ob es besser gewesen wäre, hätte man als Opposition das Rathaus „übernommen“. „Niemand wird uns diese Frage je beantworten können, ob wir es wirklich besser gemacht hätten als der alte Rat dieser Stadt. Manches sicherlich, aber für vieles hätte es nicht zugeht. Darum möchte ich auch den Mitarbeitern des ehemaligen Rates Dank sagen, die uns in dieser ungewöhnlichen Zeit unterstützen.“, sagte sie in ihrer Rede.<sup>180</sup>

Nach der Wahl werden die Anforderungen, für die Anliegen der Bürger ansprechbar zu sein und akzeptable Lösungen für möglichst viele Menschen zu finden, jetzt auf die gewählten Vertreter übertragen. Nach Auflösung der Stadtbezirke sind die Gewählten unmittelbar Vertreter der Magdeburger. Durch Trennung der Stadtverordnetenversammlung vom Rat der Stadt gelte es nun im Rahmen der Gewaltenteilung, tatsächliche Kontrollfunktionen auszuüben. Der von oben gesteuerte Zentralismus war damit Vergangenheit. Die Verwaltung war jetzt den Stadtverordneten und diese wiederum den Wählern verantwortlich.

---

<sup>177</sup> Interview Wilhelm Polte, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-10, S. 17

<sup>178</sup> Interview Norbert Bischoff, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-8, S. 20

<sup>179</sup> Interview mit Hans-Jochen Tschiche, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-11, S. 6-7

<sup>180</sup> Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-3, Bl. 28-30

## Auswirkungen heute

Geblichen von der Arbeit ist bis heute das Amt der städtischen Gleichstellungsbeauftragten, das der Runde Tisch auf Antrag der unabhängigen Fraueninitiative erfolgreich eingefordert hatte. Das mit dem Runden Tisch entstandene und geförderte Bürgerkomitee widmet sich auch heute noch der Aufarbeitung der Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatsicherheit der DDR, dabei insbesondere deren Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen. Durch den Erhalt der Gedenkstätte Moritzplatz, durch eigenständige Forschung und Bildungsarbeit und durch Publikationen, Ausstellungen und Zeitzeugengespräche wird die Erinnerung wachgehalten und die Opfer gewürdigt. Ebenso sind die vom Runden Tisch auf Antrag des Bürgerkomitees empfohlenen Stasiüberprüfungen der kommunalen Mandatsträger durch einen eigens gebildeten Ausschuss nach der Wahl durchgeführt worden. Dieses Prozedere ist bis jetzt seit 1990 nach jeder Kommunalwahl üblich, auch weil das Bürgerkomitee weiterhin bei den Stadträten dafür wirbt.<sup>181</sup>

Der Runde Tisch konnte 1990 auch die teils schon begonnene Zerstörung von historischer Bausubstanz in der Magdeburger Altstadt stoppen und den Ausverkauf Magdeburger Bodens verhindern. Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft verwaltet seit 1992 unter Kontrolle der Stadtverwaltung und des Stadtrates die öffentlichen Liegenschaften in Magdeburg. Auch das Werben der vom Runden Tisch eingesetzten Arbeitsgruppe für Magdeburg als Regierungssitz war schließlich erfolgreich. Auf der konstituierenden Sitzung des neuen Landtages von Sachsen-Anhalt am 28. Oktober 1990 entschieden die Abgeordneten mit knapper Mehrheit von 57 zu 49 Stimmen zugunsten Magdeburgs als neue Landeshauptstadt.

Weil die Oppositionsgruppen quasi gemeinsam mit den bisherigen Machthabern einen Übergang gestaltet haben, blieben viele der Funktionsträger weiter in Verantwortung, was bei den von der DDR-Staatsgewalt Betroffenen bis heute Verbitterung auslöst. Norbert Bischoff blickt auf die Situation zurück: „Das fand ich ganz wichtig, dass viele zu der Zeit mit im Boot waren, gerade bei den Runden Tischen, dass es sich nicht gleich so differenziert hat. [...] Ich glaube, das war eine gute Voraussetzung, um nachher dann auch im Mai neu zu starten. Negativ sehe ich nur, dass die anderen Eliten in der Zwischenzeit weiter machen konnten. Wir konnten die alten Strukturen nicht zerschlagen. Ob uns das gelungen wäre? Es war aber auch eine friedliche Revolution, und Frieden hat auch diesen Preis gehabt. Der Frieden ging ja nicht von denen aus, sondern dass wir friedlich blieben. Das Etikett versuchte die damalige SED auf ihre Seite zu ziehen, dass sie nicht geschossen haben. Aber nicht geschossen haben sie, weil die anderen friedlich geblieben sind. Dieses Etikett „friedlich“, dass sie bis heute noch nutzen, und ich benutze das auch im Bürgerkomitee, deshalb lag ich dort mit einigen über Kreuz, weil ich gesagt habe „Rache hat da keinen Platz“. Man muss sich auseinandersetzen, die Worte müssen zu ihrem Recht kommen, deshalb stehe ich auf dieser Seite, aber man kann nicht nachträglich noch einmal sagen, „eigentlich hätten wir sie alle aufhängen sollen“, denn diese Tendenz gab es ja auch. Friedliche Revolution heißt, man muss mit den Machthabern im Frieden auskommen. Da haben Runde Tische schon eine Bedeutung gehabt. Auch um denen die Möglichkeit zu geben, dass sie nicht gleich ihr Gesicht verlieren. [...] Und wir haben auch nicht den Volkszorn instrumentalisiert, den es ja auch gab, die Enttäuschung, die etliche noch hatten, gerade die benachteiligt worden waren, die ihre Existenzen verloren haben.“<sup>182</sup>

---

<sup>181</sup> Magdeburger Volksstimme: Magdeburger Stadtrat mit praller Stasi-Akte, 08.09.2018

<sup>182</sup> Interview Norbert Bischoff, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-8, S. 21-22

Laut Kornemann-Weber hatte die Prägung der Beteiligten durch den Runden Tisch weitreichende Auswirkungen. Sie sagt: „Ich denke die nachhaltigsten Punkte des Runden Tisches sind das Einüben demokratischer Umgangskulturen gewesen. Weil ein Großteil der Menschen [...] auch nach der Kommunalwahl und teilweise auch nach der Bundestagswahl politische Ämter eingenommen haben oder in Führungspositionen in der Verwaltung gewechselt sind. Das, was haften geblieben ist bei allen, war: Ich höre jemand anderem zu. Ich verurteile nicht von vornherein eine Meinung und ich bin bereit, Argumente, die nicht unbedingt meine Interessenlage stützen, aufzunehmen und weiterzuverarbeiten.“<sup>183</sup>

Auch die fünf hier gehörten Zeitzeugen setzten die Arbeit in Politik, Verwaltung und Gesellschaft fort:

Norbert Bischoff, der katholische Kirchenvertreter, war ab 1994 bis 2016 Landtagsabgeordneter der SPD, dabei ab 2010 auch Sozialminister im Landeskabinett. Ebenso leitete er mehrere Jahre den Magdeburger Stadtverband der SPD und war Stadtrat. Heute lebt er in Halle und bekleidet verschiedene Ehrenämter.

Editha Beier kämpfte für die Rechte der Frauen in der Unabhängigen Fraueninitiative und wurde 1990 die erste städtische Gleichstellungsbeauftragte. Dieses Amt übte sie bis 2009 aus. Politisch engagierte sie sich in verschiedenen Funktionen bei der Partei Bündnis90/Die Grünen und war in zahlreichen Ehrenämtern aktiv, darunter im Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt. Noch heute trifft sie sich mit Gleichgesinnten an einem „Politischen Runden Tisch der Frauen der Landeshauptstadt Magdeburg“, den sie bereits 1990 gegründet hatte.

Die Ärztin und Vertreterin der evangelischen Kirche, Dr. Susanne Kornemann-Weber, war ab 1990 Dezernentin, dann Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit der Stadt Magdeburg bis 2001. Später arbeitete sie als Bereichsleiterin in der Diakonie und führte bis 2009 die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen-Anhalt. Ehrenamtlich engagiert sie sich als Patientenvertreterin.

Wilhelm Polte wurde am 18. März 1990 für die SPD in die Volkskammer der DDR gewählt und war von 1990 bis 2001 Magdeburgs Oberbürgermeister. Im Anschluss war er Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt bis 2006. Heute ist er weiter vielfältig gesellschaftlich und ehrenamtlich aktiv.

Hans-Jochen Tschiche war 1990 Abgeordneter in der Volkskammer und im Deutschen Bundestag. Danach wurde er Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt und dort Vorsitzender der Fraktion Bündnis90/Die Grünen bis 1998. Er engagierte sich ehrenamtlich in verschiedenen Vereinen und in der Zeitzeugenarbeit. Er verstarb 2015 in Magdeburg.

---

<sup>183</sup> Interview Susanne Kornemann-Weber, Stadtarchiv Magdeburg, Rep-57-9, S. 11

# Analyse

## Kommunikation und Handlungsweise

Da der Runde Tisch Magdeburg nur ein beratendes Gremium für den Rat der Stadt war und selbst keine Entscheidungen durchsetzen konnte, war die einzige Möglichkeit seiner Arbeit Wirkung zu verleihen die Kraft des Wortes. Weil jeder offiziell rechtliche Rahmen fehlte, blieb nur die Einflussnahme auf die Stadtpolitik durch Kommunikation – welcher der Runde Tisch auch seine Existenz verdankt.

Durch den repressiven Zentralismus und die festgelegte Führungsrolle der Sozialistischen Einheitspartei im gesellschaftlichen System der DDR gab es für breite gesellschaftliche Gruppen keinen Kanal, um ihre Interessen eigenständig zu artikulieren. Die politische Führung und die unter staatlicher Kontrolle stehende Presse versagten darin, die Unzufriedenheit und den Reformdruck der Bevölkerung abzubilden. So entstand eine Parallelöffentlichkeit, die sich einerseits im privaten Rückzug ergab und andererseits in Form von Oppositionsgruppen mehr und mehr nach außen sichtbar aktiv wurde. Dieses fortgesetzte Versagen in Form einer Verweigerung seine Funktion als Medium wahrzunehmen, wird durch das beschriebene Verhalten der Regionalzeitung Magdeburger Volksstimme gegenüber dem Runden Tisch anschaulich. Die Redakteure ignorierten schlicht die Bedeutung und das Handeln dieses Gremiums.

Im Vergleich mit anderen lokalen Runden Tischen der DDR gaben einige anfangs Pressemitteilungen heraus und erlaubten grundsätzlich die Anwesenheit der Presse oder gaben Interviews, vorrangig erfolgte das durch die jeweiligen Moderatoren. In Berlin erschien eine kleine Zeitung zum Runden Tisch und dort sowie in Schwerin und Dresden gab es Rundfunksendungen. Erich Iltgen vom Dresdner Runden Tisch des Bezirkes erinnert sich, dass er immer fünf Uhr morgens, als alle noch geschlafen haben, über den Runden Tisch im Radio berichten durfte. Man habe den Tisch damit spüren lassen, dass er nicht allzu beliebt in der Presselandschaft war.<sup>184</sup>

Gerade aber dieses Ignorieren der sich abspielenden Tatsachen und Vermeiden jedes Austausches auf Augenhöhe der Machthaber und Medienmacher mit den Oppositionsgruppen im Laufe des Jahres 1989 führte zu den Straßenprotesten, in denen sich die Bürger zu den gesellschaftlichen Zuständen und teils gewünschten Veränderungen artikulierten. Das Neue Forum bildete sich daher auch ausschließlich als eine Plattform für einen Dialog, in deren Rahmen ein Meinungsaustausch ohne Machtgefälle möglich sein sollte. Daran wird deutlich, wie sehr die gesellschaftliche Kommunikation blockiert war und wie groß der Wunsch nach öffentlicher Sichtbarkeit und Repräsentanz unter den oppositionell eingestellten Menschen gewesen ist.

Weil die Straßenproteste perspektivisch nur schwer einzuschätzen waren, ob sich etwa durch das Aufeinandertreffen von Sicherheitskräften und SED-Anhängern mit den Demonstranten eine gewalttätige Eskalation zuspitzen würde, strebte die Funktionsebene der Stadtverwaltung ein Ende, oder mindestens die Abschwächung, der Proteste an. Bisherige öffentliche Foren, bei denen SED-Funktionäre aufgetreten waren, prägte eine unkontrollierbare kritische Emotionalität, die aus Sicht der Verwaltung einen Dialog unmöglich erschienen ließ. Besonders in Magdeburg wurde das durch den Rücktritt des langjährigen Bürgermeisters Werner Herzig deutlich. Auf eine

---

<sup>184</sup> vergl. Weil, 2014, S. 36

Deeskalation hoffend, war man dann bereit, ausgewählte Vertreter der oppositionellen Gruppen in Verwaltungsfunktionen einzubinden, um den Bürgern zu kommunizieren, man nehme ihre Anliegen ernst und zeige sich reformwillig. Gleichzeitig wollten die oppositionellen Gruppen in erster Linie Gespräche führen, als Abbild des Wunsches der Bevölkerung, aus der sie entstanden waren, und waren zumindest anfangs grundsätzlich nicht offen an Machtfragen interessiert. Damit entsprach der Runde Tisch als Dialog und Beratungsforum auch in Magdeburg den Interessen der Stadtverwaltung und der Opposition gleichermaßen. So ist auch zu erklären, warum der Runde Tisch bar jeder rechtlichen Grundlage von allen Akteuren als Dialogplattform akzeptiert wurde.

Breite Akzeptanz sollte auch unter den am Runden Tisch Beteiligten herrschen. Indem alle Beschlüsse eine Zweidrittelmehrheit erforderten, stellte man die Orientierung auf Dialog besonders heraus. Eine solch hohe effektive Konsenshürde ist bemerkenswert, angesichts der gleichrangig vertretenen SED-Kräfte und deren Vereinigungen sowie der bisher staatstragenden Blockparteien. Hier wird klar, wie ernst es den Oppositionellen damit war, nicht das alte Machtgefälle durch ein neues zu ersetzen, sondern die bisherigen Gegner als Dialogpartner bei den anstehenden Herausforderungen anzuerkennen. Man wollte die bisherigen Machthaber auch am Runden Tisch nicht durch strukturelle Stärke besiegen, sondern argumentativ überzeugen, sich an den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen zu beteiligen. Wie auch die Zeitzeugen einräumen war das nur möglich, da eben keine Entscheidungen, sondern Konsultation das Produkt des Runden Tisches sein sollte. Somit konnte man es sich erlauben, bis zu einem Konsens über Beschlüsse zu diskutieren, die nur als Empfehlungen oder Bitten an die Stadtverwaltung kommuniziert wurden.

Um trotz der unterschiedlichen Akteure diesem gewünschten Debattenprozess eine Form zu geben, übernahmen auf Bitten der Beteiligten am Runden Tisch die Vertreter der Kirchen die Moderation der Treffen. An den meisten Runden Tischen in der DDR war es für die Kirchenvertreter selbstverständlich, als Moderatoren eingesetzt zu werden. Sie begründeten das zum einen mit dem Vertrauen der Menschen in die Kirchen, was auch etwas mit dem ambivalenten Verhalten der DDR gegenüber den Kirchen zu tun gehabt habe, zum anderen waren sie mit ihren synodalen Erfahrungen und der Fähigkeit zur Konsensbildung als Gesprächsleiter akzeptiert. Die Moderatoren verstanden sich als „Vermittler in Verantwortung für das Ganze, Helfer zum Gespräch und Mahner zur Friedfertigkeit“ sowie Förderer des demokratischen Dialogs. Der christlich geprägte Wille nach Konsens und Ausgleich am Runden Tisch hat aber mitunter auch wichtige oder intensive Auseinandersetzungen verhindert. Für Außenstehende hätten die Gesprächsrunden vielleicht harmonisch ausgesehen, für DDR-Verhältnisse sei es jedoch völlig ungewohnt gewesen. Verbal sei alles ausgereizt worden, von der Sache her nichts unausgesprochen geblieben. Themen wie Staatssicherheit und Fragen des Schul- und Bildungswesens waren aus den Erfahrungen der zurückliegenden Zeit sehr sensibel und emotional aufgeladen. Dennoch sei es immer gelungen, die Diskussion auf eine sachlich disziplinierte Ebene zurückzuholen.<sup>185</sup> Auch die Moderatoren Susanne Kornemann-Weber und Norbert Bischoff am Runden Tisch Magdeburg berichten ähnlich über ihre Funktion und sind sich über die dadurch gestaltete konstruktive Zusammenarbeit im Rückblick einig.

Weniger erfolgreich war die konsequente kommunikative Außendarstellung des Runden Tisches. Das selbstgesteckte Ziel, presseöffentlich zu arbeiten und sich mit konkreten Vorschlägen auch an die Bevölkerung zu wenden, konnte mangels eines geeigneten Mediums nicht erreicht werden. Neben den politisch-ideologischen Vorbehalten und dem Funktionsversagens seitens der regionalen Medien liegt das wohl auch in der mangelnden Entscheidungskompetenz des Gremiums

---

<sup>185</sup> vergl. Weil, 2014, S. 38-41

begründet. Da der Runde Tisch keine bindenden Beschlüsse fasste, waren die vorangehenden Diskussionen und der Meinungsaustausch augenscheinlich auch nicht von Interesse. Das zeigt sich auch daran, dass der Debattenverlauf nirgendwo festgehalten wurde und sich die Verwaltung auf Ergebnisprotokolle beschränkt hat. Wenn Empfehlungen des Tisches von der Stadtverwaltung umgesetzt wurden, war das sicherlich eine Meldung wert, aber nicht mit dem Hinweis auf die Entstehung des Verwaltungshandelns aus dem Runden Tisch heraus.

Thematisch-inhaltlich gelang jedoch ein guter Informationsfluss aufgrund der persönlichen Vernetzung von Teilnehmern in diversen gesellschaftlichen Gremien und der Einbettung in ihre jeweiligen Entsendeorganisationen. Konzepte und Anliegen aus den Vorformen des Runden Tisches, etwa die Beratergruppe Dom und der Parteien und Gruppen, prägten die Handlungen des Runden Tisches mit. Ebenso erfolgte teilweise eine Rückkopplung in die Bevölkerung durch die Teilnehmenden. Durch zahlreiche Anträge, Denkschriften und Hinweise der Bürger gelangten ebenfalls umfangreiche Informationen an den Runden Tisch. Dort konnte man sich erstmals konkret durch Nachfragen selbst informieren, eigene Vorschläge machen und individuelles bürgerliches Engagement ausüben.

Dennoch wurden die grundsätzlichen Fragen - etwa zur Stadtplanung und Kulturgestaltung sowie Fragen der zukünftigen demokratischen Repräsentanz durch ein Stadtparlament - nur von wenigen Beteiligten verhandelt. Obwohl in Denkschriften, etwa die des Künstlerverbandes, ausdauernd eine breite Bürgerbeteiligung zu diesen Themen gefordert war, belegt der überlieferte Kommunikationsverlauf eher eine Debatte unter involvierten Experten. Aufgrund der fachlichen Komplexität, nur beschränkt zugänglicher Informationen, bis hin zu bewusster Verschleierung seitens der Verwaltung zu vielen dieser Fragen ist das nur allzu verständlich.

Generell war die Kommunikation mit der Stadtverwaltung sehr ambivalent. Es ist ein Machtgefälle aufgrund der Informationshoheit der Verwaltung sichtbar. Mangels einer unabhängigen Stelle mit Einblick in die städtischen Vorgänge mussten sich die Teilnehmer am Runden Tisch ihre Erkenntnisse mühsam selbst beschaffen und waren dabei meist völlig von den Auskünften der Verwaltung abhängig, die sie eigentlich kontrollieren wollten und ihre Vorteile bewusst einsetzte. Zum Beispiel verschleierten Oberbürgermeister und Räte Absprachen und Geschäftsanbahnungen zum persönlichen Vorteil. Dazu bauten städtische Funktionsträger einen zunehmenden Wissensvorsprung westdeutsche Verwaltungsverfahren betreffend auf, während sie zur gleichen Zeit den Runden Tisch mit kleinteiligen Aufgaben beschäftigten. Dazu sah sich der Runde Tisch mit den gegebenen Mitteln und vorhandenen Kompetenzen außerstande, städtisches Handeln effektiv zu überblicken und durch Veröffentlichung umfassend transparent zu machen. Dennoch gelang dem Gremium in Einzelfällen die Aufdeckung von teils gravierenden Fällen von Amtsmissbrauch, die mithilfe des so erzeugten öffentlichen Drucks geahndet werden konnten.

Insgesamt leistete der Runde Tisch der Stadt Magdeburg als Kanal und Testfeld für öffentliche Kommunikation einen wertvollen Dienst. Für eine Übergangszeit gelang die konstruktive Zusammenführung und der Ausgleich zwischen den im Grunde gegensätzlichen Interessen der Akteure in einem Forum, was nicht mit der Bürde der tatsächlichen Herrschaftsgewalt belastet war. Somit entstand der Freiraum, Dialogfähigkeit nach innen und außen einzuüben. Magdeburgs Bevölkerung, durch die Demonstrationen bereits aktiv geworden und politisiert, erhielt einen Ansprechpartner aus ihrer Mitte, der nahe an der verantwortlichen Stadtverwaltung verortet war. Dadurch wurde das nötige Vertrauen geschaffen, die bisher eher unspezifischen politisch-gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Forderungen als konkret ortsbezogene Anliegen in Antragsform zu formulieren und sie in einen institutionalisierten Entscheidungsprozess einzubringen.

## Abwicklung oder Reform des Bestehenden

Der Runde Tisch als Kanal, um Forderungen nach Veränderungen friedlich einzubringen, hat den in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Frust und die Verärgerung über die bestehenden wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Probleme des Landes quasi „abgebogen“. Das belegen auf lokaler Ebene die zahlreichen Schreiben an den Runden Tisch von Magdeburger Bürgern. Mittelbar, durch die am Runden Tisch aktiven Gruppen, war einem breiteren Personenkreis eine Einflussnahme und schrittweise Reform der Verhältnisse im Rahmen der bestehenden Ordnung möglich geworden. Zumindest vermittelte ein solches Gremium dieses Bild glaubhaft und schuf so Vertrauen in ein Fortschreiten gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, die nicht etwa an Schwung verlieren oder gar rückgängig gemacht werden würden. Die Konsensorientierung und die Gleichrangigkeit der Teilnehmer am Runden Tisch legten dabei den Fokus klar auf eine Reform der bereits vorhandenen Strukturen durch die grundsätzliche Einbeziehung bisheriger Verantwortungsträger in den Veränderungsprozess.

Ganz im Gegensatz zu einer möglicherweise gewaltsamen Revolution, die bestehende Machtstrukturen überwindet und ersetzt, stabilisierten die oppositionellen Gruppen am Runden Tisch die aktuellen Entscheidungsträger in der gesamten DDR, da sie mit den staatlichen Machthabern verhandelten und auf einen schnellen Umsturz oder die Bildung von provisorischen hoheitlichen Institutionen verzichteten. Meist ging es darum, den völligen Zusammenbruch der staatlichen Administration zu verhindern.<sup>186</sup> Aufgrund des Zerfalls der zentralstaatlichen Kontrolle, der Verunsicherung und letztlich der Entscheidungsunfähigkeit der Führung, entstand ein Machtvakuum. In dieser Situation hat die am Runden Tisch vertretene Opposition die fortgesetzte Verantwortungsübernahme durch bestehende staatliche Stellen indirekt bestätigt, da der Runde Tisch selbst keine Entscheidungsbefugnisse ausüben wollte. So konnte sich die Verwaltung auf die offizielle Zusammenarbeit mit einem Gremium berufen, dass aus der Bürgerrechtsbewegung entstanden war, ohne jedoch wirklich hoheitliche Befugnisse an dieses abzugeben.

Aus Sicht der Behörden verlieh es ihnen nach dem Vertrauensverlust in der Bevölkerung wieder eine als Legitimation auslegbare Autorität, wobei der Runde Tische selbst nur höchst fraglich legitimiert und sich dessen wohl bewusst war. Zwar wurden die Runden Tische als Gremium anerkannt, aber vorrangig deswegen, weil die staatlichen Stellen und ihre Funktionäre deren Mitarbeit für die eigene Legitimation benötigten.<sup>187</sup> „Außerdem hoffte zu dem Zeitpunkt noch mancher Funktionär von SED und Staatsapparat, durch schnellstmögliche Initiative bei der Gründung Runder Tische die Macht der Partei und damit die eigene zu erhalten.“<sup>188</sup>

Auch in Magdeburg sah sich die Stadtverwaltung mit einem massiven Autoritätsverlust konfrontiert. Der Forderung von zehntausenden Demonstranten nach Rücktritt kam Oberbürgermeister Werner Herzig kurz vor der Öffnung der Westgrenze nach. Der Zerfall des Zentralismus ließ dazu die an Vorgaben gewohnte Stadtverwaltung paralysiert zurück. Dank des Runden Tisches konnte der Unmut der Bevölkerung deeskaliert und auch vor Ort in formalisierte Bahnen gelenkt werden, wobei zugleich ein Gremium zur Rückversicherung von Entscheidungen der Stadtverwaltung geschaffen werden konnte.

---

<sup>186</sup> vergl. Weil, 2014, S. 13

<sup>187</sup> vergl. Weil, 2014, S. 29

<sup>188</sup> Frank Eigenfeld, Neues Forum Halle, in: Weil, 2014, S. 16

Die klare Ausrichtung auf Reform des Bestehenden durch den Runden Tisch wird im Vergleich zum zeitgleich aktiven Bürgerkomitee deutlicher. Das Bürgerkomitee hatte klar das Ziel, das Ministerium für Staatsicherheit aufzulösen. Eine Reform der Behörde durch Umstrukturierung in ein Amt für Nationale Sicherheit erfuhr strikte Ablehnung. Zur Durchsetzung der ersatzlosen Abwicklung der Stasi sind Mitglieder des Bürgerkomitees mit staatlicher Exekutivgewalt vergleichbaren Befugnissen wie Einsichtnahme, Auskunftsrecht gegenüber öffentlichen Stellen und Rechtsmitteln ausgestattet worden. Ebenso erfolgte eine Zusammenarbeit mit der Volkspolizei zur Besetzung von Stasi-Objekten und Übernahme der Kontrolle, um alle Operationen zügig zu beenden und Dokumente zu sichern.

Demgegenüber waren Runde Tische mit dem Ziel gegründet worden, einen Übergang zu gestalten, bis demokratische Wahlen durchgeführt werden können. Diese neugewählten Vertreter sollten dann die legitimierte Entscheidungsgewalt haben, um gesellschaftliche Veränderungen in angepassten staatlichen Strukturen abzubilden. Tatsächlich überholten die Ereignisse aber diese Planungen. Zum einen verwischte der Eintritt von Oppositionellen am Zentralen Runden Tisch in das Kabinett Modrow Anfang 1990 die Abgrenzung zu den bisherigen Machthabern, zum anderen erfolgte ein grundsätzlicher Schwenk der öffentlichen Meinung von der „Reform der DDR“ hin zum Wunsch nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Die noch an den Runden Tischen agierenden Vertreter arbeiteten aber weiter an der Reform der DDR. Damit tat sich die Kluft zwischen der politisch mobilisierten Bevölkerung und der organisierten Opposition, die sich im Herbst 1989 geschlossen hatte, erneut auf. Das System Runder Tisch insgesamt hat unbeabsichtigt zur Profilierung der Wahlsieger von 1990 beigetragen, insbesondere der Blockparteien CDU und LDPD, die eine schnelle Einheit propagierten.<sup>189</sup> Damit wurde der Runde Tisch, der eine Reform statt Abwicklung wollte, selbst abgewickelt – was aber auch seiner Zielstellung entsprach.

Auf städtischer Ebene in Magdeburg waren diese Verwerfungen weniger dramatisch, da es hier vorrangig um Problemstellungen der Kommunalpolitik ging, für die pragmatische Lösungen gefunden werden mussten. Aber auch hier blieb die Verwaltung, ihre Struktur und Mitarbeiter-schaft, nahezu unangetastet seitens des Runden Tisches der Stadt. Durch die organisatorische Unterstützung durch Personal der Verwaltung und Räume im Rathaus wurde der Runde Tisch de facto selbst Teil des bestehenden Systems. Folgerichtig wurde der Runde Tisch nach der Kommunalwahl, die er selbst mit vorbereitet hatte, mit der alten Stadtverwaltung durch eine neue Verordnetenversammlung und einen neuen Oberbürgermeister ersetzt.

---

<sup>189</sup> vergl. Weil, 2014, S. 71

## Ansätze zum Elitenwechsel

Aufgrund der führenden Rolle der SED in Staat und Gesellschaft rekrutierte sich die Elite der DDR aus entsprechenden Kadern, die aus Parteimitgliedern gebildet wurden. Diese Personen wurden insbesondere aufgrund ihrer sozialistischen Gesinnung und ideologischen Festigkeit ausgewählt und in Führungsfunktionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verwendet. Eine bürgerliche Bildungselite oder eine aus einem eigenständigen Unternehmertum erwachsene Führungsschicht wurde systematisch unterdrückt.

Einzig die Kirchen in der DDR behielten sich eine gewisse Eigenständigkeit durch interne Verwaltung, Ausbildung und Personalgewinnung. Dadurch bildeten sie eine gesellschaftliche Parallelinstitution, die Wissen um Verwaltungs- und Führungsprozesse außerhalb der direkten Einflussnahme der SED bewahrte. Der Vergleich mit Kirchen und Klöstern im sogenannten „Dunklen Mittelalter“ in Europa ließe sich anstellen, die einen zivilisatorischen Wissensspeicher bewahrten. Somit war vor allem die evangelische Kirche als dezentrale synodale Organisation mit einem hohen örtlichen Selbstverwaltungsgrad in der Lage, den verstreuten oppositionellen Gruppen Strukturräume zu bieten.

Engagierte Pfarrer und Leiter kirchlicher Einrichtungen unterstützten so organisatorisch und personell die Gruppen der friedlichen Revolution. Selbst die Gründung der SPD im Bezirk Magdeburg unter Leitung von Wilhelm Polte fand in Räumen der evangelischen Kirche statt. Nicht selten rekrutierte sich aus den Kirchen das Spitzenpersonal der neuen Gruppen, wie am Beispiel von Hans-Jochen Tschiche als Mitbegründer des Neuen Forums deutlich wird.

Außerhalb der SED verfügte sonst niemand in der DDR über einen vergleichbaren Fachkräftepool, der meist akademisch gebildet und in Leitungsprozessen erfahren war. Keine der frühen Oppositionsgruppen oder neuen Parteien konnte einen ähnlich hohen Organisationsgrad und einsetzbare Ressourcen aufweisen. Ebenso genossen die Kirchen und ihre Vertreter einen großen Vertrauensvorschluss in der Bevölkerung, da sie als unbelastet von staatlichen Verwicklungen galten. Darum sind Kirchenvertreter auch in die Moderatorenrolle am Runden Tisch gebeten worden und erlangten innerhalb der Bürgerrechtsbewegung eine gewisse Prominenz.

Diese bisher verdeckte Elite kam nun vielerorts in einflussreiche Positionen - anfangs als Wortführer und zunehmend auch als politischer Einflussfaktor. So gab es auch in Magdeburg Impulse aus der Kirche an die Demonstranten und Basisgruppen, eine eigene Programmatik zu entwickeln.

Diese Appelle wurden jedoch in nachhaltig wirksamer Form nur von den neuen Parteien umgesetzt, während die reinen Dialogplattformen, wie etwa das Neue Forum, am Versuch, effektiven politischen Einfluss zu gewinnen, gescheitert sind. Denn spätestens nach der Grenzöffnung ging es um die Richtungsdefinition konkreter gesellschaftlicher Entwicklungen, deren institutionelle Abbildung und die Ausgestaltung entsprechender Rahmennormen. Das setzt strukturierte Ausarbeitung konkreter Konzepte voraus, deren Veröffentlichung, somit Generierung von gesellschaftlicher Unterstützung, und Schaffung von mehrheitsfähigen Entscheidungsgrundlagen. Diese müssen dann in einen zielgerichteten politisch-staatlichen Entscheidungsprozess eingebracht werden, um eine konstruktive Veränderung der bestehenden Verhältnisse erreichen zu können.

In diesen Fähigkeiten zeigte sich bereits der strukturelle Vorsprung von politischen Parteien gegenüber reinen Diskussionsplattformen, und es sollten dann auch Parteien sein, ob die alte Staatspartei SED im neuen Gewand der PDS, demokratisierte Blockparteien oder Neugründungen, die bereits vor den Volkskammerwahlen, aber spätestens in der Regierung von Lothar de Maizière die politische Entwicklung der DDR dominierten. Auch die politisierten Kirchenvertreter, die ihren Gestaltungswillen entdeckt hatten, orientierten sich nunmehr in Richtung der neuen Parteien und ließen die Bürgerrechtsgruppen hinter sich.

Diese Entwicklung zeigt sich auch in unseren Zeitzeugen aus Magdeburg, die allesamt einen kirchlichen Bezug haben, sich meist parteipolitisch engagierten und in teils einflussreiche Funktionen aufgestiegen sind. Insofern kann gesagt werden, dass der Runde Tisch in Magdeburg einen politischen Katalysator bildete, der einen Übergang, zwischen den bisher verdeckten oder in ihrer Entfaltung unterdrückten Eliten in staatliche Entscheidungsfunktionen herstellte.

Die bisherigen Machthaber aus den Reihen der SED hingegen verloren durch die gesellschaftlichen Umwälzungen ihr gewohntes Monopol auf politisch-organisatorische Entscheidungen. Hinzu kam die Belastungen vieler Personen durch Zusammenarbeit mit der Staatsicherheit, wodurch sie für öffentliche Aufgaben nicht mehr tragbar waren.

Da dieser Prozess aber sukzessive und friedlich ablief, blieb vielen Verantwortungsträgern auf allen Verwaltungsebenen Zeit, sich entsprechend vorzubereiten. Im Extremfall wurde in Magdeburg durch Amtsmissbrauch und Vorteilsnahme Einzelner versucht, sich ein Sprungbrett in die neue Zeit zu schaffen. Aber Abseits dieser schweren Fälle trafen viele Verwaltungsmitarbeiter, Funktionsträger oder Leiter von Wirtschaftsbetrieben durch vorausschauende Handlung und Nutzung ihres Informationsvorsprungs Vorkehrungen zur Absicherung der eigenen beruflichen Existenz und des weiteren Lebensweges. Zusammen mit dem Influx von Führungskräften aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft der BRD, die in der Anwendung neuer Prinzipien wie Marktwirtschaft und örtliche Selbstverwaltung geübt waren, führte das zur Bildung einer neuen Führungsschicht in den nun neuen Bundesländern.

## **Fazit**

Der Runde Tisch der Stadt Magdeburg, seine Entstehung und Wirkung, spiegelt im kommunalen Mikrokosmos die Gesamtentwicklung der DDR in den Jahren 1989 bis 1990 wider. Trotz unterschiedlicher Skalierung zwischen den Wirkungsbereichen der Runden Tische der verschiedenen staatlichen Ebenen verlief der Prozess nahezu überall parallel. Dennoch sind die konkreten Auswirkungen auf kommunale Entscheidungen und Entwicklungen der Stadt Magdeburg sowie die Prägung der Lebenswege der Beteiligten äußerst bemerkenswert und weitreichend.

Exemplarisch für die Zeit des Umbruchs und der Unsicherheit nach der Grenzöffnung in der DDR steht der Runde Tisch Magdeburg für den Übergang zwischen einem zentralistisch gelenkten System staatlicher Verwaltung und einer subsidiären demokratischen Herrschaftsform. Obwohl selbst nicht gewählt, waren die oppositionellen Vertreter am Runden Tisch doch von Initiativen ernannt, die sich auf breite Bevölkerungsgruppen berufen konnten, deren Forderungen durch Demonstrationen Nachdruck verliehen wurde. Der Runde Tisch hatte das Ziel, die Legitimations- und Vertrauenskrise in staatliches Handeln zu überwinden, neue demokratische Wahlen zu organisieren und bis dahin, die bestehende Ordnung zu stabilisieren. Es konnte somit erfolgreich ein Machtvakuum gefüllt werden, das andernfalls potenziell zum Zusammenbruch der öffentlichen Daseinsvorsorge oder zu gewaltsamen Eskalationen hätte führen können.

Durch das Einüben demokratischer Mitbestimmungsformen und Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements schuf der Runde Tisch die Voraussetzungen dafür, die angestrebte freiheitliche und offene Gesellschaft auf tragfähige Füße zu stellen. Als Kommunikationskanal umging das Gremium die versagenden staatsnahen Medien und die politischen Vertreter, um Gruppen und Einzelpersonen als direkter Ansprechpartner und politisches Betätigungsfeld zu dienen. Mit dem strukturellen Fokus auf den Dialog innerhalb und außerhalb des Runden Tisches überwand man die Blockaden, die den innergesellschaftlichen Austausch hemmten und verschaffte den oppositionellen Gruppen Repräsentanz. Wenn auch keine umfassende Kontrolle und Transparenz des staatlichen Handelns erreicht werden konnte, verhinderte die Arbeit des Runden Tisches doch schwerwiegende Vorteilsnahmen durch Amtsträger und irreversible städtebauliche Fehlentscheidungen in Magdeburg. Gleichzeitig erfolgten auf Betreiben des Runden Tisches bedeutende Weichenstellungen für die zukünftige Stadtentwicklung, die bis heute nachwirken.

Die geleistete Arbeit am Runden Tisch bezeichneten besonders Willhelm Polte, aber auch Norbert Bischoff, als „Mühen der Ebene“. Dieser Ausspruch aus Bertolt Brechts Gedicht „Wahrnehmung“ von 1949, beschrieb ursprünglich den Aufbau der DDR nach dem Sturz der Nazi-Diktatur: „Die Mühen der Berge haben wir hinter uns, vor uns liegen die Mühen der Ebene.“ Es ist eine Ironie der Geschichte, dass sich am Ende des Niedergangs eben dieser DDR 40 Jahre später wieder eine gesellschaftliche Erneuerung in täglicher Kleinarbeit vollzog.

Diese Kleinarbeit an einem städtischen Runden Tisch ist nicht so spektakulär wie die Öffnung der Berliner Mauer und auch nicht so geschichtsträchtig wie die Vollendung der Deutschen Einheit, aber sie ist die Brücke, über die der Weg zwischen diesen beiden Ereignissen verlief. Diese Brücke konnte eine solche Last nur tragen, weil engagierte Menschen ihre Stützpfiler waren. Eine Revolution wird auf der Straße gewonnen, eine bessere Gesellschaft in Sitzungen. Darum mahnen die friedliche Revolution und Demokratisierung der DDR, die schlussendlich zur Deutschen Einheit in Freiheit führten, jede Bürgerin und jeden Bürger, sich auch heute aktiv in Staat, Gesellschaft und politische Willensbildung einzubringen.

# Quellen

## **Archiv der BStU Außenstelle Magdeburg**

BV Magdeburg / Abt. XX, Nr. 1579  
BV Magdeburg / Abt. XX, Nr. 1431  
BV Magdeburg / Abt. XX, Nr. 1138  
BV Magdeburg / AKG, Nr. T 1/ 2

## **Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt**

Abteilung Magdeburg, M 1 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Magdeburg, Nr. 12937, Bl. 974-976  
Abteilung Magdeburg, M 1 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Magdeburg, Nr. 12938, Bl. 151r-154r  
Abteilung Magdeburg, M 1 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Magdeburg, Nr. 12956, Bl. 112v-118  
Abteilung Magdeburg, M 1 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Magdeburg, Nr. 13135, Bl. 504-506  
Abteilung Magdeburg, M 24 Volkspolizei Magdeburg, 1975-1990, Nr. 18480, Bl. 68r-69v  
Abteilung Magdeburg, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22308, Bl. 89-90  
Abteilung Magdeburg, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22365/1, Bl. 10-24  
Abteilung Magdeburg, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22372, Bl. 17-22  
Abteilung Magdeburg, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22373, Bl. 10-27  
Abteilung Magdeburg, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22676, Bl. 136-141  
Abteilung Magdeburg, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22677, Bl. 34-39  
Abteilung Magdeburg, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22677, Bl. 88-91  
Abteilung Magdeburg, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22677, Bl. 95-97  
Abteilung Magdeburg, P 13 SED-Bezirksleitung Magdeburg, Nr. 22684, Bl. 85  
Abteilung Magdeburg, P 16 SED-Stadtleitung Magdeburg, Nr. 45989, Bl. 268-270  
Abteilung Magdeburg, P 43 FDGB-Bezirksvorstand Magdeburg, Nr. 326, Bl. 58-59  
Abteilung Merseburg, P 563 FDJ, Bezirksorganisation Halle, Nr. 700, Bl. 81r-213

## **Magdeburger Stadtarchiv**

Dokumente Runder Tisch Magdeburg, Protokolle, Listen, Briefe, Vermerke, Zeitzeugeninterviews

Rep 57-6-11  
Rep 57-5, Blatt 73-78  
Rep 57-5, Blatt 1, 30-31  
Rep 57-3, 175-176  
Rep 57-3, Blatt 60-66  
Rep 57-3, Blatt 40-55, 59  
Rep 57-3, Blatt 33-39  
Rep 57-3, Blatt 28-30  
Rep 57-2, Blatt 19-21, 24, 30-35  
Rep 57-1, Blatt 87

## **Dokumentationszentrum und Sammlung Bürgerkomitee Magdeburg e.V.**

Gramm, Ute: (Film) Magdeburg im Herbst 1989 - Zeitzeugen berichten  
Gramm, Ute: (Film) Die Staatssicherheit, Die Stasiakten, Das Bürgerkomitee  
Ruden, Gerhard: Tagebuch Oktober 1989 bis Mai 1990, ausgewählte Transkripte  
Dauerausstellung „Friedliche Revolution 1989“ im Dokumentationszentrum am Moritzplatz, Trägerverein  
Bürgerkomitee Magdeburg e.V., Umfassungsstraße 76, 39124 Magdeburg

## **Presse**

Der Spiegel: Affären Wilder Osten, 23.07.1990  
Der Spiegel: Die Einheit wird kommen, 27.11.1989  
Deutschlandfunk Kultur: Frauenrechte in der DDR „Es ging darum, die Frau funktionstüchtig zu machen“, Podcast, 27.06.2018  
Magdeburger Volksstimme: Magdeburger Stadtrat mit praller Stasi-Akte, 08.09.2018  
Magdeburger Volksstimme: Der Anfang vom Ende der DDR – Kommunalwahl 1989, 07.05.2014  
Magdeburger Volksstimme: Was wollen die Parteien und Bewegungen? Der Runde Tisch stellt sich vor – Artikelreihe ab 07.02.1990  
Magdeburger Volksstimme: Der OB erklärte seinen Rücktritt, 09.11.1989  
Magdeburger Volksstimme: Dialog vor dem Rathaus, 07.11.1989  
Magdeburger Volksstimme: Magdeburgs Domplatz wurde zu einem politischen Forum, 06.11.1989  
Magdeburger Volksstimme: Ist der Rat sprachlos? Interview mit Oberbürgermeister Herzig, 03.11.1989  
taz: DDR Journal zur Novemberrevolution: Reformen à la Hager sind uns zu mager, 1989

## **Literatur**

Apelt, Andreas H. u. Gutzeit, Martin u. Poppe, Gerd: Die Deutsche Frage in der SBZ und DDR. Deutschlandpolitische Vorstellungen von Bevölkerung und Opposition 1945-1990, im Auftrag der Deutschen Gesellschaft e.V., Berliner Landesbeauftragter für die MfS-Unterlagen und Bundesstiftung Aufarbeitung, Metropol Verlag Berlin 2010

Gast, Gabriele: Art. Frauen. In: Hartmut Zimmermann (Hrsg.): DDR-Handbuch. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 3., überarbeitete und erweiterte Aufl. 1985, Bd. 1

Görtemaker, Manfred: Beginn der deutschen Einigung, in: Der Weg zur Einheit, Informationen zur politischen Bildung Heft 250, 2015

Herles, Helmut u. Rose, Edwald: Vom Runden Tisch zum Parlament, Bouvier Verlag Bonn 1990

Hertle, Hans-Hermann: 9./10. November 1989: Handlungsunfähigkeit des SED-Zentralkomitees, 1999

Izeki, Tadahisa: Das Erbe der Runden Tische in Ostdeutschland – Bürgerorientierte Foren in und nach der Wendezeit, Frankfurt a.M., 1999

Jesse, Eckhard: Systemwechsel in Deutschland – 1918/19 - 1933 - 1945/49 - 1989/90, böhlau, Köln 2011

Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Kiepenheuer und Witsch, Köln 1955, Wilhelm Heyne Verlag, München 1985

Maier, Charles S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M., 1999

Münchow, Michael: Die friedliche Revolution in Magdeburg: eine Analyse der Ereignisse, Block, 2007

Münkel, Dr. Daniela: Herbst 89 im Blick der Stasi – Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Schriftenreihe Herbst 89 der BStU-Abteilung Bildung und Forschung, Berlin 2014

Richter, Michael: Die friedliche Revolution. Aufbruch und Demokratie in Sachsen 1989/90, Göttingen, 2009

Schürer, Gerhard: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, Berlin, 30.10.1989

Thaysen, Uwe: Der Runde Tisch, oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Westdeutscher Verlag, Opladen 1990

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968, in der Fassung vom 7. Oktober 1974

Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands, 31. August 1990

Weil, Francesca: Die Runden Tische in der DDR 1989/90, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Bundesstiftung Aufarbeitung, Erfurt 2014

Weil, Francesca: Verhandelte Demokratisierung – Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. (Hrsg.), V&R unipress Göttingen, 2011

Weiß, Robert: Die Runden Tische – ein Osteuropäisches Möbelstück, 1999

Wölbern, Jan Philipp, Haftarbeit in der DDR. Eine Zwischenbilanz, in: Zeithistorische Forschungen, Potsdam, 2016

## **Graue Materialien**

Herrmann, Fabian: „Runder Tisch Magdeburg – Die Mühen der Ebenen“, in: Magdeburg Herbst 1989 – Webprojekt Erinnerungskultur, URL: [www.magdeburg1989.de](http://www.magdeburg1989.de)

Kramer, Oliver: Die Entstehung unabhängiger Presse zur Wendezeit – Untersuchung der „Anderen Zeitung“ Magdeburg (DAZ) im Kontext des gesellschaftlichen Wandels der DDR 1989/90, Bachelorarbeit, Hochschule Magdeburg-Stendal, 2010

Polte, Dr. Wilhelm: ‚Gemeinschaftsaktion‘ Was uns heute gefällt - und morgen besser sein kann, Leserbrief an die Redaktion der Volksstimme, 1989

Winter, Dr. Martin: Forschungsbericht Runder Tisch Magdeburg, Stadtarchiv Magdeburg Rep-57-6, 2011